

INTEGRATION ODER WEITERE
DISKRIMINIERUNG? –
Die Lage der Deutschen
im Karpatenbecken
in den 1950er Jahren

– Tagungsband –

Symposium der
Konrad-Adenauer-Stiftung
und der Landesselbstverwaltung der
Ungarndeutschen
vom 19. Januar 2016
in Budaörs/Wudersch, Ungarn

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Ungarn
April 2016



Integration oder weitere Diskriminierung? –

Die Lage der Deutschen im Karpatenbecken in den 1950er Jahren

Tagungsband des Symposiums „Integration oder weitere Diskriminierung – Die Lage der Deutschen im Karpatenbecken in den 1950er Jahren“ der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, des Jakob Bleyer Heimatmuseums und der Universität Pécs vom 19. Januar 2016 in Budaörs/Wudersch.

Eigenverlag

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Auslandsbüro Ungarn
Batthyány u. 49
1015 Budapest

Herausgeber

Frank Spengler
Bence Bauer LL.M.

Beiträge

Hannelore Baier
Zoltán Balog
Otto Heinek
Dr. Zoran Janjetović
Hartmut Koschyk
Viktor Orbán
Apl. Prof. Dr. Michael Prosser-Schell
Frank Spengler
Dr. Ágnes Tóth

Redaktion

Bence Bauer LL.M.
Christian Roder
Daniela Bethäuser

Lektorat

Ágnes Tóth
Krisztina Mujzer-Varga
Martin Szöke

Fotos

© Nóra Halász und Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
© Ágnes Tóth (S. 25)
© Miniszterelnöki Sajtóiroda / Szecsődi Balázs (S. 80)

Titelbild

© Bence Bauer

Dieses Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung durch elektronische Systeme. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors und nicht automatisch die Meinung des Verlegers, der Herausgeber oder der Redaktion wieder.

© Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

ISBN: 978-615-80349-4-4

www.kas.de/ungarn

Inhaltsverzeichnis

Programm der Konferenz	4
Vorwort	
<i>Frank Spengler und Otto Heinek</i>	7
Ankunft und Integration der ungarndeutschen Vertriebenen in Südwestdeutschland 1946-1960	
<i>Apl. Prof. Dr. Michael Prosser-Schell</i>	11
Integration im Prinzip – Diskriminierung in der Praxis, Die Deutschen in Ungarn 1948-1956	
<i>Dr. Ágnes Tóth</i>	25
Die Deutschen in Rumänien 1944-1956	
<i>Hannelore Baier</i>	37
Die Deutschen in Jugoslawien 1948-1960	
<i>Dr. Zoran Janjetović</i>	49
Abschlussreden	
<i>Zoltán Balog</i>	66
<i>Hartmut Koschyk</i>	74
Rede zum Gedenktag der Verschleppung und Vertreibung der Ungarndeutschen	
<i>Viktor Orbán</i>	80
Verzeichnis der Autoren und Herausgeber	85

INTEGRATION ODER WEITERE DISKRIMINIERUNG? – Die Lage der Deutschen im Karpatenbecken in den 1950er Jahren

Konrad-Adenauer-Stiftung
Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen

Budaörs/Wudersch, 19. Januar 2016

PROGRAMM

09.30 Uhr | Eröffnung

Otto HEINEK

Vorsitzender der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen

Frank SPENGLER

Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung

Grüßwort

Tamás WITTINGHOFF

Bürgermeister der Stadt Budaörs/Wudersch

**10.00 Uhr | Vortrag: Ankunft und Integration der ungarndeutschen
Vertriebenen in Südwestdeutschland 1946-1960**

Apl. Prof. Dr. Michael PROSSER-SHELL

Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa

**10.20 Uhr | Vortrag: Integration im Prinzip – Diskriminierung in
der Praxis, Die Deutschen in Ungarn 1948–1956**

Dr. Ágnes TÓTH

Stiftungslehrstuhl für Deutsche Geschichte und Kultur im

südöstlichen Mitteleuropa an der Universität Pécs,

Ungarische Akademie der Sozialwissenschaften

Moderation

Katalin GAJDOS-FRANK

Direktorin des Jakob Bleyer Heimatmuseums

10.40 Uhr | Diskussion

11.00 Uhr | Kaffeepause

11.30 Uhr | Vortrag: Die Deutschen in Rumänien 1944–1956

Hannelore BAIER

Rumäniendeutsche Journalistin und Historikerin

Moderation

Sven-Joachim IRMER

Leiter des Auslandsbüros Rumänien der Konrad-Adenauer-Stiftung

11.50 Uhr | Vortrag: Die Deutschen in Jugoslawien 1948–1960

Dr. Zoran JANJETOVIĆ

Leitender Wissenschaftler der geschichtlichen Forschung am deutschen Institut für Neuere Geschichte Serbiens

12.10 Uhr | Diskussion

12.30 Uhr | Abschlussreden

Zoltán BALOG MdNV

Minister für Humanressourcen

Hartmut KOSCHYK MdB

Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten

Moderation und Schlussbemerkungen

Imre RITTER

Fürsprecher der Ungarndeutschen in der Ungarischen Nationalversammlung

13.00 Uhr | Empfang



Frank Spengler



Otto Heinek

VORWORT

Ungarn und Deutsche können auf eine lange gemeinsame Geschichte zurückblicken. Bereits bei der Gründung des Königreichs Ungarn durch Stephan I. im Jahre 1000 kamen deutsche Siedler ins Land. Die Nachkommen bilden bis heute die ungarndeutsche Minderheit, die in der neuen Heimat als „Schwaben“ bezeichnet werden, auch wenn sie ursprünglich aus der Pfalz, dem Elsass, Hessen, Württemberg, Bayern oder Franken stammten. Weitere Gruppen wurden in den darauffolgenden Jahrhunderten von den ungarischen Königen zur Weiterentwicklung des Landes gerufen.

Die Ereignisse in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts führten den europäischen Kontinent in eine Katastrophe. In der Folge des Zweiten Weltkrieges wurden Millionen von Menschen ihrer Heimat beraubt und für die verbliebene deutsche Minderheit in Ungarn und anderswo begann eine Zeit der leidvollen Verschleppung, Vertreibung, Diskriminierung und Unterdrückung.

In Ungarn nahm die Vertreibung der deutschen Minderheit am 19. Januar 1946 von Budaörs/Wudersch aus ihren Anlag. Dieser Tag ist somit der Beginn eines dunklen Kapitels in der Geschichte des Landes.

Für das friedliche Zusammenleben der Völker Europas ist es deshalb unerlässlich, auch über diese Schattenseiten der

Geschichte zu sprechen. Vor diesem Hintergrund ist der offizielle Gedenktag zur Verschleppung und Vertreibung der Ungarndeutschen am 19. Januar besonders bemerkenswert. Seit 2012 ist dieser Tag ein Beleg für die Ernsthaftigkeit des Landes, seine Geschichte aufarbeiten zu wollen.

Heute sind die in Ungarn lebenden Nationalitäten staatsbildender Teil des Landes und wichtige Brückenbauer in Europa. Die Minderheiten pflegen insbesondere ihre Netzwerke zur Entwicklung nachhaltiger Beziehungen über die Landesgrenzen hinweg.

In diesem Sinne ist die Zusammenarbeit mit den Institutionen der deutschen Minderheit in den europäischen Gastländern der Konrad-Adenauer-Stiftung, vor allem in Ungarn, ein wichtiges Ziel der Stiftungsarbeit.

Die Tagung in Budaörs/Wudersch vom 19. Januar 2016 mit dem Titel „Integration oder weitere Diskriminierung? Die Lage der Deutschen im Karpatenbecken in den 1950er Jahren“ fügt sich in eine Reihe von Veranstaltungen ein, welche die Bedeutung der Ungarndeutschen und allgemein deutscher Minderheiten in Mitteleuropa behandelten. Bereits am 17. Oktober 2013 in Szekszárd ging es um die Rolle der Ungarndeutschen als Brückenbauer in Europa und am 30. Oktober 2014 in Pécs/Fünfkirchen wurde die Situation der deutschen Minderheiten in Mitteleuropa beleuchtet. Ein Symposium, das in Zusammenarbeit mit der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen am 19. Januar 2015 in Budapest veranstaltet wurde, diskutierte die Zukunft der deutschen Minderheit in Ungarn. Im rumänischen Timișoara/Temeswar/Temesvár fand vom 8. bis zum 10. Juli 2015 eine Konferenz zu den Herausforderungen und den Perspektiven der Minderheiten in Mittel- und Osteuropa statt.

Es ist daher erfreulich, dass sich in Budaörs/Wudersch wieder Vertreter der deutschen Minderheit in Ungarn, sowie Rumänien und Serbien über ihre Erfahrungen und ihren Lebensalltag austauschen konnten. Die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen fühlen sich der Förderung der Interessen der deutschen Minderheit in ganz Mitteleuropa insbesondere im Sinne der Völkerverständigung und der Versöhnung auf dem europäischen Kontinent besonders verpflichtet. Die Veröffentlichung der Ergebnisse der Tagung in Budaörs/Wudersch ist Ausdruck dieses gemeinsamen Interesses.

Wir bedanken uns an dieser Stelle besonders bei den Organisatoren und Rednern der Tagung. Unser besonderer Dank gilt Zoltán Balog, dem Minister für Humanressourcen, Hartmut Koschyk, dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Apl. Prof. Dr. Michael Prosser-Schell, Dr. Ágnes Tóth (Ungarn), Hannelore Baier (Rumänien) und Dr. Zoran Janjetović (Serbien), deren Manuskripte in dem vorliegenden Band abgedruckt sind. Im Rahmen der offiziellen Gedenkveranstaltung in der katho-

lischen Pfarrkirche St. Nepomuk in Budaörs/Wudersch hielt Ministerpräsident Viktor Orbán eine Gedenkrede. Diese Rede haben wir den Konferenzbeiträgen in diesem Band beigefügt.

Wir wünschen den Lesern interessante neue Erkenntnisse und eine anregende Lektüre. Über Ihre Reaktionen würden wir uns sehr freuen.

Frank Spengler
Leiter des Auslandsbüros Ungarn
Konrad-Adenauer-Stiftung

Otto Heinek
Vorsitzender
Landessebstverwaltung
d. Ungarndeutschen



Michael Prosser-Schell

ASPEKTE DER ANKUNFT UND INTEGRATION DER UNGARN-DEUTSCHEN VERTRIEBENEN IN NORDBADEN UND SÜDWEST-DEUTSCHLAND NACH 1945/1946

In Budaörs begann am 19. Januar 1946 die Vertreibung für viele Ungarndeutsche in Richtung Deutschland. Eine große Zahl der Betroffenen wurde zunächst nach Nordbaden und Nordwürttemberg transportiert. Im folgenden Beitrag soll es aus vorwiegend kulturanthropologischer Perspektive um die Praxis der Integration, um die ersten Schritte des Einlebens in der Ankunftsregion gehen. Zuvor soll eine kurze Einführung zwei Hauptfragen und so zwei Schwerpunkte aus der jüngeren geschichtswissenschaftlichen Literatur benennen, die in die hier anzugehende, engere Themenstellung münden. Ein kleiner Abschlussteil concludiert wenige, aber wichtige erkenntnisleitende, methodische und systematische Aspekte des Beitrags.

I. NEUE AUFMERKSAMKEIT FÜR DIE ERFORSCHUNG VON FLUCHT UND VERTREIBUNG UND MARKANTE POSITIONEN DER DARSTELLUNG

Forschung zu Flucht und Vertreibung und zur Integrationsfrage der Deutschen aus dem östlichen Europa fand und findet in Deutschland seit den 1950er Jahren kontinuierlich

statt. Nach der Jahrtausendwende rückte sie allerdings stärker in den Aufmerksamkeitsstrahl eines *allgemeinen* historischen Interesses. Das hängt unausgesprochen, aber ganz zweifellos zusammen mit der Vergrößerung der EU und der Aufnahme der ostmitteleuropäischen Staaten.¹ Einen auffälligen Markierungspunkt bildete die vieldiskutierte Ausstellung *Flucht – Vertreibung – Integration des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, die 2005 in Bonn eröffnet und dann bis 2007² auch in Leipzig gezeigt wurde. Im Jahr 2006 publizierte die Stiftung *Zentrum gegen Vertreibungen* Berlin zudem den Begleitband „Erzwungene Wege“ zur gleichnamigen Ausstellung. In den Jahren danach erschienen weiterhin zahlreiche monografische Gesamtdarstellungen, die auf dem Buchmarkt zum Teil sogar zu Bestsellern wurden.³ Die Studie von Andreas Kossert „Kalte Heimat“ erreichte 2008 bis 2009 vier Auflagen,⁴ ebenso wurde das Buch des amerikanischen Historikers Raymond Douglas „Ordnungsgemäße Überführung? Die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg“ ein Bestseller, mittlerweile in vier Auflagen 2012–2015.⁵

Eine der großen, generellen Aussagen dieser Studien betrifft die materielle Seite der Ankunftsregionen: die Vertriebenen kamen in einem zerstörten und zerbombten Land an; viele dieser Bücher sprechen die immense Wohnungsnot und die Versorgungslage an; zahlreiche in die Darstellungen eingefügte Fotografien zeigen Menschen mit Gepäck wandernd in den Ruinen der Städte, man sieht ärmliche Baracken oder die so genannte Nissenhütten.⁶ Das ist das Bild einer „Stunde Null“. Bei allen Bildern und Schilderungen der zerbombten Häuserzeilen, die sich tief ins kollektive Gedächtnis der Bundesrepublik Deutschland eingeschrieben haben, gilt es jedoch eines auch zu bedenken: Die Wohnviertel der Städte waren zwar bis zu 4/5 durch Luftangriffe zerstört oder beschädigt worden – die Produktionsanlagen der Industriebetriebe jedoch weit weniger. 1944 wurden zum Beispiel nur 6,5% aller Werkzeugmaschinen beschädigt,

¹ Polen, Tschechische Republik, Slowakische Republik, Ungarn, Litauen, Lettland, Estland, Malta und Zypern am 1. Mai 2004.

² 3. Dezember 2005 – 22. April 2007.

³ Voßkamp, Sabine: *Katholische Kirche und Vertriebene in Westdeutschland. Integration, Identität und ostpolitischer Diskurs 1945-1972 (= Konfession und Gesellschaft; 40)* Stuttgart 2007. *Die Enzyklopädie Migration in Europa, 1. Auflage 2007, Hauptherausgeber Klaus Bade, Neuauflagen 2008 und 2010.* Rainer Bendel: *Die Kirchliche Integration der Vertriebenen im Südwesten nach 1945.* Berlin/Münster 2010; und bereits ders.: *Aufbruch aus dem Glauben? Katholische Heimatvertriebene in den gesellschaftlichen Transformationen der Nachkriegsjahre 1945–1965.* Köln/Weimar/Wien 2003; Matthias Beer: *Flucht und Vertreibung der Deutschen, Voraussetzungen, Verlauf, Folgen.* München 2011; ein Sammelband von Mathias Stickler 2014: „Jenseits von Aufrechnung und Verdrängung: neue Forschungen zu Flucht, Vertreibung und Vertriebenenintegration“, darin auch ein Aufsatz von Iris Töres zu den beiden Ungarndeutschen Verbänden.

⁴ Kossert, Andreas: *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945.* München 2008, 4. überarb. Aufl., Bundeszentrale für polit. Bildung 2009.

⁵ Erstauflage war 2012, eine überarbeitete Auflage erschien 2015.

⁶ HdG Bonn 2005.

die Produktionssteigerungen der Stahlindustrie wurden kaum beeinträchtigt, selbst im ersten Quartal 1945 hatte die Gesamtproduktion der Rüstungsindustrie fast doppelt so hoch wie 1941 gelegen. So steht es in der „Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland“ von Ulrich Herbert, den ich hier fast wörtlich zitiert habe.⁷ Außerdem waren 1945 etwa 55% der Industrieanlagen neu, das heißt nicht älter als 10 Jahre. Volkswirtschaftlich gesehen stand also bei Kriegsende die stark ausgeweitete Produktions-Kapazität der deutschen Wirtschaft einem erheblich verringerten Arbeitskräfte-Angebot gegenüber.⁸

Eine andere Hauptaussage nahezu aller dieser Studien besteht darin, dass das Zusammenleben der aus Ostmitteleuropa Angekommenen und der Einheimischen über lange Zeit sehr konfliktgeladen und sehr schwierig war; die Flüchtlinge und Vertriebenen seien massiven Diskriminierungen ausgesetzt worden. Diese genannten jüngeren Werke stellen heraus, dass von einer „leichten“ oder „schnellen Integration“ nicht die Rede sein kann. Dass Diskriminierungen und Schwierigkeiten bis hin zur Aggression im lebensweltlichen Kontakt unterschiedlicher Herkunftskulturen, im Alltagshandeln und in der Praxis der Religionsausübung auftraten, war zwar durch frühere Studien gerade aus dem Schrifttum der Volkskunde/Empirischen Kulturwissenschaft bekannt und publiziert, aber kaum rezipiert und sollte wohl angesichts der die Jahrtausendwende überlagernden Erzählung der „Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik nicht in Vergessenheit geraten und wieder neu ins Bewusstsein gebracht werden.⁹

Wenn wir nun näher die Regionen betrachten, in die die von der Vertreibung betroffenen Ungarndeutschen aus Budaörs und Umgebung zuerst gebracht worden sind, so sind das insbesondere Nordbaden und Nordwürttemberg in der US-amerikanischen Besatzungszone. Die hier maßgebliche, 2006 erschienene Habilitationsschrift des Historikers Thomas Grosser¹⁰ hat insbesondere die Statistiken, die Administration und das Verwaltungsschriftgut der regionalen deutschen und der Militärregierungs-Behörden aus staatlich archivierten Beständen ausgewertet. Zwei der auch kulturanthropologisch-volkskundlichen wichtigsten Befunde daraus möchte ich hier hervorheben:

(a) Nach einer generell gültigen Maßgabe der US-Besatzungsbehörden sollten die Angekommenen nur kurze Zeit in Durchgangslagern verbleiben und dann

⁷ Ulrich Herbert: *Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland*, 2. Auflage erschienen bei der Bundeszentrale für politische Bildung Bonn 2003, S. ##. S.a. neuerdings im selben Sinne: Herbert, Ulrich: *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*. München 2014, S. 554.

⁸ Herbert, *Ausländerpolitik* 2003.

⁹ Zusammengefasst etwa bei Albrecht Lehmann: *Im Fremden ungewollt zuhaus*, 1. Auflage 1991, 2. Auflage 1993.

¹⁰ Grosser, Thomas: *Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden (1945-1961)* (= Veröffentlichungen der Kommission für Geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, Reihe B; 158) Stuttgart 2006. Auch Grossers Arbeit möchte dem Mythos der leichten Integration entgegenwirken.

möglichst rasch auf verschiedene Gemeinden verteilt werden (eher in ländliche Gemeinden und Kleinstädte, da die Großstädte wie Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe wegen Kriegsschäden kaum in der Lage waren, neue Menschen aufzunehmen). Dabei sollte keine Rücksicht auf Herkunftsgemeinschaften genommen, sondern diese eher separiert werden. Es galt aus Sicht der Besatzungsbehörden, eine örtlich konzentrierte Wiederansiedlung der Zuwanderer sowie die Beibehaltung heimatlicher sozialer und wirtschaftlicher Kommunitäten zu unterbinden. Die Maßnahmen zielten auf eine schnellstmögliche (Zwangs-)Einweisung in zivile Haushalte. Bis 1949 bestand ein politisches Versammlungsverbot und Parteigründungsverbot. Die dahinter stehende Intention war es, eine „Zwangsassimilation“ der Vertriebenen zu erreichen und diese unumkehrbar zu gestalten. Unter allen Umständen wollte man eine Minderheitenbildung oder Ghettobildung und eine daraus eventuell folgende, politische Radikalisierung verhindern.¹¹

(b) In Nordwürttemberg/Nordbaden (und nur hier, in keiner anderen Region der westlichen Besatzungszonen) gab die US-Militärregierung im März und im September/Oktober 1946 eine demoskopische Erhebung in Auftrag. Sie sollte Einstellungen und Meinungen unter der *alteingesessenen* Bevölkerung eruieren: Nach den statistischen Ergebnissen wollten nur 49% der Einheimischen die Ausgewiesenen zunächst überhaupt als deutsche Staatsbürger anerkennen.¹² 51% der Einheimischen waren der Meinung, die hier neu Einquartierten seien Zwangsgäste auf Zeit und würden früher oder später in ihre Herkunftsgebiete zurückkehren. Bloß ein Fünftel der Alteingesessenen (19%) schätzten, dass die Flüchtlinge/Vertriebenen auf Dauer bleiben würden.¹³ Im Gesamtergebnis der US-Besatzungsbehörden stand der Satz, dass die „ethnologischen Aspekte der Situation schwierig“ seien. Die Vertriebenen und die Einheimischen seien „nicht wesensverwandt“: „Swabians from Hungary and Volksdeutsche from Czechoslovakia are culturally different from natives of Wuerttemberg or of Baden and subject to discrimination and aversion as foreigners.“ Es ist hier in Rechnung zu stellen, dass die überwiegende Mehrzahl der Angekommenen aus Gebieten stammte, die nicht in den Staatsgrenzen des Deutschen Reiches von 1937 gelegen hatten.

Verordnungen aus Besatzungsstatuten und widrige Umfrage-Ergebnisse sind das eine; wir wollen nun andererseits in einer eher kulturanthropologischen Fragestellung erkunden, was – zunächst grob gesagt – in der Praxis tatsäch-

¹¹ Beer, *Flucht und Vertreibung 2011*, S. 103-104; Schraut, *Sylvia: Flüchtlingsaufnahme in Württemberg-Baden 1945-1949. Amerikanische Besatzungsziele und demokratischer Wiederaufbau im Konflikt*. München 1995, S. 48 (die Angekommenen sollten höchstens 14 Tage in Auffanglagern verbleiben).

¹² Grosser, *Integration 2006*, S. 337, S. 344.

¹³ Grosser, *Integration*, S. 336-337. Zudem gaben 78 % der Befragten an, die etwa 500.000 Flüchtlinge/Vertriebenen seien für das Land grundsätzlich eine finanzielle und wirtschaftliche Bürde; sie würden sich auch langfristig auf die Wirtschaft nicht günstig auswirken, s. ebd.

lich getan werden konnte, wie mit der Notsituation des Wohnens umgegangen wurde, welche kulturellen Lösungen realisiert werden konnten. Beim Versuch der Antwort wollen wir auf ein bestimmtes, interessantes Segment mit guter Quellenlage näher hinschauen: im Betrachtungsfokus stehen traditionelle und herkömmliche Muster der im weiteren Sinne kirchlichen Integrationsarbeit, hier insbesondere der katholischen Institutionen. In der Quellenauswertung greifen wir auf Bestände des Erzbischöflichen Archivs Freiburg und mündliche Aussagen sowie auf die großen einschlägigen Bestände des IVDE Freiburg zurück.

II. KONKRETE SITUATIONEN: WERTHEIM UND BUCHENHETTINGEN, WOHNUNGSNOT UND WALLFAHRTSVERANSTALTUNGEN

Wertheim und der Reinhardshof

Mit Eisenbahn-Transporten waren von Januar bis November 1946 insgesamt zunächst 182.000 Vertriebene nach Nordbaden gekommen, vor allem eben die Ungarndeutschen, aber auch sehr viele Deutschstämmige aus der Tschechoslowakei. Bis zum Jahr 1950 erreichte diese Personenzahl 210.000, auch durch Umverteilungen innerhalb Deutschlands. Zum direkten regionalen Vergleich: In Nordwürttemberg mit dem Großraum Stuttgart waren es 321.000 im Jahr 1946 und 445.000 im Jahr 1950.¹⁴ Die agrarisch geprägten, in der Bausubstanz weniger zerstörten sieben nordbadischen *Land*-Kreise beherbergten bis 1950 im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung durchschnittlich 23,2% Vertriebene, das ist die konzentrierteste Belegung in ganz Südwestdeutschland (der Durchschnitt im gesamten Westzonengebiet lag bei 16,2%). Wir schauen uns nun einige Aspekte in den beiden am stärksten betroffenen Gebieten an, in den beiden Landkreisen Buchen (heute: Neckar-Odenwald-Kreis) und Tauberbischofsheim-Wertheim (heute: Main-Tauber-Kreis), in denen der Vertriebenen-Anteil in den verschiedenen Gemeinden bei 27%-32% der Gesamt-Bevölkerung lag.¹⁵

In der Stadt *Wertheim am Main* waren vom Bahnhof Budaörs aus schon im Februar 1946 zunächst 230 Personen angekommen. Bis Ende 1947 steigerte sich diese Zahl auf 3.789 Personen.¹⁶ Damit war Wertheim proportional zu seiner Größe die am stärksten belegte „Neubürgerstadt“ in Nordbaden, und wurde dann bis 1950 mit 9.789 Einwohnern fast doppelt so groß wie vor dem Krieg (1939: 5.434 Einwohner). Von den hier ankommenden Flüchtlingen und Vertriebenen wurden etwa 1.500 Personen direkt in der Altstadt einquartiert. Es ist belegt, dass sich einige Einheimische der Wohnraumzuteilung widersetzen, in den

¹⁴ Grosser, *Integration* 2006, S. 40.

¹⁵ Glass, Christian: *Flüchtlinge und Vertriebene in Baden-Württemberg*, in: Hampe, Henrike (Hg.): *Heimat im Koffer. Flüchtlinge und Vertriebene aus Südosteuropa im Nachkriegsdeutschland*. Ulm 2008, S. 7-15, hier S. 7.

¹⁶ Heidelmann, Hildegard, *Die Ankunft der Heimatvertriebenen in Wertheim*, in: *Reise – Flucht – Vertreibung nach Wertheim am Main*, hg. v. Grafchaftsmuseum Wertheim, Wertheim 1996, S. 71.

überlieferten Gerichtsakten taucht der Tatbestand zwischen 1945-1948 mehrfach auf. Die benötigten Räume mussten dann zum Teil gewaltsam durch die Behörden geöffnet werden.¹⁷ Ein Urteil wegen Wohnungsverweigerung zog dann im konkreten Fall bis zu vierzehn Tagen Haft und 140 Reichsmark Strafe nach sich. Immer wieder kam es zu „Verstimmungen“¹⁸ (ein Euphemismus für ernsthaften Streit) aufgrund der erzwungenen gemeinsamen Küchen-Benutzung. Das zuständige Landratsamt initiierte deshalb eine so genannte „Herd- und Selbsthilfeaktion“, gestützt durch eine Geldsammlung: Alle Spengler, Schlosser und Schmiede des Landkreises wurden angehalten, Herde neu herzustellen oder zu restaurieren. Ein damaliger „Einheitsherd für Ostflüchtlinge“ wurde sodann für 42 Reichsmark angeboten, ein größerer Herd mit Bratröhre für 82 damalige Reichsmark.¹⁹ Diese Angaben mit dem amtlichen Vorstoß zur Abhilfe bilden nun keineswegs eine bloß illustrierende und anekdotische Erzählung; sie sind ein gravierendes Indiz für einen schwelenden Kernpunkt der Konflikte, der sogar damals durch den Rundfunk ging:²⁰ Er zeigt Herd und Küche (die Kochstelle und den Nahrungsverfügungsplatz) gleichsam als Zentrum des privaten Familienhaushalts noch vor dem Schlafplatz. Und er erinnert zudem an die gegenseitig verständnislose Verschiedenartigkeit der Zubereitungsarten von Mahlzeiten seinerzeit.²¹ Im Landkreis insgesamt forderte das Landratsamt die Gemeinden auf, jeder Flüchtlingsfamilie mindestens 2 Ar Fläche zu Bebauung abzutreten. Bei dieser so genannten „Gartenlandaktion“ entstanden eigene Parzellen, die auch mit neuen, in der Region bis dahin unbekanntem Gemüsesorten bewirtschaftet wurden; sie sollten zu einer „Grundlage der Selbsthaftmachung“ werden.²²

Kaum bekannt in der Forschungsliteratur ist, dass bei Wertheim auch ein ehemaliger Fliegerhorst, der „Reinhardshof“, zur Unterbringung genutzt wurde. Zuvor hatte er 1944/45 noch als Baracke für Zwangsarbeiter aus Polen gedient, 1946 aber wurden dort etwa 2.100 Vertriebene aus Ungarn einquartiert.²³ Auf dem weitläufigen Gelände, gerade auf den ehemaligen Rollfeldern, wurden Äcker und Gärten angelegt, um so Kartoffeln und Bohnen, aber auch Sonnenblumen und Erbsen anpflanzen zu können. Aus dem Kreis der vorwiegend ungarndeutschen Angekommenen ließen sich fünfzig Männer zu Maurer-

¹⁷ Die aus Ungarn Vertriebenen kamen zumeist vom Durchgangslager Gerlachshaus in Wertheim an. Einen Gesamtüberblick bietet: Rahn, Volker: *Das Schicksal der Heimatvertriebenen in Wertheim. Herkunft, Flucht und Vertreibung, Ankunft, Eingliederung*, hg. v. d. Stadt Wertheim 1996, hier insbes. S. 39, S. 53, S. 57.

¹⁸ Rahn: *Wertheim*, S. 51-52 (bezogen auf die Jahre 1946-1947).

¹⁹ *Ebd.*

²⁰ *Grosser 2006*, S. 272-275.

²¹ Mayer, János: *Als Fremde in der „Urheimat“*. Die Eingliederung der Vertriebenen aus der Nordbatschka in Westdeutschland. In: *Jahrbuch für deutsche und osteuropäische Volkskunde*, 49 (2007), S. 157-187, hier S. 164-165, 176.

²² Rahn, *Wertheim 1996*, S. 55; s. a. *ebd.*, S. 58 u. S. 76.

²³ *EBA Freiburg 55.44.*, Vol. 1, *briefliche Angaben Kath. Stadtpfarramt Wertheim an Ebf. Ordinariat v. 7. April 1947.*

handwerkern umschulen – nicht nur, um die „Reinhardshof“-Anlagen besser bewohnbar zu machen, sondern auch, um beim Wiederaufbau der zerbombten Großstädte Würzburg und Mannheim mitzuhelfen.²⁴ Bald gründeten die Bewohner zudem kleinere Gewerbebetriebe und Läden (neun Betriebe bis Ende 1949). So war, entgegen den Erwägungen der US-Besatzungsbehörden, die in Nordbaden größte geschlossene „Flüchtlingssiedlung“ entstanden,²⁵ in der die angekommenen Neubürger schließlich eine Landwirtschaftsschule, eine Volksschule, ein Krankenhaus, ein evangelisches Diakonissen-Schwesternhaus sowie ein katholisches Kirchengebäude einrichten und nutzen konnten. Bereits 1946 weist der Lagebericht der Krankenhausverwaltung auf eine eindrucksvolle („ergreifende“²⁶) Erstkommunionsfeier mit einer Prozession hin, die in der noch ärmlichen Barackenszenerie organisiert und durchgeführt worden war. Der Bericht schätzt dieses weiter als einen „unauslöschliche(n) Gedenktag“ im Leben der [neu-]geschaffenen „jungen Gemeinde“ ein.²⁷ Was damit aktenkundig vorliegt, so möchte ich das interpretieren, ist die Umsetzung des Willens zum Weitermachen entgegen der Resignation, ist auch das Einlassen einer Art von Ankerhaken durch die Statuierung einer Initiationsfeier und Verpflichtungsverfügung im sichtbaren Akt der Weitergabe an die Kinder, an die nächste Generation. Die genannte Gemeinde war eine neue katholische in einer Stadtumgebung, die mehr als 400 Jahre evangelisch geprägt gewesen war.²⁸ Gerade die aus Budaörs gekommenen Neubürger richteten zudem am Fronleichnamstag – oft unter dem Unmut der Einheimischen – entsprechende Prozessionswege ein, ornamentiert sogar mit eigenen Blumentepichen: Neben Wertheim sind hier unter anderen auch die Budaörser Fronleichnamsprozessionen im nahegelegenen, ebenso 400 Jahre lang evangelisch geprägten Ort Creglingen zu erwähnen.²⁹ Die Siedlung „Reinhardshof“ wurde schließlich 1951, also schon nach der Gründung der Bundesrepublik, wieder zur Kaserne umgewandelt, nun als „Peden Baracks“ für US-amerikanische Truppenteile.³⁰

²⁴ Rahn: Wertheim 1996, S.40.

²⁵ Hier lebten im Jahr 1950 schließlich 1.644 Einwohner, von denen 750 am Ort erwerbstätig waren. Rahn 1996, S. 76-77.

²⁶ Handschriftlicher Bericht des Lehrers Friedrich Werner, der zugleich Verwalter des Flüchtlingskrankenhauses in Wertheim-Reinhardshof war, an Ordinariat v. 12. Mai 1946, s. EBA 55.44., Vol. 1.

²⁷ Ebd.

²⁸ Heidelmann S. 71.

²⁹ Auf die Gestaltung von Fronleichnamsprozession und der Fronleichnamsaltären in verschiedenen Orten weist die Bistumszeitung des Erzbistums Freiburg (Boxberg-Unterschüpf, Karlsruhe-Rüppur und Wertheim (Konradsblatt 1946, 155, 196). Für Creglingen s. insbes.: Retterath, Hans-Werner: Die vertriebenen Budaörser und ihre Fronleichnamsprozession. Eine Brauchtranslozierung und ihre Wirkungen. In: Michael Prosser-Schell (Hg.): Szenische Gestaltungen christlicher Feste. Beiträge aus dem Karpatenbecken und aus Deutschland. Münster 2011 (= Schriftenreihe des Johannes-Künzig-Instituts; Bd. 13), S. 79-111, hier S. 93-95. Creglingen liegt im Diözesangebiet Rottenburg-Stuttgart.

³⁰ Die Bewohner zogen in den neuen Wertheimer Stadtteil Bestenheid um, s. Rahn, Wertheim 1996, S. 73; Grosser, Integration 2006, S. 412.

Buchen-Hettingen und das genossenschaftliche Siedlungswerk Neue Heimat

Im Landkreis Buchen (Odenwald), unserem zweiten Beispiel, hatte man bis Juli 1946 etwa 13.000 Flüchtlinge und Vertriebene vor allem aus Ungarn und dem Sudetenland registriert.³¹ Noch im Winter 1945 war durch den dortigen Kreisvorsitzenden des Caritas-Verbandes, dem Ortspfarrer der Nachbargemeinde Hettingen, eine genossenschaftliche „Notgemeinschaft Hettingen“ initiiert worden, die die Unterbringung und den Wohnungsbau für die angekommenen Flüchtlinge und Vertriebenen organisieren sollte.³² Auch im Landkreis Buchen waren die Betroffenen am Anfang deutlich mit den „Schwierigkeiten des gemeinsamen Herdes“³³ und Estisches konfrontiert; weil jedoch dieses aus den Erfahrungen des zuvor ebenfalls schwierigen Zusammenlebens zwischen Einheimischen und einquartierten Stadtbürgern aus der ausgebombten Großstadt Mannheim bekannt war, reagierte die örtliche Caritas unmittelbar und ließ in einer eigenen „Caritas-Werkstuben-Schlosserei“ einfache Herde zusammenbauen. Grundsätzlich ging es um die Behebung der eklatanten, konflikträchtigen Beengung und Wohnungsnot; deshalb wurden kleinere „Eigenheime“ geplant (keine „Mietskasernen“), folgerichtig „mit Gartenland“, was wiederum den botanischen Fähigkeiten der Ungarndeutschen entgegenkam. Statt pekuniäre Genossenschaftsbeiträge zu entrichten – ohnehin kaum vorhanden, – verpflichteten sich die Neubürger auf entsprechend hohe Kontingente an unbezahlten Arbeitsstunden (bis zu 3.000 Stunden, weitestgehend „im Wege der Selbst- und Nachbarhilfe“).³⁴ Die Baugenossenschafts-Initiative von Hettingen war die erste, die von und für Vertriebene(n) und Flüchtlinge(n) in Deutschland gegründet und ergebniswirksam geführt wurde. Bereits am 29. September 1946 wurden Aufgaben zugewiesen und planerische Vorarbeiten geleistet. 1947 existierten in Nordbaden bereits fünf dieser Baugenossenschaften als „Siedlungswerk *Neue Heimat*“, bald darauf waren es 26. Der spätere Dachverband „*Neue Heimat e.V. Baden*“ konnte schließlich nach einem Vierteljahrhundert (beim Jubiläum am Bischofssitz Freiburg 1973)³⁵ auf den Bau von 40.000 familiengerechten Wohneinheiten zurückblicken.

³¹ Schreiben Pfarrer Magnani an das Ebf. Ordinariat v. 3. Juli 1946, EBA Freiburg 55.44, Vol. 1.

³² Brief Pfarramt Hettingen an Erzbischöfliches Ordinariat Freiburg, EBA 55.44, Vol. 1; Chronik Hettingen 1974: Beitrag Knühl, S. 263.

³³ Ich beziehe mich hier auf die Erinnerungen des Bezirks-Caritasvorsitzenden und Ortspfarrers von Hettingen im IVDE Freiburg, Sig. AF/65/3: Magnani, Heinrich: *Wie die Gemeinde Hettingen die Aufnahme der Heimatvertriebenen bewältigte*, in: Assion, Peter/Schneider, Gerhard (Hg.): *Hettingen. Aus der Geschichte eine Baulandortes. Hettingen 1974*, S. 334-344, hier S. 336-338.

³⁴ In der Satzung von 1949 heißt es zur Zweckbestimmung: *Der „Bau billiger Wohnungen, insbesondere für Ostvertriebene, Ausgebombte und Heimkehrer.“ Um in diesem Sinne tragbare Lasten zu erzielen, sollten die „von ihm zu fördernden Heimstätten“ errichtet werden.*

³⁵ Magnani 1974, S. 342.

Es lohnt sich, einmal anhand verschiedener verfügbarer Quellenmaterialien gesammelt zu betrachten und zu analysieren, wie Institutionen, Strukturen, persönliche Initiativen, Erfahrungen und das, was man im traditionellen kulturanthropologischen Sinne „Brauchtum“ nannte, dabei ineinander gegriffen haben. Eine Dissertationsschrift, die in der hier verhandelten Themenstellung weithin unbekannt geblieben und nicht im Kontext der Migrationsforschung entstanden ist, hat gezeigt, dass schon vor dem Krieg kirchliche Baugenossenschaftsmodelle erprobt worden waren und auf einschlägige Erfahrungen zurückgegriffen werden konnte.³⁶ Die Anwendung des Modells „Baugenossenschaft“ mit seiner Verpflichtung zu vielen Arbeitsstunden hat die angekommenen Vertriebenen mit den Einheimischen gefordert und zu Anstrengungen herausgefordert. Im Landkreis Buchen speziell wurde das Unternehmen nun dadurch begünstigt, dass der Kreiscaritasvorsitzende und Hettinger Ortspfarrer zugleich aus einer Maurerfamilie stammte und wusste, welche Geräte und Materialien jeweils nötig gebraucht wurden.³⁷ Ebenso war er ein ausgewiesener Gegner des Nationalsozialismus gewesen³⁸ und genoss zweifellos, wie die Caritas-Organisation insgesamt, moralischen Kredit beim Militärgouvernement der Alliierten. In der Erinnerung eines Zeitzeugen wird er als burschikoser und entschlossener Mensch beschrieben, der außerordentliche, nicht stets vorschriftsmäßige Initiativen zu realisieren bereit war. Sein Name war Heinrich Magnani.³⁹ Für die Erarbeitung der Baupläne war es ferner besonders günstig, dass aus dem zerbombten Berlin der Architekt Egon Wilhelm Eiermann, dessen Familie aus Buchen stammte, hierher kam und quasi umsonst einheitliche Musterpläne für die Siedlungshäu-

³⁶ Schillinger, Frank: *„Wenn der Herr nicht baut, dann bauen die Bauleute vergebens“: Eine Studie zur Geschichte der katholischen Siedlungsbewegung in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg. Dargestellt am Beispiel der Erzdiözese Freiburg (1918–1997)*. Berlin 2001, S. 203-205, 311, 523-525 (schon in den 1920er Jahren gab es einen Siedlungsdienst im Deutschen Caritasverband, der zwar mit dem ganzen Katholischen Siedlungsdienst 1941 aufgelöst worden war, auf dessen Erfahrungen aber nach 1945 wieder zurückgegriffen werden konnte; einer der Repräsentanten war der Ermländer Bischof Maximilian Kaller, nach dem Krieg „päpstlicher Sonderbeauftragte für das Flüchtlingswesen“); zur Vorgeschichte vgl. Hugo Ott: *Festansprache zum 50jährigen Bestehen der Baugenossenschaft „Familienheim“ eG Freiburg, Gaußstraße 5, am 21. Juni 1980*. Freiburg 1980, S. 5. Vgl. in diesem Zusammenhang den Grundsatztext „Proklamation der Caritas“ v. 7. November 1945, in: Wollasch, Hans-Josef: *Beiträge zur Geschichte der Deutschen Caritas in der Zeit der Weltkriege. Zum 100. Geburtstag von Benedict Kreutz (1879–1949) Freiburg i.Br. 1978*, S. 228-230. Die Organisation eines kirchlich getragenen Wohnungsbaus war, darauf sei eigens hingewiesen, sowohl eine katholische wie auch evangelische Angelegenheit, vgl. etwa die Angaben bei Langen, Mona: *Warum baut die Kirche? Zum Beitrag des evangelischen Wohnungsbaus bei der Aufnahme der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge in Bayern*, in: Endres, Rudolf (Hg.): *Bayerns vierter Stamm. Die Integration der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen nach 1945*. Köln/Weimar/Wien 1998, S.55-75.

³⁷ Er war der Sohn eines Bauführers aus Italien und einer rheinländischen Mutter in Karlsruhe/Etlingen, vgl. Duffner, Herbert: *Magnani, Heinrich*. In: *Badische Biografien, N.F. 2*, im Auftr. d. Kommission für geschichtliche Landeskunde Baden-Württemberg hg. v. Bernd Ottnad Stuttgart 1987, S. 198-200, hier 198.

³⁸ Duffner 1987, S. 199.

³⁹ Interview Fritz Baier 2010; Duffner 1987, S. 199-200.

ser vor Ort erstellte.⁴⁰ (Egon Eiermann sollte 1947 die Architektur-Professur der Universität Karlsruhe erhalten und ist später u.a. als Bauplaner des Deutschen Botschaftsgebäudes in Washington sowie als Vorsitzender der Jury zum Wettbewerb für das Münchner Olympiagelände weltbekannt geworden.) Den Befunden zum oben bereits angedeuteten *brauchtümlichen* Aspekt des Einlebens, den Wallfahrtsveranstaltungen, seien nun einige Sätze mehr gewidmet:

Wallfahrten

Zur seelischen und sozialen Stärkung hat Heinrich Magnani schon 1946 Wallfahrtsveranstaltungen für die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen organisiert, die erste am 2. Juli (dem Termin *visitatio mariae*) nach Walldürn. Offensichtlich war sie beim Ordinariat nicht angemeldet gewesen, wurde gemäß eines Zeitzeugeninterviews im Hauruck-Verfahren (Requirierung von Lastwagen⁴¹) begonnen und versammelte schließlich nach Magnanis Schätzung 6.000 Menschen an dem großen barocken Wallfahrtsort (sonach hätten 37,5% aller im Kreis bis dato angekommenen Flüchtlinge und Vertriebenen teilgenommen).⁴² Auch an anderen Wallfahrtsorten Nordbadens fanden in der unmittelbaren Folgezeit große Veranstaltungen statt, von denen heute kaum noch jemand etwas weiß: Unter anderem in Bruchsal-Paulusheim mit 8.000 Vertriebenen im September 1946, in Maria-Bickesheim nahe Karlsruhe mit 2.000-4.000 Vertriebenen jeweils zum 12. September 1947–1949 oder zum Letzenberg nahe Wiesloch (Lkr. Heidelberg) mit 3.000 Vertriebenen im August 1949.⁴³ Seit 1947, stärker noch nach der Gründung der Bundesrepublik, wuchs auch am nordwürttembergischen Wallfahrtsort Schönenberg bei Ellwangen der Zustrom gerade der Ungarndeutschen zur dortigen Wallfahrtsveranstaltung der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen an. Im Jahr 1960 nahm dort auch Bundeskanzler Konrad Adenauer als Hauptredner teil, mit ihm der Rottenburger Diözesanbischof Carl Joseph Leiprecht, der Baden-Württembergische Ministerpräsident Georg Kiesinger und circa 50.000 Besucher aus dem gesamten Personenkreis der Vertriebenen.⁴⁴ Diese Wallfahrten sind deshalb so bedeutend, weil sie in der Anfangszeit wegen des spirituellen Charakters eben *nicht* unter

⁴⁰ Schirmer, Wulf (Hg.): Egon Eiermann 1904–1970. Bauten und Projekte. Stuttgart 1984. Magnani 1974, S. 337.

⁴¹ Der ehemalige Vorsitzende der Ackermannsgemeinde, Bundestagsabgeordnete und Bürgermeister Fritz Baier im Interview 2010.

⁴² EBA Freiburg 55.44., Vol. 1. Die allererste Massenwallfahrt der Flüchtlinge und Vertriebenen hatte am Juni 1946 in Altötting/Oberbayern stattgefunden.

⁴³ Ausführlicher hierzu: Heimatvertriebenen-Wallfahrten. Aspekte volkskundlicher Erforschung unter besonderer Berücksichtigung der Erzdiözese Freiburg und der Donaueschungen. In: Benedikt Kranemann (Hg.): Liturgie und Migration. Die Bedeutung von Liturgie und Frömmigkeit bei der Integration von Migranten im deutschsprachigen Raum. Stuttgart 2012, S. 188–216; unentbehrlich noch immer die Dissertation von Georg Richard Schroubek: Wallfahrt und Heimatverlust: ein Beitrag zur religiösen Volkskunde der Gegenwart. Marburg 1968.

⁴⁴ Unsere Post, 15. Jg., Nr. 10 (1960), S. 1 u. S. 8-9. Die Bildreportage zeigt Konrad Adenauer im Gespräch mit dem Vertreter der Ungarndeutschen, Dr. Ludwig Leber.

das von den Militärbehörden verfügte politische Vereinigungs- und Versammlungsverbot fielen, und weil sie seither ein kalkulierbares Zusammentreffen der verstreut untergebrachten Herkunft- und Heimatgemeinschaften mit demonstrativer Ausübung und Präsentation der eigenen Kultur, des eigenen, in diesem Fall ungarndeutschen Habitus ermöglichten.

In Walldürn fand zum Allerseelentag am 2. November 1946 eine weitere Wallfahrt statt, wieder kamen etwa 6.000 Menschen, um ihrer Toten in den Herkunftsländern zu gedenken, um zu beichten, zu beten und zu singen in ihrer Heimatsprache – das war seinerzeit bei den Ungarndeutschen eben sehr oft Ungarisch. Den großen Wallfahrtsort seelsorgerlich betreut hat damals der Augustiner-Orden. Zu diesem Orden gehörte auch der aus Prag gekommene Hochschullehrer Pater Paulus Sladek, Vorsitzender der Kirchlichen Hilfsstelle Süd für Flüchtlinge-Vertriebene in München. In seiner Hauptpredigt sagte er, wörtlich und eindeutig bereits 1946: „Menschlich gesehen ist die Hoffnung auf eine Rückkehr hoffnungslos“.⁴⁵ Magnani beschreibt rückblickend, wie schwierig es dennoch war, die Vertriebenen zu bewegen, in ein Haus mit betoniertem Fundament zu investieren, denn viele hatten – in der Zeit vor dem Eisernen Vorhang – die Rückkehr noch im Kalkül.⁴⁶

Die Wallfahrtveranstaltungen der Heimatvertriebenen in Walldürn wuchsen seit dem 2. Juli 1947 auf mehr als 20.000 teilnehmende Menschen an, so dass man wegen der auf dem Wallfahrtsplatz und in der Basilika nicht mehr fassbaren

⁴⁵ EBA Freiburg 55.44, Vol. 1, hier „Bericht Flüchtlingspfarrer Schmid [ohne Vornamen]. Wallfahrt der Neubürger zum Hl. Blut nach Walldürn am 2. Nov. 1946.“

⁴⁶ Magnani 1974, S. 336, 340. Es kann hier nicht genug betont werden, dass in der damaligen Situation der ausgehenden 1940er Jahre niemand unter den Betroffenen sicher wissen konnte, wie die politischen Verhältnisse in Europa sich entwickeln würden. Bei vielen herrschte Unsicherheit, welche Handlungsoptionen zu favorisieren waren – ob man sich also eher auf Rückkehr oder Bleiben einstellen sollte. Instruktive Indikatoren hierfür bieten die Briefe der ungarndeutschen Vertriebenen in Süddeutschland an den ungarndeutschen Volkskundler Eugen Bonomi (Schorndorf/Württemberg) im Bestand des IVDE Freiburg, der vor 1945 insbesondere in den Dorfgemeinden des Ofener Berglandes geforscht hatte: S. im allgemeinen Überblick: Schell, Csilla: Eugen Bonomis Briefwechsel mit Heimatvertriebenen. Zur geografischen Zuordnung der Briefe und zur Bedeutung der Korrespondenz. In: Radek, Tünde/Szilágyi-Kosa, Anikó (Hg.): Wandel durch Migration. Veszprém 2016, S. 75-86. Zu den in Walldürn Angekommenen hat auch der junge, damals 17-jährige Cornelius Mayer aus Pilisborosjenő/Weindorf gehört, der dann von den Augustinern ins Gymnasium nach Münnersstadt/Unterfranken geschickt wurde und von dort seine Laufbahn als gelehrter Theologe begann. Mit Cornelius Mayer konnte ich in Würzburg ein längeres Informationsgespräch führen (Protokoll im IVDE Freiburg); Mayers Schwester aber sei heimlich und illegal zurückgewandert nach Ungarn. Sie war eine von den 10.000-12.000 „Hazatértek“/Rückkehrer der 1940er Jahre, die sich dann in Ungarn selbst versteckt bis zur Amnestie hielten, ein Phänomen, das bei keiner anderen Vertriebenengruppe, nur bei den ungarndeutschen Vertriebenen zu beobachten war. Zu den Hazatértek s. Ágnes Tóth: Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékeztete. Budapest 2008. In deutscher Übersetzung: Dies.: Rückkehr nach Ungarn 1946-150. Erlebnisberichte ungarndeutscher Vertriebener. München 2012.

Menschenmenge⁴⁷ jeweils einen Veranstaltungstag für die Ungarndeutschen/Donauschwaben und einen für die Sudetendeutschen reservierte. Gerade die Wallfahrtsveranstaltungen wurden dann immer mehr zu einer der Hauptgelegenheiten, die Herkunftskultur demonstrativ zu leben und zu zeigen. Ein Zeugnis der Wallfahrt von 1949 enthält Hinweise über Gesangs- und Musikdarbietungen deutschungarischer Tradition sowie die vollständige Prediger- und Rednerliste. Hier werden die Ansprache Lajos (Ludwig) Lebers von der Ungarndeutschen Abteilung Caritasflüchtlingshilfe und die Predigt von Pfarrer Franz Greszl aus Nagykovácsi, ein ehemaliger Mitarbeiter Jakob Bleyers, hervorgehoben – zudem aber eben auch die Predigt des vom Vatikan entsandten Vertriebenenbischofs Alois Muench, die Ansprache des politisch verantwortlichen Landrats sowie die „begeisterte“ Rede des zuständigen *Referenten für Wohnungswesen*.⁴⁸ An diesem Beispiel haben wir alles zusammen: Wir haben die Wertschätzung und Repräsentation der Herkunftskultur aus Ungarn (an der übrigens auch der Caritas-Beauftragte und Volkskundler Johannes Künzig beteiligt war, der Gründer des Vorgänger-Instituts des IVDE); wir haben die gemeinsame Anwesenheit und Versammlungsmöglichkeit untereinander; wir haben die amtskirchliche und die politische Anerkennung durch Bischöfe und Landräte, und wir sehen eben die Bau- und Wohnungsberatung durch zuständige Fachbeamte. Sechzehn Jahre später, am 4. Juli 1965, fand dann das für unseren Anlass bedeutendste Großereignis statt, als der amtierende Bundespräsident Heinrich Lübke in Walldürn seine Ansprache hielt. Der Bundespräsident besuchte am selben Tag im selben Zusammenhang auch den nahegelegenen Ort Seckach, wo die Ankunftsbahnstation der Vertriebenen Transporte gewesen war. Hier war das „Jugenddorf Klinge“ gebaut worden, eine Institution, die vor allem elternlose Flüchtlings- und Vertriebenenkinder aufgenommen, betreut und für ihren Schulunterricht sowie für Lehrwerkstätten gesorgt hatte. Und hier sprach Pfarrer Heinrich Magnani in Gegenwart des Bundespräsidenten, des Freiburger Erzbischofs, des Bundesfamilienministers, des baden-württembergischen Kultusministers, des Regierungspräsidenten von Nordbaden und wiederum des Landrats von Buchen.⁴⁹ Neben dem mehrmals bekräftigten Lob für Arbeitsleistungen für den *Eigenheimbau* (nicht also für Hochhauskomplexe und Mietwohnungen) und für die sichere Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und Kirche, betont der veröffentlichte Redetext gleichfalls die gute Zusammenarbeit bei der Etablierung von „Familienwerk“ und „Jugenddorf Seckach-Klinge“

⁴⁷ Schroubek 1968, S. 202. Bis in die 1960er Jahre, so Schroubek, seien stets jeweils bis zu 15.000 Menschen gekommen; seit 1954 besteht jedoch jeweils nurmehr ein „Wallfahrtstag der Heimatvertriebenen“ im Juli in Walldürn. Die erste „Heimatvertriebenen-Wallfahrt“ Walldürn 2. Juli 1946 hatte Schroubek noch nicht erfassen können.

⁴⁸ Meldung in: *Unsere Post*, 13 (1949), S. 4.

⁴⁹ Abgedruckt bei Rainer Bendel: *Aspekte der Vertriebenenseelsorge im Erzbistum Freiburg (mit einem Dokumentenanhang)*. In: Ders./Abraham Kustermann (Hg.): *Die kirchliche Integration der Vertriebenen im Südwesten nach 1945*. Berlin 2010 (= *Beiträge zu Theologie, Kirche und Gesellschaft im 20. Jahrhundert*; 19), S. 141-171, hier S. 168-171.

mit dem Ministerium für Jugend und Familie sowie dem Freiburger Ordinariat⁵⁰ – trotz einiger vorangegangener, eigenmächtiger Eskapaden Magnanis, die zu handfesten Krisensituationen mit und in der erzbischöflichen Diözesanverwaltung geführt hatten⁵¹ und die hier geglättet wurden.

III. CONCLUSIO

Um es zu wiederholen, klar belegt sind die in der jüngeren Historiografie betonten Schwierigkeiten und Missshelligkeiten (bis hin zur teilweise registrierbaren Feindseligkeit der Einheimischen) bei der Ankunft und bei den ersten Schritten des Einlebens der vertriebenen Ungarndeutschen sowie auch der anderen Vertriebenengruppen. Auch die durch die genannten Meinungsumfragen erhobenen ethnologischen und sozioökonomischen Anhaltspunkte waren, unter den behördlichen Auspizien einer gewünschten reibungslosen kulturellen Eingliederung gesehen, sicher ungünstig. Blickt man nun auf bestimmte Praxisfelder und auf konkrete Tätigkeitsebenen in der Wirklichkeit der regionalen Kultur, erweist sich jedoch, dass die Betroffenen in der Ankunftszeit auch enkulturierte und akkulturierende Praktiken und Handlungsmuster ins Werk setzen konnten, um diese Schwierigkeiten geringer zu machen oder – gleichsam an diesen Schwierigkeiten vorbei – die nachmalige Integration mit Sesshaftwerdung zu erreichen. Methodisch ist hier die Falluntersuchung geboten – ganz im wörtlichen Sinne: Suchen und fragen nach dem, *was der Fall war*, dort, an Orten und Personen, an denen eine vertiefte empirische Betrachtung des Tuns von Menschen möglich erscheint. Es geht dabei um *dieses* Wertheim und *dieses* Buchen-Hettingen. Die vorliegende kurze Studie mit ihrem kulturanthropologischen Zugriff hat aus ausgewählten Quellen und aus weitgehend unberücksichtigter oder kaum berücksichtigter Fachliteratur versucht darzustellen, wie hier bereits vorhandene Erfahrungen, Institutionen, Strukturen und Traditionen zusammenwirkten und einzelne Initiativpersönlichkeiten oder Gruppen diese aktiv anwenden und umsetzen konnten. Der Beitrag hat versucht zu verdeutlichen, dass die Betrachtung der Interdependenz zwischen Menschen, Personen und Einrichtungen, Administrationen unserer Aufmerksamkeit bedarf: *Ohne* die Betrachtung von Personen wie Heinrich Magnani und den Theologen Paulus Sladek mit ihren individuellen Prägungen, mit deren Handeln und Fertigkeiten sind die Brauchformen wie etwa die Heimatvertriebenen-Wallfahrten nicht angemessen verstehbar, und diese spezifischen Wallfahrtsveranstaltungen als Teil einer spezifischen Tradition wiederum waren prägender Bestandteil der Integration, Teil eines Handlungsmusters, welches einem großen Teil der Ungarndeutschen von Ungarn her tatsächlich vertraut war⁵² und Sicher-

⁵⁰ *Ebd.*, S. 170.

⁵¹ Duffner 1987, S. 199-200.

⁵² Zum bedeutendsten Wallfahrtsort der Ungarndeutschen, Mariazell/Steiermark, waren die alten (vor 1945 erschienenen) Wallfahrtsbilder und „Wallfahrtsbüchlein“, also die Anleitungen zum rituellen Programmablauf mit den dabei zu sprechenden und zu singenden Gebeten und Liedern, auch in Nordbaden auffindbar. Heidelmann, Wertheim 1996, S. 71.

heit gab, das sie in den Ankunftsgebieten im Sinne einer kulturellen Selbstbehauptung aufgreifen konnten und das, als repräsentative Zusammenkunft, letztlich auch eine Plattform der sozialen und politischen Anerkennung schuf, etwa beim Besuch von episkopalen kirchlichen oder staatlichen Amtsträgern. In diesem Zusammenhang ist ein von der „Kirchlichen Hilfsstelle für Vertriebene“ in Abstimmung mit der Caritas 1949 formuliertes Memorandum⁵³ für ganz Westdeutschland nicht ganz unerheblich, in dem es heißt:

„Dem Argument der Einheimischen, dass die Vertriebenen ihre Eigenart aufgeben und sich sang- und klanglos einordnen, darf nicht nachgegeben werden“ – die „Assimilation“ müsse vielmehr ein zweiseitiger Vorgang sein – „aus dem Wettstreit der einheimischen und der von den Vertriebenen mitgebrachten Kulturwerte wird ein Drittes, ein Neues, ein von beiden Seiten Verschiedenes geboren werden.“ Bei der Einsiedlung sollten und müssten die beiderseitigen „Kulturgüter“ respektiert und anerkannt werden – und das bedeutet in der Konsequenz: real und wahrnehmbar existieren.⁵⁴

Wie gesagt und erwiesen, Diskriminierungen, leidvolle Erfahrungen hat es nicht allein beim Akt der Ausweisung und Vertreibung oder bei der Deportation aus dem Herkunftsland gegeben, sondern auch in den Ankunftsregionen – offensichtlich jahrelang. Doch hat sich in der vorliegenden Untersuchung insbesondere auch am Fall der Siedlung „Reinhardshof“/Wertheim und an dem erneut entstandenen Instrument der Baugenossenschaft gezeigt, dass das Schicksal der Vertriebenen nicht allein in einem Opferdiskurs zu behandeln ist. Erfolgreiche Selbsthilfe beim Wohnungsbau und kulturelle Selbstbehauptung gerade der Ungarndeutschen sind ebenso Teil der empirisch erfassbaren Lebenswirklichkeit und mithin Teil der Darstellung ihrer Identität in der Bundesrepublik Deutschland.

⁵³ Der Entwurf 1949 ist im Deutschen Caritasarchiv Freiburg einsehbar, 1950 wurde der Text für die ganze neue Bundesrepublik in allen Diözesen publiziert. S. im Jahresbericht der Kirchlichen Hilfsstelle Süd München, EAF 55.44, Vol. 4 (1950–1951).

⁵⁴ Es „wäre verfehlt, wenn man von einheimischer Seite die Pflege des Kulturerbes der Heimatvertriebenen als eine Störung der Eingliederung, der Assimilierung empfinden würde.“ S. ebd.



Ágnes Tóth

INTEGRATION IM PRINZIP – DISKRIMINIERUNG IN DER PRAXIS. DIE DEUTSCHEN IN UNGARN 1948–1956

In Ungarn fanden im Jahrzehnt nach dem Zweiten Weltkrieg tief greifende politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Veränderungen statt. Der Schwerpunkt dieses Wandels hatte politischen Charakter. Der Zeitraum von 1945 bis 1949 war durch den Kampf um die Macht geprägt, die Jahre von 1950 bis 1956 durch den Ausbau und die Festigung der kommunistischen Diktatur. Die Machthaber ordneten alles dem Erreichen dieser Ziele unter. Auch das, was mit den Deutschen in Ungarn geschah, muss im Ursache-Wirkungs-Zusammenhang dieses Prozesses betrachtet werden.

In meinem Beitrag behandle ich zum einen die von 1948 bis 1956 erfolgten Schritte und Maßnahmen der ungarischen Regierung zur Schaffung der Grundlagen für die gesellschaftliche Integration der im Land verbliebenen Bevölkerung deutscher Nationalität. Zum anderen befasse ich mich detailliert mit der Frage der Vereinigung auseinandergerissener Familien.

Die ungarische Regierung vertrieb zwischen Januar 1946 und Juni 1948 auf der Grundlage des Vorwurfs der Kollektivschuld etwa 200.000 ungarische Staatsbürger deutscher

Nationalität nach Deutschland. Ihre ursprüngliche Vorstellung, die überwiegende Mehrheit der Deutschen zu vertreiben, konnte sie allerdings aufgrund des Widerstands der Großmächte nicht durchführen. Die amerikanischen Militärbehörden suspendierten im Juni 1946 – unter Berufung auf verschiedene Gründe – erstmals vorübergehend die Aufnahme der ungarischen Vertreibungszüge, dann verzögerten sie ihr Eintreffen in den westlichen Besatzungszonen mit allen möglichen Mitteln und schließlich, seit Herbst 1947, verweigerte sie ihre Aufnahme gänzlich.

Daraufhin konnte die ungarische Regierung die Vertreibung der Deutschen nur gemäß einer mit den sowjetischen Militärbehörden geschlossenen Vereinbarung, die sich aber nur auf eine Übergangszeit und begrenzte Personenzahl bezog, fortsetzen. Im Juni 1948 endete auch diese beschränkte Möglichkeit und die ungarische Regierung sah sich mit sämtlichen wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Folgen des unterbrochenen Vertreibungsprozesses konfrontiert.¹

Nach Abschluss der Zwangsaussiedlungen hielten sich in Ungarn noch etwa 230.000 Personen deutscher Nationalität auf. Von diesen befanden sich diejenigen 110.000 Personen, die noch im Herbst 1947 zur Aussiedlung ausgewählt worden waren, in einer besonders schwierigen Lage. Man hatte sie ihres Vermögens und ihrer politischen Rechte beraubt, sie waren zum Großteil bei anderen ungarndeutschen Familien einquartiert worden und befanden sich in einem Zustand des völligen Ausgeliefertseins, denn sie durften keine Arbeit überneh-

¹ Ausführlich zur Vertreibung der Ungarndeutschen siehe Gábor Gonda, *Kitasztíva. Kényszermigráció, nemzetiségpolitika és földreform németek által lakott Dél- és Nyugat-Dunántúli településeken 1944–1948* [Verstoßen. Zwangsmigration, Nationalitätenpolitik und Bodenreform in den von Deutschen bewohnten süd- und west-transdanubischen Gemeinden 1944–1948]. Pécs (Pécsi Hittudományi Főiskola) 2014; Réka Marchut, *Töréspontok. A Budapest környéki németiség második világháborút követő felelősségre vonása és annak előzményei (1920–1948)* [Bruchstellen. Die Verantwortlichmachung der Deutschen aus der Umgebung von Budapest nach dem Zweiten Weltkrieg und die Vorgeschichte (1920–1948)]. Budapest/Budaörs (MTA Társadalomtudományi Kutatóközpont/Magyar Történelmi Társulat/Budaörsi Passió Egyesület) 2014; Ágnes Tóth, *Migrationen in Ungarn 1945–1948. Vertreibung der Ungarndeutschen, Binnenwanderungen und Slowakisch-Ungarischer Bevölkerungsaustausch.* (= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 12). München (Oldenbourg Verlag) 2001; zur ungarischen Fassung siehe Ágnes Tóth, *Telepítések Magyarországon 1945–1948 között. A németek kitelepítése, a belső népmozgások és a szlovák-magyar lakosságcsere összefüggései* [Migrationen in Ungarn 1945–1948. Die Zusammenhänge der Vertreibung der Ungarndeutschen, der Binnenwanderungen und des Slowakisch-Ungarischen Bevölkerungsaustausches]. Kecskemét (Bács-Kiskun Megyei Levéltár) 1993; Ágnes Tóth, *Rückkehr nach Ungarn 1946–1950. Erlebnisberichte ungarndeutscher Vertriebener* (= Schriften des Bundesinstituts für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa, Bd. 43 bzw. Schriften des Europäischen Netzwerks Erinnerung und Solidarität, Bd. 4), München (Oldenbourg Verlag) 2012; zur ungarischen Fassung siehe Ágnes Tóth, *Hazatértek. A németországi kitelepítésből visszatért magyarországi németek megpróbáltatásainak emlékezte* [Heimkehrer. Erinnerung an die Heimsuchungen der von der Vertreibung nach Deutschland zurückgekehrten Ungarndeutschen]. Budapest (Gondolat) 2008.

men und ihre Wohnorte nicht verlassen. Mit dieser Masse von Personen, die in völlige rechtliche und existenzielle Unsicherheit gezwungen worden war, wollte die ungarische Regierung Druck auf die Großmächte ausüben, um den Prozess der Zwangsaussiedlung fortsetzen zu können. Die massenweise Unterbringung der Deutschen in gemeinsamen Quartieren seit der zweiten Jahreshälfte 1947 war allerdings auch durch die Notwendigkeit, die Ungarn aus der Slowakei aufzunehmen, bedingt worden. Gleichzeitig war auch die Versorgung der 120.000 Personen, die aufgrund ihres Berufs von der Aussiedlung freigestellt worden waren und teilweise ebenfalls von vermögensrechtlichen Beschränkungen betroffen waren (darunter vor allem Bergleute, Industriearbeiter und Tagelöhner in der Landwirtschaft), nur zum Teil sichergestellt.

Die Schaffung der grundlegendsten Voraussetzungen zur gesellschaftlichen Integration der Deutschen begann im Herbst 1949, mehr als ein Jahr nach dem Abschluss der Vertreibungen. Einige Tage nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik und der Annahme ihrer Verfassung wurde in Ungarn die Verordnung Nr. 4274/1949 MT (des Ministerrats) veröffentlicht. Diese Rechtsnorm bezog sich auf Personen, die zur Übersiedlung nach Deutschland verpflichtet worden waren, deren Aussiedlung aber nicht mehr erfolgt war. Sie besagte, dass diese Personen „hinsichtlich der Wahl ihres Wohnorts (Aufenthaltort) und ihrer Aufnahme von Arbeit wie ungarische Staatsbürger zu betrachten“ seien.² Es ist bezeichnend, dass die am selben Tag veröffentlichte Durchführungsverordnung des Innenministers die Aufhebung der früheren kollektiven Benachteiligungen als „definitive Vergünstigungen“ bezeichnete.

Die betroffenen Personen sollten sich innerhalb von 15 Tagen auf der – ihrem Aufenthaltsort nächstgelegenen – Polizeistation melden. Dort waren sie auch verpflichtet, ihren Wohnort anzugeben. Personen, die die Meldung versäumten, sollten vom Genuss der „Vergünstigungen“ ausgeschlossen werden.

Noch bedeutender war die am 16. Dezember 1949 veröffentlichte Verordnung Nr. 4364/1949 MT (des Ministerrats), die einzelne Bestimmungen zur Bodenreform und zur Beendigung der Ansiedlung enthielt.³ Diese stabilisierte dadurch, dass sie die Registrierung des für die nicht vertriebenen Personen zurückgelassenen Mobilien- und Immobilienvermögens im Grundbuch verpflichtend machte, die sich seit einem Jahrzehnt ständig wandelnden Eigentumsverhältnisse.

Über die Verfügungen der ungarischen Regierung berichteten auch mehrere westliche Zeitungen. Die in Wien herausgegebene „Landpost“ veröffentlichte einen Artikel mit dem Titel „Mátyás Rákosi hielt sein Wort“. Dieser inter-

² *Magyar Közlöny [Ungarisches Amtsblatt], 11. Oktober 1949. Die Durchführung der Ministerratsverordnung regelte Verordnung Nr.245900/1949 des Innenministeriums.*

³ *Magyar Közlöny [Ungarisches Amtsblatt], 31. Dezember 1949.*

pretierte die Verordnung über die Aufhebung des Verbotes, den Wohnsitz zu verlassen, sowie über die freie Arbeitsaufnahme so, als würde dadurch die vollkommene staatsbürgerliche Rechtsgleichstellung der sich illegal in Ungarn aufhaltenden Schwaben ermöglicht.⁴ Das ungarische Außenministerium protestierte gegen diese Auslegung und bat die österreichische Regierung um eine offizielle Richtigstellung, und zwar mit der Begründung, dass der Artikel eine nicht erwünschte Welle von Grenzübertritten und illegalen Rücksiedlungsversuchen hervorrufen könnte.⁵

Die deutschen Blätter „Die Welt“ und „Nachtexpress“ beriefen sich auf die ungarische Außenhandelsstelle in Berlin, und setzten den Erlass der Verordnung in Bezug zur Proklamation der DDR. Das zeitliche Zusammentreffen steht außer Frage, jedoch kann keine direkte Verbindung der beiden Ereignisse festgestellt werden.⁶ Das Außenministerium ermahnte Köves wegen dieser Aussage und verlangte die Veröffentlichung einer Richtigstellung. Es wurde außerdem festgestellt, dass es sich ausschließlich um die Aufhebung des Verbots, den Wohnsitz zu verlassen, sowie der Arbeitsaufnahme der sich in Ungarn aufhaltenden – also der früher illegal zurückgekehrten – Personen deutscher Nationalität handle.⁷

Verordnung Nr. 84/1950 MT (des Ministerrats) verfügte dann die Aufhebung der restriktiven Maßnahmen, die in Verbindung mit der Vertreibung der Bevölkerung deutscher Nationalität in Ungarn erlassen worden waren. Die Direktive erklärte Folgendes: „Die zur Umsiedlung verpflichteten Personen, die nicht umgesiedelt wurden, und ebenso jene Personen, zu deren Umsiedlung es kam, die sich aber bei Inkrafttreten der vorliegenden Verordnung in Ungarn aufhalten [...], sind ungarische Staatsbürger und mit den übrigen Bürgern in jeder Hinsicht gleichberechtigte Bürger der Volksrepublik Ungarn.“⁸ Auch wenn die in Verbindung mit der Umsiedlung erlassenen restriktiven Maßnahmen nicht mehr weiter angewendet werden durften, behielten die Verwaltungsakte, die

⁴ *Landpost*, 22. Oktober 1949, S. 10.

⁵ *Magyar Nemzeti Levéltár Országos Levéltára [Staatsarchiv des Ungarischen Nationalarchivs] (im Folgenden: MNL OL), Außenministerium, Botschaft in Wien TÜK-Schriften 1946-1960 (im Folgenden: XIX-J-36-a), 515/Bizalmas [vertraulich]/1949.*

⁶ *Die provisorische Regierung der DDR wurde am 8. Oktober 1949 gebildet und am 18. Oktober von Ungarn anerkannt. Zur Aufnahme von diplomatischen Beziehungen kam es in Form der Gründung von Missionen in den beiden Hauptstädten (Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (im Folgenden: PA AA), Ministerium für Auswärtige Angelegenheit (im Folgenden: MfAA), A 9246, Beziehungsberichte der Botschaft Budapest 1960-1961, S. 135.*

⁷ *Zur Veröffentlichung der Mitteilung kam es schließlich nicht (MNL OL, Außenministerium Botschaft in Berlin, TÜK-Schriften 1948-1960 (im Folgenden: XIX-J-34-a), 368/Bizalmas/[vertraulich] 1949 und 340/Bizalmas/[vertraulich] 1949).*

⁸ *Törvények, törvényerejű rendeletek 1950 [Offizielle Sammlung der Gesetze und Verordnungen 1950], Budapest 1950, S. 271-272. Die Verordnung wurde – im Stil der damaligen politischen Wortwahl – stark übertrieben als „schwäbische Amnestieverordnung“ bezeichnet.*

vor der Veröffentlichung der Verordnung durchgeführt worden waren, aber ihre Gültigkeit und es konnten [so der Wortlaut der Verordnung] „aus diesen keine Entschädigungs- oder sonstige Ansprüche geltend gemacht werden.“⁹

Dieselbe Verordnung bevollmächtigte den Innenminister, auch jenen ausgesiedelten Deutschen die ungarische Staatsbürgerschaft zu verleihen bzw. wiederzuerteilen, die sich als „dafür würdig erwiesen“ hatten. Ein diesbezüglicher Antrag konnte innerhalb von sechs Monaten nach Inkrafttreten der Verordnung eingereicht werden. Gesetzlich festgelegte formelle Anforderungen für die Rücksiedlung gab es allerdings nicht. Der Innenminister konnte anhand fallweisen Ermessens darüber entscheiden, wer von den Antragstellern für den Erhalt der Staatsbürgerschaft „würdig“ war.

Die rechtlichen Schritte zur Normalisierung der Situation der in Ungarn verbliebenen Personen deutscher Nationalität bestärkte auch bei den Vertriebenen in den beiden deutschen Staaten die Hoffnung auf eine Überprüfung ihres früheren Verfahrens beziehungsweise auf die Möglichkeit einer Rückkehr nach Ungarn.

Infolge der Verordnung wandten sich die aus Ungarn vertriebenen Personen massenhaft an die Ungarische Mission in Ostberlin und an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und ersuchten um eine Genehmigung für ihre Heimkehr, während sich ihre Angehörigen in Ungarn bei den ungarischen Behörden für ihre Rückkehr einsetzten.

Als Reaktion auf die am 2. April 1950 in der „Berliner Zeitung“ veröffentlichte Mitteilung über die Verordnung Nr. 84/1950 des Ministerrats wandte sich eine Vielzahl von Antragsstellern auch an die ungarische Mission in Berlin. Tagtäglich „kommen 30 bis 40 Briefe und fast genau so viele Ausgesiedelte in die Mission und alle verlangen gemäß der Verordnung ihre Heimkehr. Es gibt Familien, in denen die Frau mit den Kindern ausgesiedelt wurde und der Ehemann zwischenzeitlich aus der Kriegsgefangenschaft nach Ungarn zurückgekehrt ist. Es gibt Kriegsgefangene, die aus der Sowjetunion direkt nach Deutschland gebracht wurden und deren Familie zu Hause ist. Es gibt wieder andere, die hier mit ihrer Familie zusammentrafen und jetzt alle nach Hause zurückkehren möchten. Außerdem gibt es Familien, deren Name sich zwar nicht auf der Aussiedlungsliste befand, [die] jedoch zusammen mit ihren Vorfahren zwecks Sicherung des Lebensunterhalts mitgekommen sind, in der Zwischenzeit ist aber der Ehemann aus der Kriegsgefangenschaft nach Ungarn zurückgekehrt. In der Regel haben sie alle nahe Verwandte, es gibt unter ihnen aber auch Personen, die zwar keine Angehörigen zu Hause haben, die aber trotzdem zurückkehren wollen. Im Allgemeinen handelt es sich um Bauern oder Kleingewer-

⁹ *Törvények, törvényerejű rendeletek 1950 [Offizielle Sammlung der Gesetze und Verordnungen 1950], Budapest 1950, S. 272.*

betreibende, viele von ihnen besaßen in Ungarn ein beträchtliches Vermögen. Alle erkundigen sich danach, ob sie ihre mobilen und immobilien Wertsachen zu Hause zurückerhalten.¹⁰

Die große Zahl der Gesuche erreichte die Mission unvorbereitet. Die Missionsmitarbeiter beschwerten sich, dass sie vom Außenministerium weder in Bezug auf den prinzipiellen Standpunkt der Regierung, noch auf die Verfahrensweise hinsichtlich der gestellten Anträge irgendwelche Informationen erhalten hätten. Deswegen wurden die Anträge zunächst abgelehnt.

Die Betroffenen konnten damals noch nicht wissen, was die Erfahrungen der folgenden Monate eindeutig machten: Die ungarische Regierung unterstützte die Repatriierung der Ausgesiedelten in Wirklichkeit nicht.

Währenddessen fand parallel ein weiterer, die Ungarndeutschen betreffender Prozess statt. Die Sowjetunion erlaubte von Herbst 1949 bis Ende Dezember 1950 die Heimkehr von mehreren Tausend ungarischen Staatsbürgern deutscher Herkunft, die zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion (zum malenkij robot) verschleppt worden waren, sowie von Kriegsgefangenen, die in ihrer Mehrzahl ehemalige Soldaten der SS gewesen waren. In der ersten Phase konnten jene, deren eigene Familien – beispielsweise die Ehefrau oder die Kinder – ausgesiedelt worden waren, deren Eltern, Geschwister oder sonstigen Verwandte aber in Ungarn geblieben waren, zu diesem Familienteil zurückkehren. In den folgenden Monaten konnten sie sich dann individuell über den Verbleib und die Situation ihrer Angehörigen und über die Möglichkeit der Familienzusammenführung informieren. Und für die mehreren Hundert Personen – etwa 500 –, die keine unmittelbaren Angehörigen mehr in Ungarn hatten, errichtete das Ministerium für Volkswohlfahrt ein Übergangslager in Debrecen, um ihre provisorische Unterbringung sicherzustellen.¹¹

Die ungarische Regierung vertrat die Auffassung, die aus der Sowjetunion heimkehrenden Ungarndeutschen würden nicht nur ein Versorgungsproblem, sondern auch ein politisches Risiko darstellen. Deshalb wollte sie diese Personen baldmöglichst an Deutschland übergeben. Nach der Gründung der beiden deutschen Staaten stieß dieses Vorhaben aber auf zahlreiche politische und rechtliche Schwierigkeiten. Mit der Regierung der BRD konnte die ungarische Regierung nicht direkt verhandeln, denn die Regierung der Bundesrepublik

¹⁰ MNL OL Külügyminisztérium Német Demokratikus Köztársaság TÜK iratok 1945–1964. [Außenministerium Deutsche Demokratische Republik, TÜK-Schriften, 1945–1964] (im Folgenden: XIX-J-1-j-NDK), 16.d. Betr.akt., 00468/1950, Aufzeichnungen von Jenő Benedek über die Berliner Verhandlungen, 9. April 1950.

¹¹ MNL OL, Külügyminisztérium, Általános iratok 1945–1992 [Außenministerium, Allgemeine Akten, 1945–1992] (im Folgenden: XIX-J-1-k), 16.d. Betr.akt., 024247/1950, Notizen über die Ausreise der aus der Sowjetunion repatriierten Schwaben nach Deutschland, 21. Juli 1950.

war in außenpolitischen Fragen nicht bevollmächtigt. Die ungarische Regierung konnte nur mit Hilfe der Hohen Kommission Kontakte aufnehmen. Das war sehr schwierig und umständlich.

Bei den Verhandlungen, die Ungarn im Frühjahr 1950 mit der DDR über die Familienzusammenführung führte, kollidierten keine prinzipiellen Standpunkte, sondern das Schicksal der Betroffenen wurde im Wesentlichen durch die tagespolitischen Interessen der Verhandlungspartner entschieden.

Die ungarische Regierung verschloss sich zuerst dem Anliegen der DDR, das Problem der aus der Sowjetunion heimkehrenden Personen im Sinne von Einzelfällen zu prüfen und betrieb daher ihre gruppenweise Übergabe an Ostdeutschland. Demgegenüber betonte die ostdeutsche Seite, dass man bei der Familienzusammenführung nicht anhand einer einzigen allgemeinen Bestimmung vorgehen könne. Sie hielt es für selbstverständlich, dass für den Fall, dass die meisten Mitglieder einer Familie in Ungarn verblieben waren, der in die DDR ausgesiedelte Familienteil – auf Ersuchen – heimkehren sollte. Die ungarische Regierung hingegen interpretierte diese Haltung als eine Revision der Aussiedlungen und wies sie entschieden zurück.

Vor diesem Hintergrund wurde die DDR-Regierung durch einen bestimmten Passus der im März 1950 veröffentlichten Amnestieverordnung überrascht. Dieser versprach nämlich demjenigen Teil der Ausgesiedelten, der sich „hierfür als würdig erwiesen“ habe, die ungarische Staatsbürgerschaft. Das DDR-Außenministerium protestierte gegen die ohne vorherige Abstimmung erfolgte Veröffentlichung der Verordnung in der deutschen Presse, sowohl in der DDR als auch in der BRD. Das Ministerium verstand diesen Schritt als Versuch der ungarischen Regierung, auf dem Gebiet Deutschlands lebende deutsche Staatsbürger dazu zu bewegen, sich um die ungarische Staatsbürgerschaft zu bewerben. Es beanstandete, dass in der Verordnung nicht eindeutig festgehalten werde, auf wen sie sich beziehe, und dass sämtliche Fragen zu ihrer Durchführung offen gelassen worden seien. Als Ergebnis monatelanger angestrebter Verhandlungen schlossen beide Seiten im Juni 1950 schließlich eine mündliche Vereinbarung. Das darin Festgehaltene schränkte die Repatriierungsmöglichkeiten weiter ein. Zum einen dürften nun nur solche Personen einen Antrag auf Heimkehr einreichen, deren Angehörige mehrheitlich in Ungarn geblieben waren, das heißt, alle anderen Ungarndeutschen wurden aus dem Kreis der Antragsteller ausgeschlossen. Zum anderen wurde nicht konkretisiert, wie sich jemand als „würdig“ erweisen konnte, seine ungarische Staatsbürgerschaft zurückzuerhalten – das Kriterium selbst aber wurde beibehalten. Und außerdem konnten nur die Angehörigen in Ungarn einen Repatriierungsantrag einreichen. Auch wenn die zwischen beiden Staaten geschlossene Vereinbarung den Inhalt einer früher in Ungarn erlassenen Verordnung präziserte, wurden die Änderungen in keiner Rechtsnorm festgehalten. Die Betroffenen wurden über die Veränderungen nur durch eine Pressemitteilung informiert.

Die wirkliche Absicht der ungarischen Regierung spiegelt die Tatsache wider, dass von den innerhalb der Frist – also bis zum 4. Oktober 1950 – einen Antrag stellenden etwa 10.000 (genau 9.553) Personen bis Mai 1951 lediglich 33 Personen – 24 nach Ostdeutschland bzw. 9 nach Westdeutschland ausgesiedelte Personen deutscher Nationalität – eine Genehmigung erhielten, nach Ungarn zurückzukehren. Im selben Zeitraum verließen Ungarn – unter dem Rechtstitel der Familienzusammenführung – in mehreren Gruppen fast 1.000 (also etwa 900) Personen in Richtung DDR. Von diesen wiederum konnten 292 Personen weiter zu ihren in der Bundesrepublik lebenden Familienmitgliedern reisen.¹²

Die Familienzusammenführungen wurden bis zum Ende der 1950er Jahre fortgesetzt, zu einer Rückkehr nach Ungarn wurden allerdings Genehmigungen nur in besonderen Ausnahmefällen erteilt (also beim Zuzug von Minderjährigen zu ihren Eltern, von erwerbsunfähigen Personen zu ihren sie versorgenden Verwandten sowie von Ehepartnern).

Im Falle der Ende der 1950er Jahre aus der Sowjetunion heimkehrenden Kriegsgefangenen warf sich die Möglichkeit der Familienzusammenführung gar nicht auf. Ihr Schicksal war durch den Bedarf an Arbeitskräften zur Schaffung des „Landes von Eisen und Stahl“ und zur voluntaristischen Entwicklung der Schwerindustrie besiegelt. Nachdem die zwangsweise Beschäftigung eines Teils der Dorfbevölkerung in den Industriebetrieben und die massenhafte Arbeitstätigkeit von Frauen den Bedarf an Arbeitskräften bei den großindustriellen Investitionen nicht hatten decken können, versuchte die kommunistische Führung, den Arbeitskräftemangel mittels des Aufbaus eines Systems von Häftlingsarbeit bzw. Zwangsarbeitslagern zu überwinden.

Anfang der 1950er Jahre basierten mehrere große Industrieprojekte ausgesprochen auf der Beschäftigung von Personen, die aus politischen Gründen in Zwangsarbeitslagern interniert worden waren, und von Kriegsgefangenen, die aus der Sowjetunion heimgekehrt waren, aber nicht zu ihren Familien gelassen wurden. Die von der ÁVH (dem Amt für Staatsschutz) beaufsichtigten Lager wurden an Orten, die nahezu hermetisch von der Außenwelt abgeschlossen waren, errichtet. Das völlige Ausgeliefertsein der Häftlinge von den Machthabern offenbarte sich an ihrer willkürlichen, sadistischen Behandlung, an den unmenschlichen Wohn- und Lebensumständen sowie an den Arbeitsbedingungen. Die Internierten wurden nicht mehr als Menschen, sondern nur als vollständig ausbeutbare Arbeitskräfte, an

¹² PA AA MfAA, A 9003, *Familienzusammenführungen und Rückführungen zwischen der DDR und Ungarn 1951*, A 15 614, *Berichte, Vermerke, Briefe*; MNL OL, M-Ks 276.f. 96.cs. 68.ö.e., *Belügyminisztérium Igazgatási Főosztályának tájékoztató levele Bíró György számára [Informationsschreiben der Verwaltungshauptabteilung des Innenministeriums an György Bíró]*, 10. Dezember 1952.

deren Stelle jederzeit ein anderes Mitglied der Gesellschaft treten konnte, betrachtet.¹³

Die Sowjetunion ließ Ende 1950/Anfang 1951 3.548 Personen heimkehren, die anschließend von den ungarischen Behörden wie Verbrecher behandelt wurden. Die Aufsichtsbehörden ließen lediglich 700 Personen frei, die übrigen wurden interniert.¹⁴

Bei den einstigen Kriegsgefangenen deutscher Nationalität wurde ihre weitere Inhaftierung und Internierung einfach mit ihrer nationalen Zugehörigkeit begründet. Die Zugehörigkeit zur deutschen Minderheit war also gleichbedeutend mit einer faschistischen Einstellung der jeweiligen Person. Die Situation der betreffenden Person wurde durch eine Mitgliedschaft im Volksbund oder durch den Kriegsdienst bei der SS nur noch weiter verschärft. Das von vorneherein festgelegte Urteil der politischen Macht konnte durch eine objektive Argumentation der Betroffenen – zum Beispiel durch die Berufung auf eine Zwangsrekrutierung durch die SS – nicht außer Kraft gesetzt werden.

„Ich erkläre, dass ich am 17. IX. 1944 mit einer Einberufung nach Zombor zur 31. SS-Gebirgsdivision einberufen wurde. Von dort gingen wir nach Ókér, wo ich eine Ausbildung (Funker) erhielt. Am 14. Oktober 1944 gingen wir nach Transdanubien, nach Villány. Auch dort erhielt ich eine Ausbildung als Funker. Von dort gingen wir nach Nagymákfa hinüber. Am 3. I. 1945 gingen wir nach Österreich. Die Funkerausbildung wurde bis zum 28. III. fortgesetzt, dann kam ich in Schlesien als Funker zur Einsatz. Am 9. V. 1945 geriet ich bei Königgrätz in Gefangenschaft.“¹⁵ Bemerkung des Verhörenden: „Ihre Eltern sind in Westdeutschland und deshalb können Sie nicht frei gelassen werden.“¹⁶

¹³ Ausführlich zum Internierungs- und Arbeitslager siehe Barbara Bank/György Gyarmati/Mária Palasik, „Állami titkok“. Internáló és kényszermunkatáborok Magyarországon 1945–1953 [„Staatsgeheimnisse“. Internierungs- und Zwangsarbeitslager in Ungarn]. Budapest (Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára – L'Harmattan Kiadó) 2012; József Saád, Hortobágy örökségei. Kényszermunkatáborok és lakóik nyomában [Erbe der Hortobágy. Auf der Spur von Zwangsarbeitslagern und ihren Insassen]. Budapest (Argumentum) 2015.

¹⁴ Schlussfolgerungen über die Zahl der Freigelassenen können wir aus einem späteren Bericht ziehen. Der ÁVH-Oberst László Juhász ordnete in seinem Bericht vom 28. März 1952 die Verlängerung der Internierung von 2.848 ehemaligen Kriegsgefangenen an. Damals waren also 80 Prozent der Anfang 1950 heimkehrenden 3.548 Kriegsgefangenen interniert. Uns stehen keine Informationen darüber zur Verfügung, dass in der Zwischenzeit die Internierung von einstigen Kriegsgefangenen in größerer Zahl beendet worden wäre (Állambiztonsági Szolgálatok Történeti Levéltára [Historisches Archiv der Staatssicherheitsdienste] (im Folgenden: ÁBTL) Az Államvédelmi Hatóság kimutatása az internálásra szánt volt hadifoglyokról (1952) [Aufstellung der Staatsschutzbehörde über die zu internierenden Kriegsgefangenen (1952)] (im Folgenden: 4.1.) A-482.

¹⁵ ÁBTL, Tiszalökre internált személyek vizsgálati dossziéi [Ermittlungsdossiers der in Tiszalök internierten Personen] (im Folgenden: 3.1.9.), V-70 311, S 7.

¹⁶ ÁBTL, 3.1.9. V-70 311, S 5.

József Beck (Kisvaszar, 1911) rückte im September 1944 zur SS ein. Am 29. April 1945 geriet er in der Gegend von Dresden in sowjetische Gefangenschaft. Seine Eltern wurden 1948 in die Gegend von Leipzig ausgesiedelt. „Doppelzünftig, Lügner. Seine Familienmitglieder wurden als Volksbündler nach Deutschland ausgesiedelt. Auch er wollte ihnen folgen. Vorschlag: Internierung“ – lautete das Urteil des Verhörenden.¹⁷

Von den Kriegsgefangenen wurden die Personen deutscher Nationalität im Frühjahr 1951 in die Zwangsarbeitslager von Tiszalök, Kecskemét und Kazincbarcika transportiert. In Brigaden eingeteilt, verrichteten die Internierten in drei Schichten und unter schlechten Unterbringungs- und Ernährungsbedingungen schwere physische Arbeit. Auch durften sie keinen Kontakt zu ihren Angehörigen halten, sie durften also weder schreiben noch Briefe oder Pakete empfangen.¹⁸ An ihren Arbeitsplätzen war auch der Kontakt zu Zivilangestellten oder anderen Häftlingen verboten. Trotzdem halfen viele Zivilpersonen den Internierten: Sie leiteten Briefe weiter, schmuggelten Lebensmittel und Zigaretten in Lager, lieferten Informationen und hatten einige gute Worte für sie übrig.

„Mir half persönlich oft der Bewohner von Tiszalök János Fazekas mit Lebensmitteln, Zigaretten und der Übermittlung von Nachrichten“¹⁹ – erinnerte sich der einstige Lagerinsasse István S.

„Ein Zivilingenieur aus Tiszalök kam zur Kontrolle. Als Imre Nagy Regierungschef wurde, brachte er die Zeitungen. Mittags begann der Wächter bereits, sich „reinzuwaschen“, er habe niemanden schlecht behandelt. Ich habe ihm nur gesagt, auch wir hätten niemanden schlecht behandelt, trotzdem seien wir hier.“²⁰ In beiden Lagern war es verboten, Briefe zu schreiben. Einigen von uns gelang es dennoch, mit Hilfe von Zivilisten Briefe hinauszuschmuggeln.²¹

¹⁷ ÁBTL, 3.1.9. V-69 737, S. 2-5.

¹⁸ *Im Zuge der im Sommer 1952 durchgeführten Revision heben die Internierten hervor, dass sie die letzten Briefe von ihren Familien als Kriegsgefangene erhalten hätten. „Meine Eltern wurden 1946 in Westdeutschland in Wicker-Vorden angesiedelt. Im Nov. 1950 erhielt ich zum letzten Mal von ihnen einen Brief. Seitdem halte ich in keinerlei Form Kontakt zu ihnen.“* (ÁBTL, 3.1.9. V-68016, Gyanúsított jegyzőkönyv [Verdächtigenprotokoll], 12. August 1952, S. 26).

„Meine Eltern, meine Geschwister und meine Familie wurden 1946 nach Ostdeutschland, in die Stadt Leipzig umgesiedelt, wegen ihres faschistischen Verhaltens. Über ihre gegenwärtige Lage weiß ich nichts, da ich zuletzt 1950 einen Brief von ihnen erhalten habe.“ (ÁBTL, 3.1.9. V-69737, Bericht des Staatsschutz-Unterleutnants Sándor 2. Szabó, 4. August 1952, S. 11.

¹⁹ Miklós Görbedi, *1020 nap az őrtornyok árnyékában. A tiszalöki hadifogolytábor története. [1020 Tage im Schatten des Wachturms. Geschichte des Kriegsgefangenenlagers von Tiszalök]. Tiszalök (Tiszalöki Költészetési Üzem) 1989, S. 42.*

²⁰ Görbedi, 1989, S. 75.

²¹ Görbedi, 1989, S. 87.

Die Situation der Gefangenen wird durch das folgende Faktum, das ihnen vom ÁVH-Wachpersonal mehrfach täglich bewusst gemacht wurde, besonders gut charakterisiert: „Über euch müssen wir keine Rechenschaft ablegen“.

Nach dem Tod Stalins war es Teil der sogenannten politischen Kurskorrektur unter Imre Nagy, die schreienden Ungerechtigkeiten zu beenden. Die am 26. Juli 1953 veröffentlichte Gesetzesdirektive Nr. 11 des Ministerrats amnestierte die politischen Häftlinge, die zu einer Freiheitsstrafe von weniger als zwei Jahren verurteilt worden waren. Am gleichen Tag ordnete ein anderer Beschluss des Ministerrats (Beschluss Nr. 1034/1953) die Beendigung der Internierungen und Aussiedlungen zum 31. Oktober 1953 sowie die Auflösung der Lager an.²² Im September 1953 verließ die letzte Gruppe der in Ungarn internierten Personen das Lager von Tiszalök. Ausländische Staatsbürger und Kriegsgefangene deutscher Nationalität erhielten demgegenüber auch weiterhin keine Informationen über ihre Freilassung. Die Spannung im Lager wuchs von Tag zu Tag. Am 4. Oktober 1953 schoss der Staatsschutz – unter bis heute ungeklärten Umständen – auf die ungedulden, Informationen fordernden Gefangenen. Infolge des Schusswaffengebrauchs starben 5 Personen, 6 wurden schwer und 11 leicht verletzt. Die des Aufruhrs bezichtigten Personen Ferenc Finn – der bereits zuvor eingesperrt worden war und so an den Geschehnissen keinen Anteil haben konnte – und Ferenc Huber wurden vor Gericht gestellt. Das Budapester Militärgericht verurteilte sie zu 6 bzw. 5 Jahren Zuchthaus.²³

Die einstigen Kriegsgefangenen deutscher Nationalität, insgesamt 885 Personen, verließen schließlich in 6 Gruppen zwischen dem 20. Oktober und dem 4. Dezember 1953 das Internierungslager von Tiszalök. Danach wurden „die Baracken schnell abgebaut, der Stacheldrahtzaun verschwand und auch das Eingangstor verfiel.“²⁴

Die ungarische Regierung machte zwischen 1953 und 1956 – wenn auch auf eingeschränkte Weise – den muttersprachlichen Unterricht auch für die deutsche Minderheit möglich und es konnte nun die Zeitung „Freies Leben“ herausgegeben und der „Kulturverband der Deutschen Werkstätigen in Ungarn“ gegründet werden. Die Schaffung der fundamentalsten institutionellen Strukturen erfolgte – im Vergleich zu den übrigen Nationalitätengemeinschaften – mit der Verspätung von einem Jahrzehnt. Der sich daraus ergebende Nachteil wird auch dadurch nicht gemindert, dass wir wissen, dass die identitätswahrende Rolle dieser Institutionen nicht nur im Falle der deutschen, sondern auch der übrigen Minderheiten größtenteils formell war. Die Macht erwartete von

²² *Törvények és Rendeletek Hivatalos Gyűjteménye 1950–1953 [Offizielle Sammlung der Gesetze und Verordnungen 1950–1953]. Budapest 1953, S. 14–15 und S. 193.*

²³ *ÁBTL, 3.1.9 V-68 016, A Hb.I., Urteil Nr. 00355/1953, 1953. Oktober 17, S. 2.*

²⁴ *Görbedi, 1989, S. 45.*

den Mitgliedern der einzelnen Minderheitengemeinschaften vor allem, dass sie „zu guten Patrioten und selbstbewussten sozialistischen Werktätigen“ werden sollten. Und obwohl es immer wieder zur Deklaration der Minderheitenrechte kam, bedeutete dies nicht zugleich auch die Möglichkeit, diese geltend machen zu können.



Hannelore Baier

DIE RUMÄNIENDEUTSCHEN IN DER ZEITSPANNE 1944–1956

Prämissen

Am 6. Februar 1945 erließ die rumänische Regierung, noch mehrheitlich aus Vertretern der bürgerlichen Parteien gebildet, das Nationalitätenstatut.¹ Minderheitenminister war allerdings der Kommunist Gheorghe Vlădescu-Răcoasa². Er behielt dieses Amt auch in der einen Monat später mit sowjetischem Druck eingesetzten, nunmehr kommunistisch dominierten Regierung. Die neue Regierung – ihr stand in Petru Groza³ ein mit den Kommunisten sympathisierender Rechtsanwalt vor – bekräftigte das Nationalitätenstatut, ja ergänzte es sogar durch ein Gesetz, das Vergehen gegen das Statut strafrechtlich ahndet.⁴ Im allgemeinen Teil des

¹ Die offizielle Bezeichnung lautet „Statut der minderheitlichen Nationalitäten“, das Dekret-Gesetz erscheint im Amtsblatt vom 7. Februar 1945, in deutscher Sprache ist sein Wortlaut abgedruckt in: *Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Band IV: Das Schicksal der Deutschen in Rumänien, Nachdruck 1995, Augsburg, S. 151E (fortan Dokumentation der Vertreibung).*

² Vlădescu-Răcoasa, Gheorghe, Soziologe und Politiker, Minister der nationalen Minderheiten (6.12.1944-28.2.1945), Unterstaatssekretär für Minderheitenfragen (6.3.1945-30.11.1946).

³ Groza, Petru, Dr. (1884-1958), Rechtsanwalt, Ministerpräsident (1945-1952), Vorsitzender der Großen Nationalversammlung (1952-1958).

⁴ Dekret-Gesetz Nr. 2441 vom 3. August 1945 über die Feststellung und Ahndung von Straftaten gegen das Gesetz für das Nationalitätenstatut, Amtsblatt Nr. 176 vom 6. August 1945.

Nationalitätenstatuts wurden der Gleichbehandlungsgrundsatz, das Diskriminierungsverbot und die Freiheit, Muttersprache und Nationalität selbst zu bestimmen, postuliert. In drei Abschnitten wurden sodann Fragen des Sprachgebrauchs, des Unterrichts und der Religionsausübung geregelt. Zu den Verfügungen gehörte zum Beispiel der Zulass der Sprachen der Minderheiten als Amts- oder Gerichtssprache in solchen Verwaltungskreisen und Ortschaften, in denen die jeweilige Minderheit mehr als 30 Prozent der Bevölkerung stellte.⁵ Die Rechtsgleichheit aller Bürger unabhängig ihrer Nationalität, Rasse oder Religion wurde in der 1948 verabschiedeten Verfassung verbrieft. Die Verfassung von 1952⁶ enthielt *expressis verbis* und ohne Ausnahme das Prinzip der Rechtsgleichheit. Im Kapitel VII (Grundrechte und -pflichten der Bürger) wurden den „werkstätigen Bürgern der Rumänischen Volksrepublik, ohne Unterschied von Nationalität oder Rasse“ in Artikel 81 volle Gleichberechtigung auf allen Gebieten des wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens zugesichert. Artikel 82 enthielt die Verfügungen betreffend die freie Nutzung der Muttersprache, bzw. für Unterricht, Bücher, Zeitungen und Theater in der Muttersprache und deren Verwenden in der Öffentlichkeit als auch betreffend das Ernennen von Beamten aus den Reihen der Nationalitäten.⁷ Auf dem Höhepunkt des stalinistischen Terrors wurde also eine Verfassung mit großzügigen Verfügungen verabschiedet – eine Anfechtung von Verfassungswidrigkeiten oder das Einklagen der Verfassungsbestimmungen allerdings gab es nicht.

In den Genuss der großzügigen Verfügungen des Nationalitätenstatutes gelangte die deutsche Minderheit in Rumänien erst nach 1949. Sowohl das Nationalitätenstatut stalinistischer Prägung als auch die anfängliche Diskriminierung der Rumäniendeutschen – unter diesem Begriff fasse ich die Gemeinschaften der Banater und Sathmarer Schwaben, der Siebenbürger Sachsen und der anderen sich der deutschen Kultur und Sprache zugehörig betrachtenden Gemeinschaften in Rumänien zusammen – sind auf Entwicklungen zurückzuführen, deren Stichdatum 1940 war. Auf sie – und zwar die Siebenbürgen-Frage und die Sonderproblematik deutsche Minderheit – gehe ich kurz ein, bevor ich die Lage dieser Minderheit in der Zeitspanne 1944 bis 1956 vorstelle. Zum Schluss werde ich versuchen eine Antwort auf die Frage zu geben, wieso Rumänien die deutsche Minderheit nicht ausgewiesen hat.

• Die Siebenbürgen-Frage

Durch den Zweiten Wiener Schiedsspruch vom 30. August 1940 wurde der nördliche Teil Siebenbürgens Ungarn zuerkannt. In dem am 12. September

⁵ Günther H. Tontsch: *Das Minderheitenstatut von 1945. Zum Schicksal eines rumänischen Minderheitenschutzgesetzes im Stalinismus und darüber hinaus. Vortrag auf der 40. Jahrestagung des Arbeitskreises für Siebenbürgische Landeskunde „Minderheiten im Stalinismus in Rumänien“, Universität Heidelberg, 10.-12. September 2004.*

⁶ *Im Amtsblatt vom 27. September 1952 erschienen.*

⁷ *Dokumentation der Vertreibung, S. 180 E ff.*

1944 mit den Alliierten unterzeichneten Waffenstillstandsabkommen wurde der Wiener Schiedsspruch betreffend Siebenbürgen als null und nichtig erklärt und das Einverständnis erteilt, „Siebenbürgen (oder seinen größten Teil) Rumänien rückzuerstatten mit der Bedingung der Bestätigung durch den Friedensvertrag“.⁸ Am Ende des Zweiten Weltkrieges herrschte eine neue globale Machtkonstellation und die Sowjetunion konnte ihre Interessensphären in Europa ausweiten.⁹ Sowjetischen Quellen zufolge war die Sowjetunion im November/Dezember 1944 der Ansicht, Siebenbürgen stehe Rumänien und nicht Ungarn zu.¹⁰ In Jalta war die berühmt-berüchtigte Einflussmöglichkeit der Sowjets in Rumänien auf 90 Prozent „festgelegt“ worden, demzufolge setzten sie sich bei den Friedensverhandlungen in der Siebenbürgen-Frage letztlich durch. Zu einer Klärung der Frage kam es im Herbst 1946.¹¹ Bis dahin aber setzte die Sowjetregierung die Problematik als Druckmittel auf die rumänische Regierung ein. Die Vermutung liegt nahe, dass die großzügigen Verfügungen des Nationalitätenstatuts von den rumänischen Regierungen auf „Empfehlung“ von Moskau angenommen worden sind, um bei den Verhandlungen in der Siebenbürgen-Frage zu beweisen, dass der ungarischen Minderheit weite Rechte zustehen.¹²

• Die deutsche Minderheit

Die deutsche Minderheit hatte auf Grund des am 20. November 1940 verabschiedeten „Volksgruppen-Gesetzes“¹³ einen Sonderstatus in dem vom Hitler-Verbündeten Antonescu¹⁴ geführten rumänischen Staat erlangt. Im Waffenstillstandsabkommen verpflichtet Rumänien sich, die rassistischen und faschistischen Gesetze aufzuheben bzw. die faschistischen Organisationen aufzulösen. In Umsetzung dieser Vorschrift wird das Volksgruppengesetz außer Kraft gesetzt.¹⁵ Durch das Volksgruppen-Gesetz war die gesamte deutsche Minderheit

⁸ Artikel 19 des Waffenstillstandsabkommens. Marin Radu Mocanu (Hg.): *România – marele sacrificat al celui de al doilea război mondial. Documente [Rumänien – das große Opfer des Zweiten Weltkrieges. Dokumente]*. Bukarest, 1994, S. 313.

⁹ Mathias Beer: *Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen*. München 2011, S. 48 ff (fortan Mathias Beer: *Flucht...*).

¹⁰ Vgl. T.M. Islamov, Tatiana A. Pokivailova: *Cum a rezolvat Moscova problema transilvană [Wie Moskau die Siebenbürgenfrage gelöst hat]*, in: T.V. Islamov, T.A. Pokivailova, O. Vinteler: *Din culisele luptelor pentru Ardeal [Aus den Kulissen des Kampfes um Siebenbürgen]*, Cluj-Napoca, 2003.

¹¹ O. Vinteler, D. Tetean (Hg.): *Problema transilvană. Disputa teritorială româno-maghiară și URSS 1940–1946. Documente din arhivele rusești [Die Siebenbürgen-Frage. Der rumänisch-ungarische territoriale Streit und die UdSSR 1940–1946. Urkunden aus russischem Archiven]*, Cluj-Napoca 2014, S. 508.

¹² Vgl. Elemér Illyés: *Nationale Minderheiten in Rumänien. Siebenbürgen im Wandel*, Wien 1981, S. 123.

¹³ „Dekret-Gesetz Nr. 830/1940 über die Konstituierung der Deutsche Volksgruppe in Rumänien“, abgedruckt in *Dokumentation der Vertreibung*, S. 128 E.

¹⁴ Antonescu, Ion (1882-1946), Marschall, Staatsführer Rumäniens (1940–1944).

¹⁵ Dekret Nr. 485, im Amtsblatt Nr. 233 vom 8. Oktober 1944 veröffentlicht.

zu Mitgliedern der Organisation erklärt worden.¹⁶ Die Außerkraftsetzung bedeutete nicht, dass die Mitgliedschaft in dieser Organisation für bedeutungslos erachtet wurde und Artikel 3¹⁷ des Volksgruppen-Gesetzes bot die rechtlichen Voraussetzungen dafür, dass die „hitleristische“ Gesinnung sowohl der Organisation als auch ihrer Mitglieder als erwiesen angesehen werden konnte. Es war das Argument für den Vorwurf der kollektiven Kollaboration.

Die Rumäniendeutschen zwischen 1944–1956

In der Lage der Rumäniendeutschen bzw. deren Behandlung durch den rumänischen Staat nach 1944 lassen sich zwei unterschiedliche Phasen (mit fließenden Übergängen) unterscheiden, die ich zunächst kurz darstelle, um sie danach auszuführen:

Phase 1 der kollektiven Bestrafung: Von 1944 bis zum Jahreswechsel 1947/1948, d.h. bis zu der Ausrufung der „Volksrepublik Rumänien“ und dem Beginn der Alleinherrschaft der Kommunistischen Partei, waren die Rumäniendeutschen infolge der Außerkraftsetzung des Volksgruppengesetzes und infolge anderer „antifaschistischer“ Maßnahmen als politische und wirtschaftliche Gemeinschaft rechtlich nicht anerkannt. Sie verfügten über keine eigene politische Vertretung, ihr Gemeinschaftseigentum wurde vom Staat konfisziert und sie durften an den Wahlen 1946 nicht teilnehmen. Allerdings konnte ein muttersprachlicher Unterricht in kirchlichen Schulen angeboten werden und es erschienen Publikationen in deutscher Sprache. Die Repressionsmaßnahmen gegen die Rumäniendeutschen erfolgten, weil diese Minderheit ihre Loyalität zu Hitler-Deutschland und damit zu jenem Land bekundet hatte, das nach dem Umschwenken Rumäniens an die Seite der Alliierten ein Kriegsgegner Rumäniens war.

Phase 2 der Normalisierung im kommunistischen Staat: Ab dem Jahr 1948 wurden die Rumäniendeutschen als „mitwohnende Nationalität“ anerkannt und zugleich innerhalb des kommunistischen Systems gleichgeschaltet. Damit unterlagen sie der ideologischen und politischen Kontrolle der KP und besaßen weder politische noch wirtschaftliche Eigenständigkeit. Für sie galten dieselben Maßnahmen der „sozialistischen Umgestaltung“ der Gesellschaft wie für die Restbevölkerung. Im Jahr 1948 wurden das gesamte Erziehungssystem und alle Betriebe, Banken und Versicherungsgesellschaften verstaatlicht. Die Enteignung der Immobilien (April 1950), die Deportation in die Bărăgan-Steppe (Pfingsten 1951) und die Evakuierungen zur „Entlastung“ der Städte (1952) richteten sich gegen „ehemalige Ausbeuter“ oder politisch für unzuverlässig

¹⁶ Artikel 2: *„Der Deutschen Volksgruppe in Rumänien gehören alle rumänischen Staatsbürger an, deren deutsche Volkszugehörigkeit...“*

¹⁷ *„Nationaler Willensträger der Deutschen Volksgruppe in Rumänien ist die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) der Deutschen Volksgruppe in Rumänien. Sie arbeitet im Rahmen des Nationallegionären Rumänischen Staates.“*

erachtete oder brandmarkte Bürger, darunter jene, die der Organisation Deutsche Volksgruppe in Rumänien oder der Waffen-SS angehört hatten. Diese Maßnahmen waren nicht mehr gegen die nationale Minderheit gerichtet, sondern gegen jene ihrer Mitglieder, die aus „Klassenkampf“-Motiven ausgeschaltet werden sollten. Zugunsten der Rumäniendeutschen wurden ab 1949 Maßnahmen eingeleitet, die sie den anderen Nationalitäten gleichgestellt haben.

DIE AUSFÜHRUNGEN

PHASE 1: KOLLEKTIVE BESTRAFUNG

1.1 Die Arbeitslager

Eine erste, gegen die Rumäniendeutschen als solche getroffene Maßnahme, war die Deportation in Arbeitslager in der Sowjetunion. Es handelte sich um eine von Stalin am 16. Dezember 1944 angeordnete und von den beiden anderen Alliierten akzeptierte Aktion, die alle „Volksdeutschen“ aus den von der Roten Armee eroberten Gebieten traf.¹⁸ Aus Rumänien wurden 69.332 Personen – so die im Februar 1945 gemeldete Zahl der Sowjets – deportiert. Sie stellten über die Hälfte der insgesamt 112.480 aus Bulgarien, Jugoslawien, der CSSR, Ungarn und Rumänien ausgehobenen Zwangsarbeiter dar.¹⁹

Am 13. Januar 1945, die Aushebungen waren im Gange, richtete die rumänische Regierung²⁰ eine Protestnote an General V.P. Vinogradov, den stellvertretenden Vorsitzenden der Alliierten Kontrollkommission, der den Deportationsbefehl unterzeichnet hatte. Als Argument gegen die Deportation wurde u.a. angeführt, dass selbst das „zeitweise Herausreißen“ der Rumäniendeutschen aus den Tätigkeitsbereichen des Landes „zu einer schweren und oftmals irreparablen Störung führt“, besonders jetzt, da die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages erfüllt werden müssen. Vorgeschlagen wurde, den „Arbeitsdienst gemäß den Anweisungen sowjetischer Behörden“ auf rumänischem Territorium zu leisten.²¹ Vermutlich war das Einsetzen von Rumäniendeutschen zu Zwangsarbeit im Inneren des Landes ohnehin geplant. Die Anordnung dazu unterzeichnet derselbe General Vinogradov, wiederum im Namen der Alliierten

¹⁸ Günter Klein: *Im Lichte sowjetischer Quellen. Die Deportation Deutscher aus Rumänien zur Zwangsarbeit in die UdSSR 1945*, in: *Süddeutsche Vierteljahresblätter*, 47. Jg., Nr. 27/1998, S. 153 ff;

¹⁹ Pavel M. Poljan: *Westarbeiter. Reparationen durch Arbeitskraft*, in: D. Dahlmann, G. Hirschfeld: *Lager, Zwangsarbeit, Vertreibung und Deportation. Dimension der Massenverbrechen in der Sowjetunion und in Deutschland 1933 bis 1945*, Essen, 1999, S. 337 ff.

²⁰ Der rumänischen Regierung stand vom 6. Dezember 1944 bis 5. März 1945 General Nicolae Rădescu vor, der auch das Amt des ad-interim Innenministers inne hatte.

²¹ *Archiv des rumänischen Außenministeriums, Bukarest, Fonds 71 – 1939 – E 9, Vol 164, S. 43 f*, in deutscher Sprache abgedruckt in Georg Weber, Renate Weber-Schlenther, Armin Nassehi, Oliver Sill, Georg Kneer: *Die Deportation von Siebenbürger Sachsen in die Sowjetunion 1945–1949*, Weimar, Wien 1995, Bd. 3, S. 126 f (fortan G. Weber et. al.: *Die Deportation...*).

Kontrollkommission, am 19. Februar 1945.²² Aufgrund ihrer deutschen Volkzugehörigkeit wurden Personen ab dem Frühjahr 1945 und bis Anfang 1949 in Arbeitseinheiten geschickt, in welcher sie unter Bewachung standen. Die Höchstzahl der Rumäniendeutschen, die in Industrie, Landwirtschaft aber auch Verwaltung eingesetzt wurden, lag einer Statistik des Innenministeriums vom 25. März 1946 zufolge bei 6.336 Personen und damit weit unter dem erhofften Soll.²³ Selbst wenn diese zur „gemeinnützigen“ Zwangsarbeit Ausgehobenen ebenfalls schwere Arbeit abzuleisten hatten, lassen sich diese Internierungen mit der Zwangsarbeit in der Sowjetunion nicht vergleichen. Diese Rumäniendeutschen hatten Kontakt zu den Familien, erhielten Lebensmittel von zu Hause und konnten, ohne schwerwiegende Folgen zu befürchten, flüchten oder ihren Zwangsarbeitsplatz oftmals selbst „arrangieren“.

Die Legalisierung der Zwangsarbeit wurde erst im Januar 1950 erreicht mit dem Dekret „zur Gründung der Arbeitseinheiten“.²⁴ Dienen sollten diese Arbeitseinheiten der „Umerziehung von, der Volksrepublik Rumänien feindlichen Elemente hinsichtlich ihrer Eingliederung in das soziale Leben...“ (Art.1). Eine Verschärfung der Bestimmungen stellte ein im August 1952 verabschiedeter Beschluss des Ministerrates dar, welcher das Einrichten von Arbeitskolonien und Arbeitsbataillone sowie das Zwangsdomizil regelte – zu einem Zeitpunkt, als hunderttausende Personen umgesiedelt oder zur Zwangsarbeit ausgehoben worden waren. In Arbeitskolonien geschickt werden konnten u.a. „aktive Kader der ehemaligen faschistischen und bürgerlich-gutsherrlichen Gruppierungen und Parteien...“ (Art. 2, Abs. h), aber auch „die Familienangehörigen der Vaterlandsverräter und Spione, die seit 1945 landesflüchtig sind (Abs. n), oder die Familienangehörigen der unserem Regime feindlich gesinnten Elemente, die vor 1944 landesflüchtig wurden (Abs. o).“²⁵ Es gab wenige Rumäniendeutsche, die keine Verwandten jenseits der Landesgrenzen hatten und also verdächtigt und ausgehoben werden konnten.

²² Es handelt sich um Note Nr. 192/A. In ihr wird angeordnet, alle Deutschen, „Zivilisten und Militärangehörige“, die sich der Verschickung zur Arbeit in die Sowjetunion entzogen haben, zu mobilisieren und in Arbeitsbataillons oder -kolonnen zu organisieren, um sie „auf dem Territorium des Landes bei Arbeiten“ zu Nutzen des Staates einzusetzen. Archiv des C.N.S.A.S. (Consiliul National pentru Studierea Arhivelor Securitatii/Nationalrat für das Studium der Securitate-Archive), Dokumentarfond, Dossier 11695 (vormals 3194), S. 271, in deutscher Sprache abgedruckt in G. Weber et. al.: *Die Deportation...*, Bd. 3, S. 216.

²³ Archiv des C.N.S.A.S., Dokumentarfond, Dossier 11694 (vormals 2195), S. 11 f, 62 f.

²⁴ Das Dekret Nr. 6 des Präsidiums der Großen Nationalversammlung vom 14. Januar 1950 wird auf Grund des Ministerratsbeschlusses vom 13. Januar 1950 angenommen.

²⁵ Beschluss Nr. 1554 vom 22. August 1952. Nationales Historisches Archiv Rumäniens (fortan Historisches Archiv), Fond des ZK der RKP, Abteilung Kanzlei, Dossier 78/1950. In deutscher Sprache abgedruckt in Annemarie Weber (Hg., unter Mitarbeit von Hannelore Baier): *Die Deutschen in Rumänien 1944–1953. Eine Quellensammlung* (fortan A.Weber: *Die Deutschen...*), Köln Weimar Wien 2015, S. 351 ff.

1.2 Die Agrarreform

Besonders getroffen wurden die Gemeinschaften der Rumäniendeutschen durch die Agrarreform vom März 1945.²⁶ Das Gesetz und seine Durchführungsverordnung sind die einzigen, verabschiedeten juristischen Texte, in denen die rumänischen Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit als „Kategorie“ genannt sind, bzw. es sind die einzigen die Rumäniendeutschen als solche diskriminierenden angenommenen Gesetzestexte. Zu enteignen waren die „rumänischen Staatsbürger deutscher Nationalität (ethnischer Herkunft), natürliche und juristische Personen, die mit Hitler-Deutschland kollaboriert haben“ (Art. 3).²⁷ Den Ergebnissen der Volkszählung von 1948 zufolge lebten 73,9 Prozent der (ca 344.000) Deutschen auf dem Land, enteignet wurden 95 Prozent des sächsischen und schwäbischen Besitzes, so der Landwirtschaftsminister im Januar 1947.²⁸

Mit Hilfe der Agrarreform sollten die sächsischen und schwäbischen Dorfgemeinschaften, d.h. „...die objektiven Bedingungen, die eine Wiedergeburt des Hitlerismus begünstigen würden“, zerstört werden, sagte Ministerpräsident Groza im August 1945 in einer Ministerratssitzung.²⁹ Ins Auge gefasst war das Zerstreuen der enteigneten Bauern in Landesteile ohne deutsche Bevölkerung, zumal in die Dörfer im Banat und Siebenbürgen sogenannte „Kolonisten“, meist mittellose Bauern aus den Landkreisen in der Moldau, geholt worden waren. Sie zogen in die Häuser der enteigneten rumäniendeutschen Bauern ein und sollten Landwirtschaft betreiben, doch taten sie es in vielen Fällen nicht und es kam zu Konflikten mit den Ortsansässigen. Im Januar 1947 stellte der Landwirtschaftsminister einen Maßnahmenplan vor, wie den landlos gewordenen Bauern eine Existenzmöglichkeit gesichert werden soll – was letztlich ihr Entfernen aus ihren Heimatortschaften und die Umsiedlung von über 67.000 Familien innerhalb des Landes bedeutet hätte. Die geplante Maßnahme wurde nicht umgesetzt. Ein im Juni 1948 verfasster „Bericht über die wirtschaftliche Lage, die Stimmung in der Bevölkerung und die erforderlichen Lösungen in den Regionen mit enteigneter deutscher Bevölkerung“ schlug die Umsiedlung nur jener ca. 6000–7000 Familien vor, deren Oberhäupter vom wirtschaftlichen und politischen Standpunkt aus betrachtet eine führende Stellung unter der Bevölkerung des Banats und Siebenbürgens einnehmen. „Hinsichtlich der praktischen Umsetzung ist diese Menge leichter zu identifizieren, einzuwag-

²⁶ *Das Dekretgesetz Nr. 187 vom 23. März 1945.*

²⁷ *In den Durchführungsbestimmungen wird präzisiert, dass in diese Kategorie die ehemaligen Mitglieder der Deutschen Volksgruppe (3c), die Kriegsverbrecher (3b), die Personen, die in Länder geflohen waren, mit denen sich Rumänien im Kriegszustand befand (3c), die sich freiwillig zum Kampf gegen die Vereinten Nationen gemeldet hatten (3f), etc gehören.*

²⁸ *Landwirtschaftsminister Traian Săvulescu in der Ministerratssitzung vom 10. Januar 1947. Historisches Archiv, Fond Präsidentschaft des Ministerrates-Stenogramme, Dossier 1/1947, S. 61, in deutscher Sprache abgedruckt in A. Weber: Die Deutschen..., S. 196 ff.*

²⁹ *Historisches Archiv, Fond Präsidentschaft des Ministerrates-Stenogramme, Dossier 8/1945, S. 117, in deutscher Sprache abgedruckt in A. Weber: Die Deutschen..., S. 118.*

gonieren, zu bewachen und anzusiedeln,³⁰ so der Bericht, der vermutlich von der interministeriellen Kommission stammt, welche Anfang 1948 gegründet worden war, um die „Probleme betreffend die deutsche Bevölkerung in Rumänien zu studieren und zu lösen“.³¹ Dergleichen Umsiedlungen fanden ab 1950 statt, sie betrafen jedoch die gesamte Bevölkerung.

PHASE 2: NORMALISIERUNG UND GLEICHSCHALTUNG

2.1 Anerkennung als „mitwohnende Nationalität“

Im Juni 1948 sprach sich das ZK-Plenum der Rumänischen Arbeiterpartei³² dafür aus, „das Problem der arbeitenden deutschen Bevölkerung in Siebenbürgen und im Banat auf demokratische Weise“ zu lösen.³³ Die „Lösung“ erfolgte auf Grund der im Dezember 1948 angenommenen „Resolution in der nationalen Frage“. Nach dem Modell der Sowjetunion sollte es auch in Rumänien zu einem Aufblühen der Kultur der Völker kommen – der Form nach national, dem Inhalt nach sozialistisch.³⁴ Als „Transmissionsriemen“ der Partei diente das am 13. Februar 1949 gegründete „Deutsche Antifaschistische Komitee“. Einen Monat später erschien die erste Ausgabe der überregionalen Tageszeitung „Neuer Weg“, die in Bukarest gedruckt wurde. Das Deutsche Antifaschistische Komitee wurde im März 1953 – wie auch die anderen „demokratischen Organisationen“ der nationalen Minderheiten – aufgelöst.³⁵ Die deutsche Minderheit war inzwischen als „mitwohnende Nationalität“ voll anerkannt.

2.2 Reparationen

Die Spitzenvertreter des Antifaschistischen Komitees setzten sich für das Schulsystem in deutscher Muttersprache auf allen Ebenen, einschließlich Berufsschulen, ein. Desgleichen waren sie bemüht, deutschsprachige Kulturveranstaltungen zu organisieren und die einstigen Institutionen wiederzubeleben. Gegründet wurde im Januar 1953 die deutsche Abteilung am Staatstheater Temeswar, die 1956 zum eigenständigen Deutschen Staatstheater Temeswar wurde. Ein weiteres Anliegen des Antifaschistischen Komitees war das Aufstel-

³⁰ Historisches Archiv, Fond ZK der RKP, Sektion Organisation, Dossier 118/1948, S. 6-9.

³¹ Historisches Archiv, Fond Innenministerium, Kabinett des Ministers, Dossier 6/1948, S. 1-2.

³² Rumänische Arbeiterpartei heißt die RKP nach der Zwangsvereinigung mit der Sozialdemokratischen Partei (1948) bis 1965.

³³ Art. 10 der Entschließung der II. Vollversammlung des Zentralkomitees der Rumänischen Arbeiterpartei vom 10.- 11. Juni 1948. „Scântea“, Serie III, Jahrgang XVII, Nr. 1151, 22. Juli 1948.

³⁴ Historisches Archiv, Fond ZK der RKP, Sektion Kanzlei, Dossier 90/1948, in deutscher Sprache abgedruckt in A. Weber: Die Deutschen..., S. 252 ff. Der deutschen Bevölkerung ist in der Resolution ein recht langer Punkt c) gewidmet.

³⁵ „Eigene“ Organisationen erhielten die nationalen Minderheiten erst 1968 wieder, im Fall der Deutschen war es der Rat der Werktätigen deutscher Nationalität. Bis dahin hat es beim ZK der RKP angesiedelte Kommissionen gegeben, die sich mit den Fragen der nationalen Minderheiten befassten.

len von Kandidaten aus den Reihen der Rumäniendeutschen bei den Volksratswahlen 1950, als Rumäniendeutsche in die kommunalen Strukturen auch wieder gewählt wurden.

Besonders bemüht haben sich die Mitglieder des ZK des Antifaschistischen Komitees jedoch, die Lage der enteigneten Dorfbevölkerung zu mildern³⁶, was schließlich zu Reparationsmaßnahmen führte – sicherlich, in den Grenzen, die das kommunistische Regime erlaubte: Im März 1954 wurde das Dekret verabschiedet, auf Grund dessen Boden aus der Staatsreserve an die enteigneten Bauern verteilt werden sollte, um damit in die LPGs einzutreten, bzw. jene sollten die Häuser zurückerhalten, die in LPGs, Staatsfarmen oder Betrieben in der Stadt arbeiteten. Im Vorfeld hatte das Politbüro des ZK der RKP im September 1953 zugegeben, dass bei der Agrarreform Fehler gemacht worden waren, d.h. die arme Dorfbevölkerung mit den Bodeneigentümern in einen Topf geworfen worden war.³⁷ Mit der Häuserrückgabe sowie Bodenzuteilung wurde jedoch erst zwei Jahre später begonnen, nach einer neuerlichen Besprechung im Politbüro der RKP am 22. Mai 1956.³⁸

Als Entgegenkommen zugunsten der Rumäniendeutschen wurde auch das im Juni 1955 verabschiedete Dekret 253 aufgenommen, welches bei Anerkennung der Staatsbürgerrechte und Straffreiheit die Rückkehr ins Land jenen ermöglichte, die nach Ende der Kriegswirren jenseits des Eisernen Vorhangs verblieben waren.³⁹ Ins Land kehrten jedoch nur etwas über 3000 Rumäniendeutsche zurück⁴⁰, hingegen begann die Zahl jener anzusteigen, die ausreisen wollten.

Die Jahre des Einbeziehens in den Transformationsprozess der Gesellschaft werden von den Rumäniendeutschen – im Unterschied zur Mehrheitsbevölkerung – generell als positiv empfunden. Der Repressions- und Diskriminierungsdruck ließ nach. Infolge des Gründens der „Kollektivwirtschaften“ konnte die Dorfbevölkerung wieder Boden bewirtschaften, die jungen Leute fanden Anstellung und Anerkennung in Betrieben oder auf Baustellen. Das Ausweiten der kulturellen Rechte und der Ausbau des Unterrichtssystems in der Muttersprache wurden vom kommunistischen Staat jedoch gewährt, um ein möglichst tiefgehendes ideologisches Eindringen in die Gemeinschaften zu ermöglichen

³⁶ *Historisches Archiv, Fond ZK der RKP, Sektion Organisation, Dossier 109/1950, S. 43 f, in dt. Sprache in A. Weber: Die Deutschen..., S. 309 f.*

³⁷ *Das Dekret Nr. 81/1954 wurde vom Präsidium der Großen Nationalversammlung am 18. März 1954 unterzeichnet und tags darauf mit Ministerratsbeschluss (Nr. 370) die Anwendungsbestimmungen. (Historisches Archiv, Fond ZK der RKP, Sektion Kanzlei, Dossier 154/1954). In der Motivation wurde darauf hingewiesen, dass 64.050 arme und mittlere Bauern enteignet worden waren und 56.430 Häuser.*

³⁸ *Historisches Archiv, Fond ZK der RKP, Sektion Kanzlei, Dossier 53/1956, S. 1-2.*

³⁹ *Es handelt sich um Dekret 253, im Amtsblatt Nr. 18 vom 30. Juni 1955 veröffentlicht.*

⁴⁰ *Konrad Gündisch: Siebenbürgen und die Siebenbürger Sachsen. München 1998, S. 228 (fortan Konrad Gündisch: Siebenbürgen...).*

bzw. um den „sozialistischen“ Wertewandel zu sichern. Dem Gewähren der kulturellen Rechte aber verdanken die Rumäniendeutschen ihren Fortbestand. Integriert haben sie sich in die sozialistische Gesellschaft allerdings nicht.⁴¹

Rumänien – ein Sonderweg?

Unzureichend geklärt ist die Frage, wieso die deutsche Minderheit aus Rumänien nicht ausgewiesen worden ist.⁴² Darauf versuche ich im Folgenden eine Antwort zu geben.

Anfang September 1944 wurde im Ministerrat der Antrag der deutschen Regierung auf Evakuierung der Rumäniendeutschen besprochen. Der Antrag war dem Befehlshaber der I. Armee, Nicolae Macici, in Siebenbürgen am 2. September 1944 überreicht worden.⁴³ Rumänien hatte das Bündnis mit Deutschland am 23. August 1944 verlassen und war an die Seite der Alliierten umgeschwenkt. Zu jener Zeit befanden sich schätzungsweise 500.000 Deutsche in Rumänien. In den folgenden Wochen wurden evakuiert oder flüchteten mit der sich zurückziehenden Wehrmacht ca. 30.000–40.000 Banater Schwaben⁴⁴, 48.000 Deutsche aus Nordsiebenbürgen⁴⁵ und 3.000 Sachsen aus mehreren Ortschaften Südsiebenbürgens.⁴⁶ Im Ministerrat einigte man sich darauf, der Evakuierung aller Rumäniendeutschen prinzipiell zuzustimmen und diese durchzuführen, „wenn es die Umstände erlauben“.⁴⁷ Eine derartige Lösung der deutschen Frage entspreche „den eigenen rumänischen Interessen“, weil dadurch „eine der heikelsten Angelegenheiten, die die innere Ordnung des Landes betreffen, gelöst würde“, so Außenminister Buzești⁴⁸ im Telegramm an die rumänische Delegation, die sich in Moskau bei den Waffenstillstandsgesprächen befand.⁴⁹ Stattgeben konnte die rumänische Regierung der Evakuierung Anfang September nicht, da die Logistik angesichts des Kriegsgeschehens nicht hätte bewältigt werden können, vor allem aber konnte sie – die Waffen-

⁴¹ Vgl. Hannelore Baier: *Exodus statt Anpassung. Das Versagen des Deutschen Antifaschistischen Komitees und des Rats der Werktätigen deutscher Nationalität*, in: *Abbrüche und Aufbrüche. Die Rumäniendeutschen nach zwei Weltkriegen*. Sibiu 2014, S. 121 ff.

⁴² Vgl. Mathias Beer: *Flucht...*, S. 31.

⁴³ *Archiv des Rumänischen Außenministeriums, Fond 71 (Deutsche Minderheit)*, Bd. 384, S. 497f, in dt. Sprache in A. Weber: *Die Deutschen...*, S. 30 f.

⁴⁴ Mariana Hausleitner: *Die Donauschwaben 1868–1948. Ihre Rolle im rumänischen und serbischen Banat*. Stuttgart 2014, S. 287, 311.

⁴⁵ Konrad Gündisch: *Siebenbürgen...*, S. 214.

⁴⁶ *Ebenda*, S. 211.

⁴⁷ *Historisches Archiv, Fond ZK der RKP, Sektion Kanzlei, Dossier 7/1944*, S. 8-10; in dt. Sprache in A. Weber: *Die Deutschen...*, S. 37 ff.

⁴⁸ Niculescu-Buzești, Grigore (1908–1948), Mitglied der Bauernpartei (PNT), Außenminister (Aug. – Nov. 1944).

⁴⁹ *Archiv des Rumänischen Außenministeriums, Fond 71-1939-E9*, Bd. 161, S. 248, in dt. Sprache in Friedrich Müller: *Erinnerungen. Zum Weg der siebenbürgisch-sächsischen Kirche 1944–1964*. Köln Weimar Wien 1995, S. 463-464.

stillstandsverhandlungen waren im Gang – nicht mehr selbst über eine solche Maßnahme entscheiden.

Über eine Ausweisung der Rumäniendeutschen wurde erneut im Ministerrat im Oktober 1944 gesprochen. Zur Debatte stand ein Gesetz betreffend des Entziehens der rumänischen Staatsbürgerschaft all jener, die als Nazi-Mitläufer identifiziert werden konnten. Angesprochen wurde der seinerzeitige Beschluss im Ministerrat, „die gesamte Bevölkerung deutscher Volkszugehörigkeit“ zu sammeln und nach Deutschland zu bringen.⁵⁰ Das Gesetz zur Aberkennung der Staatsbürgerschaft wurde nicht verabschiedet und auch keine sonstige Maßnahme in Richtung Ausweisung getroffen. Einen „Bevölkerungstransfer“ zog Rumänien auch 1945 in Erwägung, wie es die Dokumente der rumänischen Delegation für die Friedenskonferenz zeigen. Die Deutschen – wie auch die Türken, Tataren und Gagausen – sollten „ohne Austausch“ über die Grenzen „gewiesen“ werden, gemäss der „allgemeinen Lösung“ in Osteuropa, insbesondere in der Tschechoslowakei und Polen.⁵¹ Weiterhin als die „beste Lösung“ der „deutschen Frage“ wurde eine Vertreibung auch im August 1946 bezeichnet und zwar in einer Debatte im Politbüro des ZK der RKP zur Friedenskonferenz. Es herrschten jedoch Zweifel, ob eine Ausweisung noch möglich sei. Der KP-Generalsekretär Gheorghiu-Dej⁵² meinte, man sei damit in Verzug geraten und habe „...anfangs nicht mit der nötigen Entschiedenheit angepackt“. Er bedauerte, das Problem nicht während des Krieges gelöst zu haben wie die Polen und die Tschechen.⁵³

Haben die Rumäniendeutschen das Verbleiben in der Heimat der Unentschlossenheit der rumänischen Regierungen zu verdanken?

Mehrere Quellen deuten darauf hin, dass die Sowjets bei der Lösung der Siebenbürgen-Frage zugunsten von Rumänien auch das Umsetzen ihres Modells des Vielvölkerstaates ins Auge gefasst hatten. Aus politischen, vor allem aber aus wirtschaftlichen Gründen.

C.V.R. Schuyler⁵⁴, von November 1944 bis Juni 1947 der Leiter der militärischen Mission der USA in der Alliierten Kontrollkommission in Rumänien, gibt 1945 in einem Reisebericht durch das Banat einen Dialog mit dem so-

⁵⁰ *Historisches Archiv, Fond Ministerpräsidentenschaft – Stenogramme, Dossier 3/1944, in dt. Sprache in A. Weber: Die Deutschen..., S 51 ff.*

⁵¹ *Archiv des Rumänischen Außenministeriums, Fond Friedenskonferenz, Bd. 131, S. 28.*

⁵² *Gheorghiu-Dej, Gheorghe (1901–1965), Generalsekretär der RKP/RAP (1945–1954, 1955–1965), Minister für Kommunikation (1944) bzw. Kommunikation und Verkehrswesen (1945–1947), Minister für Industrie und Handel (1947–1948), Ministerpräsident (1952–1955), Staatsratsvorsitzender (1961–1965).*

⁵³ *Historisches Archiv, Fond ZK der RKP, Sektion Kanzlei, Dossier 44/1946, S.14–16, in dt. Sprache in A. Weber: Die Deutschen..., S. 175 ff.*

⁵⁴ *Cortland Van Rensselaer Schuyler (1900–1993), US-amerikanischer General.*

wjetischen Offizier in der Alliierten Kontrollkommission wieder. Gefragt hatte Schuyler nach der toleranten Haltung der rumänischen Regierung gegenüber den Minderheiten. Die Antwort des sowjetischen Offiziers: Die Bevölkerung der beiden Provinzen Banat und Siebenbürgen besitze einen fortgeschritteneren Zivilisationsgrad als jene im restlichen Rumänien und die Minderheiten könnten, weder was ihre Zahl noch ihre Qualität angeht, ersetzt werden, ohne die Gefahr eines wirtschaftlichen Kollaps'. Sie werden lernen müssen zusammenzuleben, so wie die sehr verschiedenen ethnischen Gruppen gelernt haben sich im Rahmen der Sowjetrepublik einzufügen. Auf die Frage, was zu erwarten sei, wenn das Kabinett Groza ersetzt werde, meinte der Offizier: „Nicht weil Groza Ministerpräsident ist, werden die Minderheiten derart behandelt, sondern sein Kabinett ist allein an der Macht, weil seine Ansichten zufällig mit jenen der sowjetischen Regierung übereinstimmen.“⁵⁵

Eine Zusage für die Ausweisung der Rumäniendeutschen versuchte die KP-Führung im April 1946 im Kreml von Stalin zu erhalten. Gesprochen wurde eigentlich über die anstehenden Wahlen (die dann im November stattfanden). In diesem Kontext stellte der KP-Generalsekretär Gheorghiu-Dej die Frage, was mit den etwa 500.000 Sachsen und Schwaben geschehen soll und äußerte: „Wir möchten sie ausweisen.“ Stalin meinte dazu: „Der Krieg ist beendet. Ausweisen ist schwierig geworden.“⁵⁶

Eine Vertreibung fand nicht statt, die deutsche Minderheit blieb zu größten Teilen im Land. Diesen „Sonderweg“ hatten die rumänischen Regierungen nicht beabsichtigt.

⁵⁵ *National Archives Washington, RG 226, XL 16619. Dokument dankenswerter Weise von Dr. Hildrun Glass zur Verfügung gestellt.*

⁵⁶ *M. Berindei, D. Dobrinu, A. Goșu (Hg.): Istoria comunismului din România, Documente. Perioada Gheorghe Gheorghiu-Dej (1945–1965) [Die Geschichte des Kommunismus in Rumänien. Dokumente. Die Periode Gheorghe Gheorghiu-Dej (1945–1965)]. Bukarest 2009, S. 47-59; in dt. Sprache in A. Weber: Die Deutschen..., S. 157.*



Zoran Janjetović

DIE DEUTSCHEN IN JUGOSLAWIEN 1948–1960

Die deutsche nationale Minderheit im Jugoslawien der Zwischenkriegszeit machte ca. 500.000 Personen aus.¹ Ihre Lage war besser als die der anderen Minderheitengruppen, dennoch ließ sie viel zu wünschen übrig. Im Durchschnitt waren die Deutschen jedoch wirtschaftlich besser gestellt, als alle anderen (inklusive der staatstragenden) Völker im Lande,² aber die Behörden trachteten danach, mittels zahlreicher Maßnahmen ihre Wirtschaftskraft zu verringern. So wurden sie aus der

¹ Während der Volkszählung von 1921 zählte man im Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen 505.790 Deutsche (*Statistički pregled Kraljevine Jugoslavije po banovinama*, Beograd 1930, S. 5.). Zu jener Zeit stellten sie die größte nationale Minderheit im Lande dar. Zehn Jahre später wurden 499.969 Deutschen gezählt. (*Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien*, Augsburg 1994, S. 11E.) Die zahlenstärkste Minderheit waren dann die Albaner mit 505.259 Personen.

² *Andreas Dammang, Die deutsche Landwirtschaft im Banat und in der Batschka*, Novi Sad 1931; *Dušan Biber, Socijalna struktura nemačke nacionalne manjine u Kraljevini Jugoslaviji*, *Jugoslovenski istorijski časopis*, 1-4, 1978; *Ders., Nacizem in Nemci v Jugoslaviji 1933–1941*, Ljubljana 1966, S. 23-29; *Das Schicksal*, S. 15E-18E. Einen Überblick über die Minderheitensituation samt vergleichender Betrachtung der anderen Nationalitäten bietet: *Zoran Janjetović, Deca careva, pastorčad kraljeva. Nacionalne manjine u Jugoslaviji 1918–1941*, Beograd 2005, S. 144-165. Der Volksdeutsche Wirtschaftsexperte *Leopold Egger* führt übertriebene Angaben über das deutsche Vermögen in Jugoslawien an, bzw. schließt die während des Zweiten Weltkriegs angeeigneten Vermögen ein. (Vgl. *Leopold Egger, Das Vermögen und Vermögenverluste der Deutschen in Jugoslawien, Sindelfingen 1983.*)

Agrarreform ausgeschlossen, obwohl es auch zahlreiche landlose deutsche Bauern gab.³ Ihr Pressewesen war gut entwickelt⁴ und sie verfügten über eine zentrale Kulturvereinigung – den Schwäbisch-deutschen Kulturbund, dem die Behörden, je nach Zeitpunkt, der politischen Lage und regional unterschiedlich, kleinere oder größere Entfaltungsmöglichkeiten einräumten.⁵ Außerdem verfügten die Deutschen in Jugoslawien über ein ziemlich gut entwickeltes und erfolgreiches Netzwerk von Agrargenossenschaften.⁶ Das deutsche Schulwesen war in den verschiedenen Landesteilen unterschiedlich stark entwickelt. In der Vojvodina (dem ehemaligen Süd-Ungarn) eröffneten die neuen Machthaber viele deutsche Grundschulen bzw. Schulabteilungen und einige Mittelschulen mit der Absicht, die ungarnefeindlichen Donauschwaben von den als gefährlich und irredentistisch angesehenen Magyaren zu trennen. In Kroatien und Slawonien blieb die Schullage schlecht und in Slowenien wurde das hochentwickelte deutsche Schulwesen zugunsten der früher vernachlässigten Slowenen abgebaut. In den 1930er Jahren ermöglichte die jugoslawische Regierung, die vom Wunsch nach besseren Beziehungen zu Deutschland beseelt war, eine gewisse Entwicklung deutscher Schulen – einschließlich einer privaten Lehr(er)bildungsanstalt und einiger privaten Mittelschulen.⁷ All dies war mehr als jedwede andere Minderheitengruppe hatte; trotzdem war es nicht genug, um die Deutschen mit den staatstragenden südslawischen Völkern auch nur annähernd gleichzustellen.⁸

Aus diesem Grund war es für eine Gruppe junger Intellektueller, die überwiegend in Deutschland studiert hatten, möglich, nationalsozialistische Ideen unter den Mitgliedern der deutschen Minderheitenbevölkerung zu verbreiten und einen Kampf mit den alten, konservativen Führern, denen sie die Leitung ihrer

³ Außerdem mußten die überwiegend deutschen Gemeinden einen Teil ihres Landbesitzes zugunsten serbischer Kolonisten abtreten. (Nikola Gaćeša, *Nemci u agrarnoj reformi i vlasništvu obradivog zemljišta u Vojvodini 1919–1941*, Zbornik za istoriju Matice srpske, 13, 1978; Carl Bethke, *Deutsche und ungarische Minderheiten in Kroatien und der Vojvodina 1918–1941. Identitätsentwürfe und ethnopolitische Mobilisierung*, Wiesbaden 2009, S. 217–227.)

⁴ Branko Bešlin, *Vesnik tragedije. Nemačka štampa u Vojvodini (1933–1941)*, Novi Sad, Sremski Karlovci, 2001.

⁵ Hans Rasimus, *Als Fremde im Vaterland. Der Schwäbisch-deutsche Kulturbund und die ehemalige deutsche Volksgruppe in Jugoslawien im Spiegel der Presse*, München 1989; Zoran Janjetović, *Nemci u Vojvodini*, Beograd 2009, S. 212–219; Mathias Annabring, *Volksgeschichte der Donauschwaben in Jugoslawien*, Stuttgart 1955, S. 40–41; Oskar Plautz, *Das Werden der deutschen Volksgemeinschaft in Südslawien*, Novi Sad 1940, S. 26–39; Bethke, *Ebd.*, S. 272–286.

⁶ Plautz, *Ebd.*, S. 90–91; Jovan Durman, *Zadruگارstvo Nemaca u Jugoslaviji do drugog svetskog rata*, *Zadružni arhiv*, 2, 1954; Bethke, *Ebd.*, S. 283–284; Todor Avramović, *Privreda Vojvodine od 1918. do 1929/30. godine s obzirom na stanje pre Prvog svetskog rata*, Novi Sad 1965, S. 113–114; Janjetović, *Deca*, S. 318–321.

⁷ Josef Volkmar Senz, *Das Schulwesen der Donauschwaben in Jugoslawien*, München 1969; Janjetović, *Nemci u Vojvodini*, S. 177–210.

⁸ Vgl. Janjetović, *Deca careva. Ständige politische Schikane und willkürliche Behandlung der Deutschen seitens der Behörden (besonders in Slowenien) haben zur unzufriedenstellenden Situation der Jugoslawiendeutschen beigetragen.*

Anliegen gegenüber dem Staat strittig machten, einzugehen. Dank der Unterstützung aus dem Deutschen Reich gelang es ihnen, 1938/39 die Führung der Volksgruppe an sich zu reißen. Durch den Druck und Dank der außenpolitischen Erfolge Deutschlands gelang es ihnen, die kulturellen und politischen Strukturen der deutschen Minderheit in Jugoslawien gleichzuschalten und sie in den Dienst der nationalsozialistischen Außenpolitik des Reiches zu stellen.⁹

Noch während des deutschen Angriffs auf Jugoslawien im April 1941 stellten sich die Jugoslawiendeutschen beinahe zur Gänze auf die Seite der Aggressoren. Ein Teil verweigerte den Einberufungsbefehl und ein großer Teil nahm an der Entwaffnung jugoslawischer Soldaten und Einheiten, der Besetzung strategischer Objekte und sogar an Ermordungen teil. Obwohl nicht im Voraus geplant, wurden diese Aktivitäten von den Südslawen zu Recht als landesverräterisch aufgefasst.¹⁰ Nach dem schnellen Sieg wurde das Land zerstückelt und unter den Achsenmächten und ihren Verbündeten aufgeteilt. Aber auch die Einheit der „deutschen Volksgruppe“ (wie die Führung der Minderheit sie seit 1940 nannte) wurde auf diese Weise zerstört, wenngleich deren Mitglieder eine bevorzugte Stellung in der neuen politischen Ordnung bekamen. Wirtschaftlich wie militärisch waren sie jedoch gezwungen, die deutsche Kriegsführung zu unterstützen.¹¹ Auf diese Weise ge-

⁹ Biber, *Nacizem*, S. 44-88, 167-210; Josip Mirnić, *Nemci u Bačkoj u Drugom svetskom ratu*, Novi Sad 1974, S. 36-50; Bethke, *Ebd.*, S. 381-419, 443-504, 558-580; Petar Kačavenda, *Nemci u Jugoslaviji 1918-1945*, Beograd 1991, S. 17-25; Das Schicksal, S. 35E-44E; Akiko Shimizu, *Die deutsche Okkupation des serbischen Banats 1941-1944 unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien*, Münster 2002, S. 41-83.

¹⁰ Biber, *Nacizem*, S. 211-267; Kačavenda, *Ebd.*, S. 25-27; Mirnić, *Ebd.*, 74-82; Das Schicksal, S. 45E-50E; Janjetović, *Nemci*, S. 287-300; Bethke, *Ebd.*, S. 616-622; Johann Wüsch, *Beitrag zur Geschichte der Deutschen in Jugoslawien für den Zeitraum von 1934 bis 1944*, Kehl am Rhain 1966, S. 64-90; Shimizu, *Ebd.*, S. 83-126.

¹¹ Mario Jareb, *The German Ethnic Group in the Independent State of Croatia (Deutsche Volksgruppe in Kroatien) from 1941 to 1945*, *Review of Croatian History*, 2007, 1; Shimizu, *Ebd.*, S. 173-312; Thomas Casagrande, *Die volksdeutsche SS-Division „Prinz Eugen“. Die Banater Schwaben und die national-sozialistischen Kriegsverbrechen*, Frankfurt, New York 2003, S. 167-338; Zdravko Krnić, *The German Volksgruppe in the Independent State of Croatia as an Instrument of German Occupation Policy in Yugoslavia*, in: *The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945*, Belgrade 1977; Branimir Altgayer, *Elaborat o njemačkoj narodnoj skupini*, Vojni arhiv (weiterhin: VA), Nemačka arhiva, k. 40-D, f. 3, d. 1; Mirnić, *Ebd.*, S. 103-323; Wilhelm Sattler, *Die deutsche Volksgruppe im Unabhängigem Staat Kroatien. Ein Buch von Deutschen in Slawonien, Syrmien und Bosnien*, Graz 1943; Kačavenda, *Ebd.*, S. 29-61; Janjetović, *Nemci*, S. 304-332; Das Schicksal, S. 50E-75E; Sandor Vegh, *Le systeme de pourvoir d'occupation allemand dans le Banat yougoslave 1941-1944*, in: *Les systemes d'occupation en Yougoslavie 1941-1945*, Belgrade 1963, S. 497-498, 507-510, 515-520, 526-528; Ekkehard Völkl, *Der Westbanat 1941-1944. Die deutsche, die ungarische und andere Volksgruppen*, München 1991, S. 100-105, 121-124, 173-218; Z. Krnić, S. Ljubljana, *C. Tomljanović, Neki podaci o organizaciji i radu Njemačke narodne skupine u NDH*, *Zbornik historijskog instituta Slavonije*, 1, 1963; Antun Miletić, *The Volksdetuschers of Bosnia, Slavonia and Srem Regions in the Struggle against the People's Liberation Movement*, in: *The Third Reich and Yugoslavia 1933-1945*, Belgrade 1977, S. 604-621; Tone Ferenc, *Nacistička politika denacionalizacije u Sloveniji u godinama od 1941. do 1945*, Ljubljana, Beograd 1979, S. 114-121; Stefan Karner, *Die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien. Aspekte ihrer Entwicklung 1939-1997*, Klagenfurt, Ljubljana, Wien, S. 69-92; Ljubica Šijački, *Teror i pljačka okupatora u Banatu 1941-1945*, *Istraživanja*, 7, 1979.

rieten sie in Konflikt mit ihren slawischen, vor allem serbischen, Nachbarn und ganz besonders mit den kommunistischen Partisanen. Im Zuge der Partisanenbekämpfung haben volksdeutsche Einheiten Verbrechen begangen¹² und ein Teil der Jugoslawiendeutschen nahm an Misshandlungen, der Ermordung von Juden sowie an der Enteignung ihres Eigentums teil.¹³ In ihrem illoyalen Verhalten gegenüber Jugoslawien und den Südslawen waren sie aber nicht allein: auch andere große Minderheitengruppen (die Albaner, die Magyaren) schlugen sich gegen ihren ehemaligen minderheitenfeindlichen Staat auf die Seite der Achsenmächte.¹⁴

Trotzdem waren die von den Kommunisten geführten Partisanen ziemlich lange bemüht, alle nationalen Minderheitengruppen, einschließlich der Deutschen, für sich und den „Volksbefreiungskampf“ zu gewinnen. Dies gelang ihnen nur in sehr bescheidenem Maße.¹⁵ Die Kommunisten waren sich jedoch der Fehler im Umgang des Königreichs mit der Minderheitenbevölkerung bewusst und wollten auch aus diesem Grund den Staat von Grund auf reformieren. Demgemäß versprachen sie auf der zweiten Sitzung ihres provisorischen

¹² *Saopštenja o zločinima okupatora i njihovih pomagača u Vojvodini 1941–1944*, knj. 2, sv. 1, Novi Sad 1946, S. 49, 55, 67–68, 132–135, 178; Casagrande, Ebd., S. 235, 258–259, 277–282; *Europa unterm Hakenkreuz. Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus (1938–1945)*, Bd. 6, Berlin, Heidelberg 1992, S. 213, 240–242, 320.

¹³ R. Mitrović, *Sudbina Jevreja u krajevima u kojima su folksdojčeri preuzeli vlast aprila 1941*, *Zbornik Jevrejskog istorijskog muzeja*, 2; Božidar Ivković, *Uništenje Jevreja i pljačka njihove imovine u Banatu 1941–1944*, *Tokovi revolucije*, 1, 1967; Shimizu, Ebd., S. 245–251, 255–259; Kačavenda, Ebd., S. 37–38; Völkl, Ebd., S. 170–180; Wüsch, Ebd., S. 33–34; Krnić, Ljubljanović, Tomljenović, Ebd., S. 66; Žarko Atanacković, *Sremu Narodnooslobodilačkom ratu i socijalističkoj revoluciji*, Beograd 1968, S. 80, 89–90, 110; Teodor Kovač, *Banatski Nemci i Jevreji*, *Zbornik Jevrejskog istorijskog muzeja*, 9, 2009, S. 54–82.

¹⁴ Đorđe Borozan, *Velika Albanija. Porijeklo – ideje – praksa*, Beograd 1995, S. 317–394; Spasoje Đaković, *Sukobi na Kosovu*, Beograd 1986; Dušan T. Bataković, *Les Albanais du Kosovo en Yougoslavie 1945–1995. Minorité en Serbie, majorité dans la province autonome*, in: Ders. (Hrsg.), *Minorities in the Balkans. State Policy and Inter-Ethnic Relations*, Belgrade 2011, S. 161–165; Branko Petranović, *Istorija Jugoslavije 1918–1988*, Bd. II. *Narodnooslobodilački rat i revolucija 1941–1945*, Beograd 1988, S. 140–141; Sinan Hasani, *Kosovo, istine i zablude*, Zagreb 1986, S. 12–121; Aleksandar Kasaš, *Mađari u Vojvodini 1941–1946*, Novi Sad 1996, S. 25–79, 114–129; Enikő A. Sajti, *Hungarians in the Vojvodina 1918–1947*, Boulder, Col. 2003, S. 329–335.

¹⁵ Borozan, *Velika Albanija*, S. 317–394; Ders., *Albanci u Jugoslaviji u Drugom svjetskom ratu*, in: Hans-Georg Fleck, Igor Graovac (Hrg.), *Dijalog povijesničara – istoričara*, 3, Zagreb 2001, S. 360–361; Hasani, Ebd., S. 121; Bataković, Ebd., S. 161–166; Branko Petranović, *AVNOJ and the Bujan Conference*, in: *Kosovo. Past and Present*, Belgrade 1989, S. 140–141; Kasaš, Ebd., S. 124–128; Šijački, Ebd., S. 248; Kosta Mitrović, *Pod kulom vršačkom. Hronologija događaja iz revolucionarnog poretka Vršca i okoline od 1926. do 1945*, Novi Sad 1969, S. 110–111; Žarko Atanacković, *Vojvodina u borbi 1941–1945*, Novi Sad 1959, S. 26; *Zbornik dokumenata i podataka o Narodnooslobodilačkom ratu jugoslovenskih naroda*, tom 1, knj. 17, Beograd 1958, S. 41; Branislav Popov Miša, *Nemački zatvori i koncentracioni logori u Banatu 1941–1944. godine*, Beograd 1992, S. 109; Shimizu, Ebd., S. 355, 359; Đorđe Momčilović, *Banat u Narodnooslobodilačkom ratu*, Beograd 1977, S. 163; Slavica Hrečkovski, *Njemačka četa „Ernst Thälmann“ u jedinicama NOV i POJ*, *Zbornik CDISB*, 1, 1984, S. 331–350; Ljubiša Stojković, Miloš Martić, *Nacionalne manjine u Jugoslaviji*, Beograd 1953, S. 45–46; Andrew Ludanyi, *Hungarians in Rumania and Yugoslavia. A Comparative Study of Communist Nationality Policy*, Ann Arbor 1971, S. 167–168.

Parlaments, des AVNOJ, am 29. November 1943, den südslawischen Völkern wie auch der Minderheitenbevölkerung Gleichberechtigung.¹⁶ Jedoch, sehr bald danach begann man Pläne für eine Aussiedlung (sprich:Vertreibung) der Deutschen nach dem Krieg zu schmieden.¹⁷ Die Details sind nach wie vor unbekannt, sobald aber die Partisanen die Vojvodina im Oktober 1944 besetzten, setzte eine Rachewelle ein, der 6.800 Deutsche und mehrere Tausend Ungarn, die nicht rechtzeitig geflüchtet waren, zum Opfer fielen.¹⁸ Als der Rest des Landes bis Mai 1945 befreit worden war, ereilte die Deutschen in Slawonien, Kroatien und Slowenien das gleiche Schicksal.¹⁹ Noch zuvor, am 21. November 1944, hatte das Präsidium des AVNOJ das gesamte Vermögen der Jugoslawiendeutschen enteignet. Der Beschluss bezog sich auf alle Volksdeutschen, es sei denn, sie unterstützten die Partisanen oder kämpften selbst als solche, oder sie waren mit einem Nicht-Deutschen verheiratet, oder sie haben sich nicht als Deutsche während des Krieges ausgegeben.²⁰ Mit anderem konfisziertem Eigentum (der Kirchen, von Privatunternehmen, der Großgrundbesitzer) diente es als Grundlage für den Ausbau der sozialistischen Wirtschaft.²¹ Häuser und Güter der Volksdeutschen wurden an Partisanenvervetanen, Kriegswitwen, Waisen sowie an landlose Bauern verteilt.²² Dies war eine Maßnahme der neuen Machthaber, deren Ziel es war, die ehemaligen Kämpfer zu belohnen, ihre Witwen und Waisen zu entschädigen, arme oder landlose Bauern für das neue Regime zu gewinnen und das Problem der agrarischen Überbevölkerung zumindest teilweise zu lösen.

¹⁶ Petranović, *Istorija*, S. 281-284; Ders., *AVNOJ*, S. 140; Koča Jončić, *Nacionalne manjine u Jugoslaviji*, Beograd 1963, S. 24.

¹⁷ Božo Repe, „Nemci“ na Slovenskem po drugi svetovni vojni, in: Dušan Nećak (Hrsg.), „Nemci“ na Slovenskem 1941–1955, Ljubljana 1998, S. 146.

¹⁸ *Das Schicksal*, S. 90E-97E, 197-295; Zoran Janjetović, *Between Hitler and Tito, The Disappearance of the Vojvodina Germans*, Belgrade 2005 (2. Auflage), S. 191-248; Michael Portmann, *Die kommunistische Revolution in der Vojvodina 1944–1952. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur*, Wien 2008, S. 228-229; Arbeitskreis Dokumentation (Hrs.), *Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944–1948. Die Stationen eines Völkermords*, München 1998, S. 91-116; *Partizanska i komunistička represija i zločini u Hrvatskoj 1944.–1946. Dokumenti*, Slavonski Brod 2005, S. 325-326.

¹⁹ Arbeitskreis, *Ebd.*, S. 121-125; Karner, *Ebd.*, S. 132-149; *Das Schicksal*, S. 97E-102E.

²⁰ *Službeni list Federativne Jugoslavije*, I/1945, 2; *Das Schicksal*, S. 180E-184E; Janjetović, *Between*, S. 225-226; Portmann, *Ebd.*, S. 230-233; Karner, *Ebd.*, S. 125-127.

²¹ Nikola Gaćeša, *Agrarnareforma i kolonizacija u Jugoslaviji 1945–1948*, Novi Sad 1984, S. 367.

²² Nikola Gaćeša, *Agrarnareforma i kolonizacija u Jugoslaviji 1945–1948; Ders., Agrarna reforma i kolonizacija u Vojvodini 1945–1948*, in: Ders., *Radovi iz agrarne istorije idemografije*, Novi Sad 1995; Portmann, *Ebd.*, S. 307-377.

Bis Mitte 1945 wurden fast alle im Land gebliebenen Jugoslawiendeutschen (etwas weniger als 200.000) in Konzentrationslager gesperrt.²³ Verschont blieben nur jene Deutschen, die partisanenfreundlich oder selbst Partisanen geworden waren. Aller anderen wollte man sich durch deren Aussiedlung (d.h. Vertreibung) entledigen. Die geflüchteten Heimkehrer hat man nach dem Kriegsende ausgewiesen, in Lager überführt und einige kleinere Gruppen hat man über die Grenze abgeschoben. Da sich die Alliierten weigerten, die Jugoslawiendeutschen aufzunehmen, fristeten sie dreieinhalb Jahre ein elendes Dasein in Lagern.²⁴ Die Sowjets verschleppten von Ende 1944 bis Anfang 1945 zwischen 10.000 und 12.000 in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit.²⁵ Da eine organisierte Aussiedlung aber nicht möglich war, begünstigten die jugoslawischen Behörden deren Flucht aus grenznahen Lagern. Es ist nicht klar, wieviele Deutsche auf diese Weise das Land verließen, aber es ist von mehreren Zehntausend auszugehen.²⁶ Etwa 50.000 Personen starben während der Lagerzeit an Hunger, aufgrund von Krankheiten und Erschöpfung.²⁷

Das erste Zeichen der Verbesserung der Lage der Deutschen war das Herausgreifen von Waisen und Kindern mit schwacher Konstitution aus den Lagern ab Mai 1946, nachdem es zu einer großen Typhusepidemie gekommen

²³ *Der Internierungsprozess fing am 18. Oktober 1944 im Banat an und wurde allmählich auf alle im Lande gebliebenen Deutschen ausgedehnt.* (Portmann, Ebd. S. 240-249; Janjetović, *Between*, S. 219-229, 248-250, 264; Karner, Ebd., S. 133; Tone Ferenc, *Nemci na slovenskem med drugo svetovno vojno*, in: Nećak (Hrg.), S. 124-125, 132-135; Vladimir Geiger, *Pisma iz Krndije, Zagreb 1994*; Ders., *Radni logor Valpovo 1945.-1946., Osijek 1998*; Ders. *Nijemci u Đakovu i Đakovštini, Zagreb 2001*, S. 171-188; Ders., *Branko Kranjčev, Radni logor Šipovac-Našice, 1945.-1946., Našice 2015*, S. 60-165.) Verschont wurden wahrscheinlich bis zu 20.000 Personen aus den oben angeführten Kategorien, sowie einige Fachkräfte.

²⁴ *Die jugoslawische Regierung hat die „Aussiedlung“ der Volksdeutschen an der Potsdamer-Konferenz nicht eingefordert, verlangte aber danach mehrmals von den Alliierten, dass sie (die Alliierten) die sich noch im Lande befindlichen Deutschen in ihre Okkupationszonen aufnehmen. Da die Alliierten schon eine sehr große Zahl an Flüchtlingen und DPs in Deutschland hatten, wurden derartige jugoslawische Gesuche abgelehnt.* (Das Schicksal, S. 435; *Foreign Relations of the United States. Diplomatic Papers (weiterhin: FRUS) 1945, Bd. 2, Washington 1967*, S. 1315, 1323; *FRUS, 1946, Bd. 5, Washington 1969*, S. 135; *Bilten MIP, 1, 20. Januar 1946*, S. 6-7; Ebd., 7, 4. Juni 1946, S. 13; Ebd., 12, 1-15. September 1946, S. 34; Ebd., 13, 1. Oktober 1946, S. 49; Ebd., 15, 1. November 1946, S. 44; Janjetović, *Between*, S. 287-289; Portmann, Ebd., S. 261-267.)

²⁵ Janjetović, *Between*, S. 230-248; Portmann, Ebd., S. 259-260; Pavel Polian, *Against Their Will. The History and Geography of Forced Migrations in the USSR*, Budapest, New York 2004, S. 249-260. Dies war ein Teil der europaweiten Aktion der „Entschädigung durch Arbeit“: die sowjetischen Behörden haben um die 90.000 Menschen, überwiegend Deutsche, aus Ost-Europa zur Zwangsarbeit in der Ukraine verschleppt. (Josef Wolf, *Deutsche Zwangsarbeiter aus Ost- und Südosteuropa in der Sowjetunion 1944-1949*, München 2005.)

²⁶ Janjetović, *Between*, S. 278-280; Portmann, Ebd., S. 265-266; Dušan Nećak, „Nemci“ na Slovenskem 1945-1955 v luči nemških in avstrijskih dokumentov, in: Ders. (Hrg.), S. 225.

²⁷ *Das Schicksal*, S. 107E-112E; *Arbeitskreis Dokumentation*, Ebd., S. 146-270, 314; Portmann, Ebd., S. 249-255; Janjetović, *Between*, S. 264-281, 329.

war. Diese Kinder wurden bei Pflegeeltern und in Kinderheimen mit anderen Waisenkindern untergebracht. Dort bekamen sie (für damalige Verhältnisse) ausreichend Pflege, wurden aber von ihren Verwandten getrennt und begannen, sich allmählich in die slawische Umgebung zu assimilieren, da es weder deutsch(sprachig)e Lehrer bzw. Pfleger(innen) noch deutschstämmige Spielgenossen gab. Das eigentliche Ziel war deren Sozialisierung im Geiste eines jugoslawischen Patriotismus und der kommunistischen Ideologie und nicht deren „Umvolkung“, wengleich ein Wechsel der Nationalität in manchen Fällen dennoch die Folge war.²⁸

Mittlerweile begannen die jugoslawischen Kommunisten mit der Implementierung ihrer Nationalitäten- respektive Minderheitenpolitik, in der Hoffnung, die Minderheitenbevölkerung für den Staat und das neue Regime zu gewinnen. So wurden die Magyaren nach einer kurzen „Rachephase“ und der Inhaftierung eines Teils der magyarischen Bevölkerung in Konzentrationslager mit den anderen Staatsbürgern rechtlich gleichgestellt.²⁹ Den Albanern wurde auch ihre Kollaboration mit den Okkupanten und ihren Aufstand gegen die neue Machthabern vergeben.³⁰ Man war bemüht, unter ihnen und anderen Minderheitenmitgliedern für die Parteimitgliedschaft zu werben und sie in das neue System zu integrieren.³¹ Minderheitenschulen wurden eröffnet, obwohl zumeist Lehrer,

²⁸ Sanja Petrović Todosijević, *Na putu. Repatrijacija dece pripadnika nemačke nacionalne manjine u Jugoslaviji posle Drugog svetskog rata 1948–1956*, *Tokovi istorije*, 3, 2012, S. 201–206.

²⁹ Kasaš, *Ebd.*, 156–200; Portmann, *Ebd.*, S. 267–282; Sajti, *Ebd.*, S. 434–472; Árpád Hornyák, *Yugoslavia*, in: Nándor Bárdi, Csilla Fedinec, László Szarka (Hrsg.), *Minority Hungarian Communities in the Twentieth Century*, Boulder, Col. 2011, S. 408–413; Tibor Čereš, *Krvna osveta u Bačkoj*, Zagreb 1992. *Eine Vertreibung der magyarischen Bevölkerung, sowie ein Bevölkerungsaustausch mit Ungarn wurde erwogen aber letztendlich nahm man davon Abstand. Eine Konvention über den Bevölkerungsaustausch von etwa 40.000 Magyaren aus Jugoslawien und den in Ungarn beheimateten Slawen wurde zwar im Oktober 1946 unterzeichnet, aber nie durchgeführt.*

³⁰ *Albanska nacionalna manjina u Jugoslaviji [1949?]; Referat o šiptarskoj nacionalnoj manjini*, den 31. Dezember 1952, *Arhiv Jugoslavije* (weiterhin: AJ), 507, XVIII – k. 4; *Izveštaj, Podujevo*, den 20. März 1956, *Arhiv Srbije* (weiterhin: AS), *Bezbednosno-informativna agencija* (weiterhin: BIA), III/121; *Uprava Državne bezbednosti AKMO, Izveštaj po pitanju šiptarske nacionalne manjine*, Priština, den 10. Oktober 1952, AS, BIA, III/121; *Referat o nacionalnim manjinama*, Lipljan, den 8. Oktober 1953, AS, BIA, III/121.

³¹ *Posleratni razvitak nacionalnih manjina: Mađari, Rumuni, Bugari i Šiptari [1957]*, AJ, 507, XVIII – k. 5; *Aktuelni problemi manjina u Srbiji*, den 25. März 1959; [Ohne Titel], den 9. Dezember 1958, AJ, 507, XVIII – k. 3; [Analiza neprijateljske delatnosti u Bačkom Petrovcu, 1952 oder später], AS, BIA, I/258; *Mađarska nacionalna manjina, I dio, KPD Bileća*, den 1. Februar 1954, AS, BIA, VIII/13; *Mađarska narodna manjšina v Prekmurju*, den 25. März 1957, AJ, 507, XVIII – k. 5; *Albanska nacionalna manjina u Jugoslaviji [1949?]*, AJ, 507, XVIII – k. 4.

Schulgebäude und passende Schulbücher fehlten.³² Kultur- und Ausbildungsvereinigungen entstanden³³ und Tageszeitungen (für die Magyaren) wie Zeitschriften (für alle anderen) wurden gegründet.³⁴ Obwohl großzügig gemeint, verfolgte diese Politik ein konkretes politisches Ziel: die Minderheiten, wie auch die Mehrheitsbevölkerung, sollten im Geiste der neuen Machthaber und ihrer Ideologie umerzogen werden, denn ohne eine solche Umerziehung schien die Realisierung des Sozialismus nicht möglich.³⁵

Obwohl diese Politik eine große Wende in der Einstellung und Politik des Staates gegenüber den Minderheiten bedeutete, gestaltete sich deren Umsetzung schwierig. Einerseits war die Minderheitenbevölkerung gegenüber den Behörden und Parteifunktionären auf niedrigeren Ebenen misstrauisch; die Minderheiten hatten schlechte Erfahrungen mit dem Staat gesammelt, zudem konnten zahlreiche, in der Hierarchie niedrig stehenden Apparatschiks ihren eigenen Nationalismus und ihre Vorurteile nur schwer überwinden. So blieb das Verhalten von Einzelpersonen und der Völker in ihrer Gesamtheit während der

³² [Ohne Titel], den 9. Dezember 1958, AJ, 507, XVIII – k. 3; Mađarska, rumunska, češka, slovačka i rusinska nacionalna manjina u F.N.R.J., 1957; O rumunskoj nacionalnoj manjini u Jugoslaviji [1949?], AJ, 507, XVIII – k. 5; Razvoj i problemi manjinskih škola u Jugoslaviji od 1945–1956. god. [1957]; Stanje i problemi manjinskih škola, Beograd, den 20. Februar 1957, AJ, 507, XVIII – k. 6; Zapisnik sa savetovanja pri Izvršnom komitetu SKJ o pitanjima nacionalnih manjina u Jugoslaviji, Beograd, den 2. März 1959, AJ, 507, XVIII – k. 3; Posleratni razvitak nacionalnih manjina: Mađari, Rumuni, Bugari i Šiptari [1957], AJ, 507, XVIII – k. 5; Albanska nacionalna manjina u Jugoslaviji [1949?]; Kratka informacija o šiptarskoj nacionalnoj manjini na terenu Crne Gore, Titograd, den 4. April 1957, AJ, 507, XVIII – k. 4; Stanje i problemi školske mreže, den 25. Oktober 1957; Zabeleške o šiptarskim udžbenicima, 1955, AJ, 507, XVIII – k. 6. Obwohl diese Dokumente aus etwas späterer Zeit stammen, schildern sie die Entwicklung des Minderheitenschulwesens seit dem Zweiten Weltkrieg. Vgl. Dazu auch: Jončić, Ebd., S. 75-79; Stojković, Martić, Ebd., S. 112, 121-124, 144-149, 166, 177-180, 197, 199-200, 208-210; Enikő A. Sajti, Jugoslavija, in: Bárdi, Fedinec, Szarka (Hrsg.), S. 309; Đorđe Bajić, Škole i školski sistem, in: Miloš Hadžić (Hrsg.), Vojvodina 1944–1954. Almanah povodom 10 godina oslobođenja, Novi Sad 1954, S. 317-327; Darko Dukovski, Istra. Kratka povijest dugog trajanja. Od prvih naseobina do danas, Pula 2004, S. 205, 212-213; Виолета Ачкоска, Братството и единството 1944–1974. Помеђу хармонија и дисхармонија, Скопје 2003, S. 288-316.

³³ Udruženja nacionalnih manjina, den 19. Dezember 1949, AJ, 507, XVIII – k. 3; Mađarska narodna manjšina v Prekmurju, den 25. März 1957; Posleratni razvitak nacionalnih manjina: Mađari, Rumuni, Bugari i Šiptari [1957], AJ, 507, XVIII – k. 5; Slovaci, den 26. März 1956, AS, BIA, I/258; Hornyák, Ebd., S. 411; Juraj Spevak, Pogled na masovno-kulturnu delatnost, in: Hadžić (Hrsg.), S. 331-334, 341-342; Jončić, Ebd., S. 89-90; Stojković, Martić, Ebd., S. 126-127.

³⁴ Položaj Mađara u Vojvodini. Osvrt na studentsku omladinu, 1956; Socijalni sastav mađarske nacionalne manjine u Vojvodini, den 10. Januar 1956, AJ, 507, XVIII – k. 5; Ачкоска, Ebd., S. 316-317.

³⁵ Ljubodrag Dimić, Agitprop kultura. Agitpropovska faza kulturne politike u Srbiji 1945–1952, Beograd 1988, S. 29, 78-79; Predrag J. Marković, Beograd između istoka i zapada 1948–1965, Beograd 1996, S. 322.

Kriegszeit maßgebend für deren Akzeptanz im neuen System.³⁶ Andererseits beeinflussten auch ausländische Faktoren das Verhalten der Minderheitenbevölkerung: irredentistische und antikommunistische Propaganda und die sich wechselnde politische Lage in den sogenannten Mutterländern der Minderheiten.³⁷ Zudem organisierten einige dieser „Patronagestaaten“ die Aussiedlung von Minderheitenangehörigen aus Jugoslawien: die Tschechoslowakei 1945–1949,³⁸ Polen 1945–1946,³⁹ Israel 1948–1952,⁴⁰ die Türkei nach 1954.⁴¹

³⁶ *Posleratni razvitak nacionalnih manjina: Mađari, Rumuni, Bugari i Šiptari [1957]*, AJ, 507, XVIII – k. 5; *aktuelni problemi nacionalnih manjina u Srbiji, den 25 März, 1959*; [Ohne Titel], den 9. Dezember 1958, AJ, 507, XVIII – k. 3; *Slovaci, den 26. März 1950*; [Analiza neprijateljske delatnosti u Bačkom Petrovcu, 1952 oder später], AS, BIA, I/258; *Mađarska nacionalna manjina, I dio, KPD Bileća, den 1. Februar 1954*, AS, BIA, VIII/13; *Mađarska narodna manjšina v Prekmurju, den 25. März 1957*, AJ, 507, XVIII – k. 5; *Albanska nacionalna manjina u Jugoslaviji [1949?]*, AJ, 507, XVIII – k. 4; *Izveštaj: Analiza: nacionalne manjine i IB zemlje, Priština, den 16. März 1956*; *Referat o šiptarskoj nacionalnoj manjini – od rezolucije IB do danas na terenu sreza sitničkog, Lipljan, den 8. Oktober 1952*, AS, BIA, III/121; *Referat o šiptarskoj nacionalnoj manjini, den 31. Dezember 1952*, AJ, 507, XVIII – k. 4; *Rusini, ukrajinska manjina i ukrajinska emigracija u FNRJ, [1949?]*, AJ, 507, XVIII – k. 5; *Istoriijat Rusina [u Kucuri], Vrbas, den 1. Juni 1955*; *Elaborat o Rusinima u Vojvodini, Novi Sad, den 2. Juni 1955*, AS, BIA, III/109; *Položaj Mađara u Vojvodini. Osvrt na studentsku omladinu, 1956*, AJ, 507, XVIII – k. 5; *Problemi u vezi sa nacionalnim manjinama, den 18. Juni 1959*, AJ, 507, XVIII – k. 3; *Ачкоска, Ebd., S. 250*; *Ludanyi, Ebd., S. 172*.

³⁷ *Opšte rukovodstvo Matice slovačke za FNRJ, Novi Sad, den 20. Oktober 1947*; *Slovaci, den 17. Juli 1950*, AS, BIA, I/258; *Položaj Mađara u Vojvodini. Osvrt na studentsku omladinu, 1956*, AJ, 507, XVIII – k. 5, AJ, 507, XVIII – k. 3; *Rusini, ukrajinska manjina i ukrajinska emigracija u FNRJ, [1949?]*, AJ, 507, XVIII – k. 5; *Analiza: nacionalne manjine i IB zemlje, Priština, den 16. März 1956*; *Referat o šiptarskoj nacionalnoj manjini – od rezolucije IB do danas na terenu sreza sitničkog, Lipljan, den 8. Oktober 1952*, AS, BIA, III/121; *Referat o šiptarskoj nacionalnoj manjini, den 31. Dezember 1952*, AJ, 507, XVIII – k. 4; *Ачкоска, Ebd., S. 250*.

³⁸ *Slobodan Selinić, Jugoslovensko-čehoslovački odnosi (1945–1955)*, Beograd 2010, S. 333–351; *O nacionalnoj manjini Čeha i Slovaka [April 1950–Dezember 1952?]*, AJ, XVI–II – k. 5; *Matica slovačka u FNRJ sa sedištem centra u Bačkom Petrovcu [1949]*; *Slovaci, Novi Sad, den 17. Juli 1950*; *Slovaci, den 26. März 1956*; *Izveštaj o slovačkoj nacionalnoj manjini u 1952. godini*, AS, BIA, I/258; *Stenografski zapisnik sa sjednice Komisije za nacionalne manjine pri CK SK Hrvatske, den 27. Juni 1959*, AJ, 507, XVIII – k. 3.

³⁹ *Rusini, ukrajinska manjina i ukrajinska emigracija u FNRJ, [1949?]*; *Problemi nacionalnih manjina u Bosni i Hercegovini i pojava kampanje za iseljenje, [1953?]*, AJ, 507, XVIII – k. 5; *Dušan Drljača, Kolonizacija i život Poljaka u jugoslovenskim zemljama*, Beograd 1985, S. 71–78; *Artur Burda, Poljski naseljenici u Bosni, Zbornik krajiških muzeja, III, 1969*, S. 188–189; *Radmila Radić, Iseljavanje stanovništva sa jugoslovenskog prostora sredinom pedesetih godina, Istorijski zapisi, LXXII, 1–2, 1999*, S. 167–173.

⁴⁰ *Mladenka Ivanković, Jevreji u Jugoslaviji (1944–1952). Kraj ili novi početak*, Beograd 2009, S. 302–346.

⁴¹ *Edvin Pezo, Zwangsmigration in Friedenszeiten? Jugoslawische Migrationspolitik und die Auswanderung von Muslimen in die Türkei (1918 bis 1966)*, München 2013, S. 98–102, 155–162, 234–241, 287–328; *Виолета Ачкоска, Иселувањето на Турците од НР Македонија по Втората светска војна (1945–1960)*, *Историја, XXXVIII, 1999, 1–2, S. 89–101*; *Dies., Братството, S. 269–287*; *Борче Илијевски, Политички, економски и просветни аспекти на иселувањетона турско население од Македонија во педесетите години на XX век, Историја, XLIII, 2007, 1–2, S. 49–61*; *Ders., The Ethno-Demographic Changes in the 1950s in the People's Republic of Macedonia: Emigration Process of the Turkish and Muslim Population, Macedonian Historical Review, 1, 2010, S. 167–182*; *Radić, Ebd., 155–167*; *Hikmet Oksüz, Ulkü Koksall, Emigration from Yugoslavia to Turkey (1923–1960)*, *Turkish Review of Balkan Studies, 2009, 4, S. 147–175*.

In den Lagern dahinsiechend, verpassten die Volksdeutschen die Bemühungen der kommunistischen Behörden, die Minderheiten mit dem jugoslawischen Staat zu versöhnen. Ihre Lage begann sich erst in der zweiten Hälfte des Jahres 1947 zu ändern, als die jugoslawischen Behörden begannen, die inhaftierten Deutschen (die Zwangsarbeit in den Feldern, Werkstätten usw. verrichten mussten) für Arbeitsstellen in Bergwerken und Fabriken (teilweise außerhalb ihres Siedlungsgebiets) anzuwerben: statt als Zwangsarbeiter, sollten sie als normale Arbeiter tätig und entlohnt werden.⁴² Es ist allerdings nicht bekannt, wie viele von ihnen diese Offerte annahmen, dennoch ist davon auszugehen, dass im Frühjahr 1948 eine neue Phase in der Geschichte der Deutschen in Jugoslawien begann. Leider ist sie viel weniger gut erforscht, als die Zeit zwischen 1918 und 1948. Die meisten einschlägigen Dokumente sind für Forscher nach wie vor unzugänglich. Für diesen Aufsatz wurden einige interne Akten, hauptsächlich Polizeiakten, welche die Sicherheits-Informationsagentur (BIA) erst vor wenigen Jahren dem Archiv Serbiens übergeben hatte, sowie einige bereits seit längerem zugängliche Parteiberichte aus dem Archiv Jugoslawiens, verwendet. Eine Geschichte der Jugoslawiendeutschen nach 1948 steht nach wie vor aus.

Im Frühjahr 1948 wurden die Lager aufgelöst und allen arbeitsfähigen Deutschen wurden bezahlte Arbeitsstellen zugewiesen. Die Deutschen durften ihre Arbeitsplätze und Wohnorte während der nächsten drei Jahren allerdings nicht verlassen, ansonsten wurden sie allen anderen Arbeitnehmern gleichgestellt: sie bekamen dieselben Löhne, Sozialversicherung usw.,⁴³ und ihre Kinder konnten in die örtlichen Schulen gehen. Selbstverständlich handelte es sich bei den Schulen anfangs nicht um deutsche Minderheitenschulen, mit der Zeit jedoch waren die Behörden bemüht, auch deutschsprachige Abteilungen einzurichten, dort, wo es mehrere deutsche Schulkinder gab und wo man passende Lehrkräfte finden konnte. So wurden die ersten deutschen Schulen nach dem Zweiten Weltkrieg im Herbst 1949 in Orten mit einer größeren deutschen Bevölkerung wie Zemun (Semlin), Ečka, Padinska Skela, Besni Fok usw. eröffnet; im nächsten Jahr auch in Pančevo (Pantschowa), Knićanin (Rudolfsgnad), Novi Sad (Neusatz) und anderen Orten, so dass über 30 Grund- und zwei Mittelschulen Unterricht auf Deutsch anboten.⁴⁴ Im Schuljahr 1951/52 zählte man in Jugoslawien 5.370 deutsche Kinder in unteren Grundschulen und 5.239 in oberen Grundschulen.⁴⁵ Im August 1952 wurde in der Suboticaer Lehrerbil-

⁴² Janjetović, *Between*, S. 278-281; Portmann, *Ebd.*, S. 265-266; Nećak, *Ebd.*, S. 225.

⁴³ Trotzdem lebten viele unter erbärmlichen Bedingungen. (AJ, Arhiv Josipa Broza Tita, Kabinet maršala Jugoslavije, II – 3-a-2/19; Milovan Đilas, *Revolucionarni rat*, Beograd 1990, S. 411; Janjetović, *Between*, S. 481-283.)

⁴⁴ Goran Nikolić, *Život nakon skidanja sa krsta*, in: Nenad Stefanović (Hrsg.), *Jedan svet na Dunavu. Razgovori i komentari*, Beograd 1997 (2. Auflage), S. 225.

⁴⁵ Geza C. Paikert, *The Danube Swabians. German Populations in Hungary, Rumania and Yugoslavia and Hitler's Impact on their Patterns*, The Hague 1967, S. 290-291.

dungsanstalt eine Abteilung für 16 künftige deutsche Lehrer eingerichtet.⁴⁶ In manchen dieser Orte lebten Deutsche bereits vor dem Zweiten Weltkrieg in größerer Zahl, in die anderen kamen sie erst nach dem Krieg, während der Internierung und nach der Auflösung der Lager. Zu dieser Zeit – Ende der 1940er Jahre – gab es offiziell noch 60.500 Deutsche in Jugoslawien. Davon lebten ca. 39.000 in der Volksrepublik Serbien und 29.000 von ihnen in der Vojvodina. In dieser Provinz waren 60% der beschäftigten Deutschen in der Landwirtschaft tätig. Im übrigen Serbien arbeiteten die meisten in Bergwerken (3.000) und in staatlichen Betrieben.⁴⁷ Dies bedeutet, dass sich die allgemeine Berufsstruktur der Deutschen zugunsten von Tätigkeiten in Industrie, Handwerk und Dienstleistungen veränderte.⁴⁸ Zudem änderte sich ihre geographische Verteilung: ein Teil der deutschen Bevölkerung wurde bereits während des Krieges von den Nationalsozialisten ausgesiedelt, ein Teil wurde evakuiert oder flüchtete mit der Absicht, nach dem Ende der Kampfhandlungen heimzukehren, einige wurden in die Sowjetunion verschleppt und einige aus dem Land vertrieben. Die in Jugoslawien Gebliebenen wurden von den Behörden nach deren Gutdünken auf Lager, Kinderheime und Produktionsstätten in unterschiedlichen Landesteilen verteilt.⁴⁹ Obwohl dies im deutschen Fall das Ergebnis von Zwangsmaßnahmen war, passte es eigentlich in die allgemeinen Trends der sich schnell verändernden jugoslawischen Gesellschaft: auch viele Südslawen siedelten aus einem Landesteil in einen anderen über und eine große Zahl an Bauern zog aus den Dörfern in die sich industrialisierenden Städte – auch wenn nicht immer freiwillig.⁵⁰ Die Sozialstruktur wurde zudem verändert, da die Jugoslawiendeutschen auch ihres Eigentums beraubt worden waren.

Gerade das war einer der Hauptgründe, warum sich die 1950er Jahre nicht hauptsächlich durch die Integration der verbliebenen deutschen Minderheit in das jugoslawische sozialistische System auszeichneten, sondern durch deren Verschwinden. Die Integrationsversuche der Behörden waren nur oberflächlich erfolgreich. Die Deutschen arbeiteten zwar tüchtig und begannen sogar (dank ihrer Sparsamkeit und der Postsendungen aus dem Ausland), sich wirtschaftlich zu erholen, sie blieben jedoch politisch und gesellschaftlich passiv. Sie

⁴⁶ Nikolić, *Ebd.*, S. 225.

⁴⁷ *Folksdojčeri, 1952, AS, BIA, II/81.*

⁴⁸ *In 1918 lebte 80% der Bevölkerung Slawoniens und der Vojvodina auf dem Lande. In der Batschka arbeitete 67, 7% der Bevölkerung in der Landwirtschaft und in Slawonien ca. 75%. (Bethke, Ebd., S. 80-81.) In der Industrie waren 15, 54% in der Batschka und 12, 43% im Banat tätig. (Ebd., S. 84.) Die etwa 30.000 Menschen zählende deutsche Minderheit Sloweniens hatte einen höheren Anteil an der Stadtbevölkerung, doch die absoluten Zahlen waren nicht sehr groß. (Das Schicksal, S. 18E.)*

⁴⁹ *Ein Überblick all dieser Migrationsbewegungen in: Zoran Janjetović, The Disappearance of the Germans from Yugoslavia: Expulsion or Emigration?, Revue des Études Sud'Est Européennes, XL, 2002, 1-4.*

⁵⁰ *Branko Petranović, Istorija Jugoslavije 1918–1988, Bd. III. Socijalistička Jugoslavija 1945–1988, Beograd 1988, S. 79-119, 263-315.*

hatten schlechte Erfahrungen mit ihren Aktivitäten innerhalb ihrer alten Dachorganisation gesammelt, dem Schwäbisch-deutschen Kulturbund; dies machte sie misstrauisch gegenüber politischem und gesellschaftlichem Engagement.⁵¹ Wie die meisten Arbeitnehmer waren sie zwar Mitglieder der Gewerkschaftsorganisationen und der Volksfront – der Haupttransmissionsorganisation der Kommunistischen Partei –, erfüllten aber ihre Mitgliedsverpflichtungen nur ziemlich nachlässig.⁵² Sie diskutierten angeblich sehr selten mit, es sei denn, eine kommunalpolitische Frage wurde erörtert. An den Wahlen stimmte die Mehrheit der Deutschen opportunistisch (wie die Mehrheit der Bevölkerung im Allgemeinen) für die Regierungsliste, obwohl auch einige wenige Beispiele politischer Opposition registriert wurden, in jenen Fällen, wo die Deutschen ihre Stimmen in die „Wahlurne ohne Liste“ gaben.⁵³ Die Behörden glaubten, eine oppositionelle Stimmung unter der Mehrheit der Jugoslawiendeutschen ausmachen zu können, aber zu offenen regimefeindlichen Äußerungen kam es selten, so dass die Zahl der verhafteten Deutschen äußerst niedrig war.⁵⁴

Die Kultur- und Ausbildungsvereine sowie Klubs, die die Behörden für sie gründeten, wurden mit der gleichen Absicht wie jene anderer Minderheitenangehöriger organisiert: um die Deutschen besser ins sozialistische System zu integrieren und sie unter Aufsicht stellen zu können.⁵⁵ Solche Vereine und Klubs wurden gewöhnlich nicht von den Volksdeutschen, sondern von ehemaligen Reichsdeutschen und Österreichern – ehemaligen Kriegsgefangenen und gedungenen Facharbeitskräften geführt.⁵⁶ Diese Vereine und Klubs hatten Thea-

⁵¹ *Slavko Damjanović, Informacije, den 7. Juni 1954, AS, BIA, I/216; Podaci. Pregled na našem terenu po pitanju Nemaca – folksdojčera [Nach März 1953], AS, BIA, 231.*

⁵² *Mesečni izveštaj za mesec april 1953. godine, Novi Sad, den 23. April 1953, AS, BIA, I/216; Život i rad „folksdojčera“ po oslobodenju, [Anfang 1950-er], AS, BIA, II/81; Podaci. Pregled na našem terenu po pitanju Nemaca – folksdojčera [Nach März 1953]; Izveštaj o nemačkoj nacionalnoj manjini („folksdojčerima“) na terenu sreza novosadskog, den 10. Oktober 1952, AS, BIA, I/231; Izveštaj o folksdojčerima našeg sreza; Nemci u gradu Somboru, den 10. September 1952; Nemci na terenu sreza Sombora, den 11. September 1952; Elaborat Nemaci: Prigrevica, den 9. September 1952; Elaborat o Nemcima za mesto Kolut; Stanišić; Riđica, AS, BIA, I/250. In ein paar Orten (Bački Jarak/Jarek, Bački Monoštor) wurde eine gewisse regimenahere politische Aktivierung der Deutschen bemerkt. (Izveštaj o nemačkoj nacionalnoj manjini („folksdojčerima“) na terenu sreza novosadskog, den 10. Oktober 1952, AS, BIA, I/231; Stevan Nedeljković, Izveštaj o Nemcima u Bačkom Monoštoru, den 9. September 1952, AS, BIA, I/250.)*

⁵³ *Kapetan Živko Marinković UDB-i za Vojvodinu, [1951?], AS, BIA, I/206; Izveštaj o nemačkoj nacionalnoj manjini na teritoriji APV u 1950 godini, AS, BIA, II/81.*

⁵⁴ *Izveštaj o nemačkoj nacionalnoj manjini na teritoriji APV u 1950 godini, AS, BIA, II/81; Klub nemačkih trudenika u Novom Sadu, Masarikova broj 1, Novi Sad, den 16. August 1950, AS, BIA, I/216.*

⁵⁵ *Klub nemačkih trudenika u Novom Sadu, den 4. Dezember 1950, AS, BIA, I/216. Ende 1949 gab es 9 solche Klubs/Vereine. (Udruženja nacionalni manjina, den 15. Dezember 1949, AJ, 507, XVIII – k. 3.)*

⁵⁶ *Siehe beispielhaft hierfür den Klub der deutschen Arbeiter in Novi Sad, der 1948 gegründet worden war. Er wurde von Reichsdeutschen geleitet. ([Bericht ohne Titel], Februar 1951; Spisak članova „Kluba nemačkih trudenika“, 1950, AS, BIA, I/216.)*

ter-, Literatur-, Sport- und Volkstanzabteilungen und traten auf unterschiedlichen Festivals auf.⁵⁷ Ihre Arbeit aber war von kurzer Dauer, vor allem aufgrund der Heimkehr der ausländischen Führungspersonen und der Aussiedlung der Volksdeutschen.⁵⁸ Ähnlich erging es dem deutschen Blatt, „Der Schaffende“, das zwischen 1948 und 1953 erschien.⁵⁹

Die vor kurzem freigegebenen geheimen Polizeiberichte beschreiben die Jugoslawiendeutschen als pro-westlich orientiert. Ein Teil habe Sympathien für Deutschland, ein Teil für Österreich, und andere wiederum für die USA, Argentinien, Kanada oder Australien gehegt. Dies stand in direktem Zusammenhang mit vorhandenen Auswanderungswünschen: die größten Sympathien galten diesem Ziel.⁶⁰ Die Deutschen in Jugoslawien standen in regem Briefkontakt mit ihren Verwandten und Landsleuten, die bereits 1944/45 geflüchtet und evakuiert oder nachher aus den Lagern entflohen waren. Obwohl die Polizei nicht genügend Mitarbeiter hatte, um die Mehrheit der Briefe zu kontrollieren, ging aus ihnen deutlich hervor, dass die Geflüchteten ihre Verwandten und Landsleute mit höherem Lebensstandard und größeren Freiheiten im Westen lockten.⁶¹ Obwohl die Volksdeutschen im Lande nach der Auflösung der Lager allmählich ihre Bürger- und Nationalrechte⁶² wiederbekamen, wurde ihnen ihr immobiles Eigentum nicht zurückgegeben oder rückerstattet. Während der 1950er Jahre hofften manche noch darauf, aber den meisten war klar, dass

⁵⁷ Nikolić, *Ebd.*, S. 224-225.

⁵⁸ *So ist die Zahl der Mitglieder des Klubs der deutschen Arbeiter in Novi Sad 1954 im Vergleich zu 1953 um ein Drittel gesunken. (Infomacije, den 7. Juni 1954, AS, BIA, I/216.) Im Dokument wird die Angst, dass der Klub eine Neuauflage des Schwäbisch-deutschen Kulturbunds ist, als Grund angeführt, wobei unklar ist, wieso die Mitglieder früher diese Angst nicht hatten. In Pančevo löste sich der Kulturklub nach der Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen auf. (Kapetan Živko Marinković, UDB-i za Vojvodinu, [1951?], AS, BIA, I/206.)*

⁵⁹ Nikolić, *Ebd.*, S. 224.

⁶⁰ *Izveštaj o nemačkoj nacionalnoj manjini na teritoriji APV u 1950 godini; Život i rad „folksdojčera“ po oslobođenju, [Anfang 1950-er], AS, BIA, II/81; [Bericht ohne Titel], Februar 1951; Klub nemačkih trudbenika u Novom Sadu, den 4. Dezember 1950, AS, BIA, I/216; J. Zec, Izveštaj o folksdojčerima na terenu našeg sreza, AS, BIA, I/250.*

⁶¹ *Kapetan Živko Marinković, UDB-i za Vojvodinu, [1951?], AS, BIA, I/206; Izveštaj o nemačkoj nacionalnoj manjini u Apatinu, den 30. Juni 1953, AS, BIA, II/81.*

⁶² *Im volksdeutschem Schrifttum, in einem Teil der deutschen und ex-jugoslawischer Fachliteratur, sowie in der Öffentlichkeit herrschte und herrscht teilweise noch immer die Meinung vor, die Jugoslawiendeutschen hätten mit dem AVNOJ-Beschluß vom 21. November 1944 ihre Staatsbürgerschaft zusammen mit ihrem Eigentum verloren. Dem war aber nicht so. Sie wurden zwar ihrer Bürger- und Menschenrechte beraubt, blieben aber trotzdem jugoslawische Staatsbürger. Nach der Entlassung aus den Lagern mussten sie sich nur in die Staatsangehörigkeitsbücher eintragen lassen. (Vgl. Zoran Janjetović, O državljanstvu jugoslovenskih Nemaca, Tokovi istorije, 1-2, 2002; Ders. Die Staatsbürgerschaft der Jugoslawiendeutschen. Vom Ende des Ersten Weltkrieges bis in die Nachkriegszeit des Zweiten Weltkrieges, in: Katrin Boeckh et al. (Hrsg.), Staatsbürgerschaft und Teilhabe. Bürgerliche, politische und soziale Rechte im östlichen Europa, München 2014.)*

ihre Häuser und Felder unwiederruflich verloren waren.⁶³ Die dadurch verursachte schwere Wirtschaftslage ihrer Familien, die angespannte internationale politische Lage während des Kalten Kriegs und nach dem jugoslawischen Bruch mit Stalin (1948) sowie die Angst vor einem neuen Krieg stärkten den Auswanderungswillen.⁶⁴

Die Ersten, die dazu eine Möglichkeit bekamen, waren die Kinder aus den Kinderheimen. Zwischen 1951 und 1956 gingen 11 Transporte mit etwa 2.000 Kindern Richtung Österreich. Die Aktion war eine Kooperation zwischen jugoslawischem, deutschem, österreichischem und internationalem Roten Kreuz. Durch sie konnten Eltern und Verwandte aus dem Ausland nach ihren Kindern suchen. Die jugoslawische Regierung kooperierte, als Zeichen des guten Willens, nach der Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Österreich und mit West-Deutschland.⁶⁵

Schon im April 1950 wurde ein vorläufiges Abkommen zwischen dem jugoslawischen und dem bundesdeutschen Roten Kreuz geschlossen, das eine Familienzusammenführung ermöglichte. Jugoslawien zögerte allerdings die Erfüllung des Abkommens hinaus, weil die Volksdeutschen angeblich staatenlos werden würden, was völkerrechtswidrig sei. Neue Verhandlungen fanden erst 1952 statt und im Oktober dieses Jahres wurde ein neues Abkommen geschlossen, das die Auswanderung von Jugoslawiendeutschen, sofern sie die dazu notwendigen Bedingungen erfüllten, ermöglichte.⁶⁶ Erstens musste man eine Zuzugsgenehmigung eines bundesdeutschen Landes bekommen. Dann musste man die Ausreise beantragen und aus der jugoslawischen Staatsangehörigkeit entlassen werden. Dies kostete zu Beginn noch 3.000, danach 12.000 Dinar, was immerhin 3 bis 4 Durchschnittsmonatslöhne betrug.⁶⁷ Offensichtlich waren die Behörden in dieser Hinsicht gespalten: die Auswanderung wurde durch hohe Gebühren erschwert und einige Ausreisewillige wurden von der Polizei verhört.⁶⁸ Andererseits wurde im Rahmen jener Maßnahmen, die eine Verbesserung der bilateralen Beziehungen mit

⁶³ *Izveštaj o nemačkoj nacionalnoj manjini u Apatinu, den 30. Juni 1953, AS, BIA, II/81; Stanišić; Riđica, AS, BIA, I/250; Kapetan Živko Marinković, UDB-i za Vojvodinu, [1951?], AS, BIA, I/206.*

⁶⁴ *Život i rad „folksdojčera“ po oslobođenju, [Anfang 1950-er], AS, BIA, II/81.*

⁶⁵ *Petrović Todosijević, Ebd., S. 208-218; Branko Pavlica, Jugoslavija i Savezna republika Nemačka 1951-1984, Smederevo 1989, S. 43.*

⁶⁶ *Das Schicksal, S. 116E; Pavlica, Ebd., S. 50.*

⁶⁷ *Podaci: Pregled na našem terenu po pitanju Nemaca – folksdojčera, [nach März 1953], AS, BIA, I/231; Izveštaj o nemačkoj nacionalnoj manjini u Apatinu, den 30. juni 1953, AS, BIA, II/81; Das Schicksal, S. 116E-117E; Petrović Todosijević, Ebd., S. 213.*

⁶⁸ *Folksdojčeri, 1952, AS, BIA, II/81; Kapetan Živko Marinković, UDB-i za Vojvodinu, [1951?], AS, BIA, I/206.*

der BRD zum Ziel hatten⁶⁹, ein Aussiedlungsabkommen beschlossen, woraufhin die Mehrheit der Deutschen (mit etwas Mühe und manchmal mit der Hilfe ihrer Verwandten aus dem Ausland) das Land verlassen konnte. Dieses Verhalten unterschied sich nicht im Vergleich zu anderen aussiedlungswilligen Minderheitenangehörigen. Aus außenpolitischen, teilweise auch aus innenpolitischen Gründen, war die Aussiedlung erwünscht: nach außen hin war die Aussiedlungsgenehmigung ein Zeichen des guten Willens und der Großzügigkeit; innenpolitisch wurde es positiv bewertet, da man sich jenes Teils der Minderheitenbevölkerung entledigen konnte, der sich mit dem sozialistischen System nicht versöhnen wollte. Zugleich aber bedeutete es ein Scheitern der Integrationspolitik und des sozialistischen Experiments im Allgemeinen: die Minderheitler wollten trotz ihrer formalen Gleichstellung auswandern; das sozialistische Gesellschaftsmodell, welches auf einem Gleichheitsprinzip beruhte und die wirtschaftliche Ausbeutung der Berufstätigen ablehnte, war rein theoretisch gerechter, dennoch wollten die Menschen in den kapitalistischen Westen.

Laut der Volkszählung von 1952 befanden sich 60.500 Deutsche in Jugoslawien – 5.000 mehr als bei der Volkszählung im Jahr 1948.⁷⁰ Dies zeigt, dass sich viele Deutschen – aus Furcht vor einer gesellschaftlichen Stigmatisierung – damals als Ungarn, Kroaten, Slowenen oder Serben deklarierten.⁷¹ Obwohl manche auf diese Weise „untertauchen“ konnten und obwohl die Behörden keine deutschfeindliche Politik führten, verließen zwischen 1950 und 1960 62.500 Jugoslawiendeutschen das Land; bis 1969 sogar 86.100.⁷² Sie konnten sich nicht mit der Verstaatlichung ihres Eigentums, mit der Verletzung ihrer Menschenwürde, mit dem sozialistischen System und seiner wirtschaftlichen Ineffizienz abfinden. Familiäre Gründe spielten in zahlreichen Fällen ebenso eine Rolle und auch das westdeutsche Wirtschaftswunder übte seine Anziehungskraft aus.

⁶⁹ Die jugoslawische Regierung hatte vor allem Interesse an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und an der Gewährung bundesdeutscher Kredite. Aus diesem Grund wurden die Kriegsgefangenen und sogar die meisten verurteilten Kriegsverbrecher entlassen. (Pavlica, Ebd., 39-41, 43-50; Dušan Nečak, *Hallsteinova doktrina i Jugoslavija. Tito između SR Njemačke i DR Njemačke*, Zagreb 2004, S. 71-74.)

⁷⁰ Branko Pavlica, *Nemačka manjina u Jugoslaviji. Sudbina folksdojčera posle Drugog svetskog rata*, Beograd 2002, S. 81; *Das Schicksal*, S. 117E.

⁷¹ Aleksandar Krel, *Mi smo Nemci. Etnički identitet pripadnika nemačke nacionalne manjine u Vojvodini na početku 21. veka*, Beograd 2014, S. 141-151; Ders., *Položaj nemačke nacionalne manjine u Vojvodini na primeru Nemaca u Subotici*, in: Vojislav Stanojčić (Hrsg.), *Položaj nacionalnih manjina u Srbiji*, Beograd 2007, S. 438; Ders., *Promena strategije etničkog identiteta Nemaca u Subotici u drugoj polovini 20. veka*, *Glasnik Etnografskog instituta*, LIV, 2006, S. 324; Ders., *Etnički identitet nemačke nacionalne manjine u Vojvodini od Drugog svetskog rata do danas*, in: *Zavičaj na Dunavu. Suživot Nemaca i Srba u Vojvodini*, Novi Sad 2009, S. 224.

⁷² Pavlica, *Nemačka manjina*, S. 81-82; *Das Schicksal*, S. 117E.

Die Integration dieser Migranten in Deutschland, in Österreich und in anderen Ländern verlief jedoch nicht reibungslos.⁷³ Schon zu Beginn der 1960-er Jahre berichteten Agenten der jugoslawischen Geheimpolizei, die die Volksdeutschen in der Bundesrepublik und in Österreich besuchten, darüber, dass viele Aussiedler über Heimweh klagten, zurück nach Jugoslawien wollten und sich von den Einheimischen in der neuen Heimat verachtet und nicht wertgeschätzt fühlten.⁷⁴ Die Besuche der Aussiedler in der alten Heimat, die bereits in den 1950-er Jahren einsetzten und bis zum heutigen Tag andauern, bezeugen deren tiefe Verbundenheit mit der Herkunftsregion. Deren Abneigung gegen das sozialistische System, das sie ihres gesamten Vermögens beraubt und sie grausam behandelt hatte, war indes stärker.⁷⁵ Darum scheiterte der ohnehin nur halbherzige kommunistische Versuch, die Jugoslawiendeutschen in den 1950-er Jahren für sich zu gewinnen und bis 1960 hörte die deutsche Minderheit in Jugoslawien faktisch auf, als solche zu existieren. Geblieben sind zerstreut siedelnde Einzelpersonen deutscher Abstammung, gewöhnlich mit Nicht-Deutschen verheiratet.⁷⁶ Sie haben ihre Zurückhaltung erst in den 1990-er Jahren teilweise aufgegeben und sich in einigen Minderheitenvereinigungen

⁷³ Vgl. Andreas Kossert, *Kalte Heimat. Die Geschichte der deutschen Vertriebenen nach 1945*, München 2008; Ders., „Wir können alles außer Hochdeutsch“. Reflexionen zum Mythos der schnellen Integration der Flüchtlingen und Vertriebenen im Nachkriegsdeutschland, in: Mathias Beer (Hrsg.), *Migration und Mythen. Geschichte und Gegenwart -Lokal und global*, Ulm 2014; Mathias Beer, *Flucht und Vertreibung der Deutschen. Voraussetzungen, Verlauf, Folgen*, München 2011; Thomas Grosser, *Die Integration der Heimatvertriebenen in Württemberg-Baden (1945–1961)*, Stuttgart 2006; *Ihr und wir: Integration der Heimatvertriebenen in Baden-Württemberg*, Stuttgart 2009.

⁷⁴ *Sastanak Podunavskih Švaba u Salzburgu, den 25. August 1959; Boravak u izbegličkim logorima u Salzburgu, den 26. August 1959; Izveštaj Đule Dera o poseti Nemačkoj, Kikinda, den 7. Januar 1960; Analiza aktivnosti folksdojčera iz Zapadne Nemačke i Austrije na terenu u 1963. godini, den 23. Oktober 1963; Blaža Sailović o poseti Nemačkoj, Sombor, den 30. August 1960; Informacija, Odeljenje DB sreza novosadskog, den 2. Juli 1962; Boško Nikolić, Službena beleška, den 3. Juli 1962; Dragutin Stefanović Službena beleška, den 31. Juli 1962, AS, BIA, II/83; Elaborat o folksdojčerima – Bela Crkva, AS, BIA, I/81.*

⁷⁵ *Besucher wurden von den Behörden durchaus als unerwünscht betrachtet. Man war bemüht, ihnen die Einreise unmöglich zu machen, indem man ihnen die Bewilligung ihrer Visumanträge verweigerte; dennoch reisten sie mit Hilfe touristischer Visa ein, die leicht zu bekommen waren. Einige, die ein solches Visum erhalten hatten, wurden wiederum ausgewiesen. Auch ist zu erwähnen, dass deutsche Besucher in manchen Fällen in ihren Heimatdörfern von der neuen Bevölkerung nicht freundlich aufgenommen wurden. (P. Dragutinović, sekretaru za UP NOS, Novi Sad, den 27. August 1960; Izveštaj o proterivanju Josipa Dvoračeka, Sombor, den 20. September 1961; Opšta informacija broj 21, Sremska Mitrovica, den 10. Juli 1965; Problemska informacija broj 53, Sremska Mitrovica, den 6. September 1964; Milivoj Branković, Službena beleška, Sremska Mitrovica, den 28. September 1963; Analiza aktivnosti folksdojčera iz Zapadne Nemačke i Austrije na terenu u 1963. godini, den 25. Oktober 1963; Opšta informacija broj 43, Sremska Mitrovica, den 11. August 1964, AS, BIA, II/83.)*

⁷⁶ *Spisak lica nemačkog porekla [in Smederevo], AS, BIA, I/27; Jon Stanču, Spisak folksdojčera, Apatin, Pančevo, den 23. Februar 1962; Spisak pripadnika nemačke narodnosti nastanjenih] u Vršcu, AS, BIA, I/195.*

organisiert.⁷⁷ 2010 gründeten sie, wie andere Minderheitengruppen auch, sogar ihren Nationalrat im Einklang mit dem serbischen Minderheitengesetz.⁷⁸ Dies ändert nichts an der Tatsache, dass von einst 350.000 Deutschen, die in der Vojvodina am Vorabend des Zweiten Weltkriegs lebten, bei der Volkszählung 2002 nur noch 3.154 Deutsche registriert wurden.⁷⁹ Ein Resümee ziehend ist festzuhalten, dass die Politik der 1950er Jahre mitentscheidend für die Zukunft der deutschen Minderheitenbevölkerung in Jugoslawien war. Zusammenfassend waren diese Jahre für das Verschwinden der deutschen Minderheit Jugoslawiens ebenso entscheidend, wie die 1940er Jahre.

⁷⁷ Krel, *Mi smo Nemci*, S. 153-220; Ders., *Uloga udruženja „Gerhard“ u revitalizaciji etničkog identiteta somborskih Nemaca*, in: Zoran Divac (Hrsg.), *Slike kulture nekad i sad*, Beograd 2008.

⁷⁸ Krel, *Mi smo Nemci*, S. 222-226.

⁷⁹ *In ganz Serbien war es 3.901. (Janjetović, Nemci, S. 363.) In Kroatien und Slowenien war ihre Zahl noch niedriger.*



Zoltán Balog

REDE VON ZOLTÁN BALOG BEIM GEDENKSYMPOSIUM DER KAS WUDERSCH (BUDAÖRS), 19. JANUAR 2016

Herzlichen Dank, ich begrüße Sie alle recht herzlich. Nicht nur Herrn Bundesbeauftragten Koschyk, Herrn Direktor und die Professoren, sondern alle, die heute dazu beigetragen haben. Es ist das Schicksal der Politiker, dass sie stets nur zu ihrer eigenen Rede kommen. Ich werde heute wenigstens Herrn Koschyk sowie die lebendige Diskussion hören dürfen, die uns zeigt, dass es sich hier um ein Thema handelt, das die Menschen interessiert und bei dem viele engagiert mitmachen.

Es ist sehr wichtig, dass die Geschichten des 20. Jahrhunderts, die Geschichten der Verluste Ungarns, Deutschlands, Europas und vieler anderer Länder, nicht nur von Historikern und Soziologen gebraucht oder von Politiker bei Festreden herangezogen werden, sondern, dass eine lebendige Erinnerungsgemeinschaft existiert, die sie weiterträgt und weiterpflegt. Damit, wenn die Alten gehen und die Jungen kommen, auch sie diese Geschichten in Ehren halten können.

Dieses In-Ehren-halten und In-Erinnerung-rufen, hat sich für mich gerade in der Diskussion gezeigt. Zwei Dinge müssen dabei parallel vonstattengehen: das Gedenken der Opfer und die Analyse der genauen Tatbestände. Dafür hatten wir in den letzten Jahren zahlreiche Anlässe, wie 40-, 50-,

60- oder eben 70-Jahres-Gedenkfeiern. Als zuständiger Minister durfte ich vielen Kommissionen vorsitzen, in welchen die Erinnerungskultur gepflegt wurde. Daher ist es meine Erfahrung, dass historische Forschung nicht immer leicht ist. Es existieren noch viele ungeklärte Tatbestände und andauernde Prozesse. Wie wir aus Jugoslawien, Rumänien und zum Teil auch Ungarn gehört haben, gab es da zunächst 40 Jahre Vakanz. Während dieser Zeit wurde vieles falsch dargestellt. Doch nun haben wir Freiraum dafür, historische Tatbestände und Wahrheiten zu rekonstruieren. Man sollte nicht leugnen, dass das mit gewissen Verletzungen einhergehen kann. Man redet viel über Zahlen – weniger, mehr, wer gehört dazu, wer gehört nicht dazu – und es besteht eine gewisse Konkurrenz des Leidens. Wer hat mehr gelitten, wer hat weniger gelitten – kann man das miteinander vergleichen? All diese Dinge gehören dazu. Das kann man sich auf der einen Seite nicht ersparen, auf der anderen Seite sollte man aber vor allem die Opfer in Ehren halten. Man sollte sich mit Demut und Buße an diese Dinge erinnern, ohne bestimmte Opfergruppen zu diskriminieren. Beides gleichzeitig zu machen, ist nicht leicht. Das eine wird das andere auch ein Stück weit mitbestimmen.

Gerade die Frage über die Termini – also wie wir was bezeichnen – zeigt uns, dass wir Ungarn ungeachtet der allgemeinen Meinung lernfähig sind. Ich weiß, dass der Eindruck manchmal täuscht, aber wir sind auch belehrbar. Es zeugt von einer schönen, gemeinsamen Zusammenarbeit mit der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, dass wir den Begriff der „Aussiedlung“ abgelegt haben. Er entspricht nicht den historischen Tatsachen. Heute ist es gesetzlich festgeschrieben von „Vertreibung und Verschleppung“ zu sprechen. Vertreibung betrifft diejenigen, die auf der Grundlage ihrer Rassenzugehörigkeit vertrieben wurden. Denn wir dürfen nicht vergessen, dass der Rassenwahn auch nach dem Zweiten Weltkrieg weiterging. Man erließ Gesetze zur „Wiedergutmachung“, die weiterhin auf dem Konzept der Rassen basierten. Wer Deutscher war, hatte automatisch die Kriegsschuld und musste dafür büßen. Es reichte sogar, wie viele Ungarn, einen deutschen Namen zu haben. So lief die Vertreibung in Richtung Deutschland und die Verschleppung in Richtung Sowjetunion. Doch auch die Ungarn in anderen Ländern waren von diskriminierenden Gesetzen betroffen – nicht, weil sie die Kriegsschuld hatten, sondern weil sie Ungarn waren und zu einer Minderheit gehörten. Das galt in den ukrainischen Gebieten und auch in weiteren Ländern.

Es ist eine Lehre, die wir verinnerlichen müssen: Man kann Schuld nicht mit neuer Schuld tilgen, besonders nicht vermeintliche Schuld. Denn Abstammung und ethnische Identität sind keine Schuld, sondern eine Gegebenheit, worüber man sich eigentlich freuen sollte. Jeder sollte seine Identität als eine Quelle des Stolzes und des Bewusstseins pflegen.

In der Terminologie sind wir heute weiter, als vor zehn, zwanzig, vierzig oder eben sechzig Jahren. Doch für mich als jemand, der unter anderem für die

Schulen zuständig ist, stellt sich die Frage: Was lernt die nächste Generation? Welches Vorbild vermittelt unser Benehmen und unser Miteinander? Nicht nur in den Schulen, sondern auch in den Familien und bei den gemeinsamen Festakten. Was sollten wir daraus lernen und was sollten wir weitergeben?

Ich möchte auch einige, vielleicht kritische Punkte äußern. Nicht nur über unsere Erinnerungskultur, sondern auch darüber, was wir aus den vielen Verlusten des 20. Jahrhunderts gelernt haben. Deutsche, Rumänen, Ungarn, Ukrainer, Slowaken, Polen, Russen – die Liste der verschiedenen Volksgruppen, die Verluste erlitten haben, ist lang. Ebenso die Liste der verschiedenen historischen Begebenheiten, die diese Opfer forderten. Für Ungarn ist es jedoch wichtig, dass wir alle Menschen, die im 20. Jahrhundert in Ungarn dem Rassen- und Klassenwahn sowie dem nationalistischen Wahn zum Opfer gefallen sind, als gemeinsame Verluste betrachten.

Zwar hat jeder seine eigenen Verluste, aber es gibt eben auch einen gemeinsamen Verlust. So sollten wir auch an diese Menschen denken. Nur wenn wir das Gemeinsame in den Opfergeschichten begreifen, dann kann es auch ein gemeinsames Lernen geben. Zurzeit scheint das aber noch nicht zu funktionieren. Was wir immer wieder feststellen, ist, dass die verschiedenen Teile Europas – vor allem West- und Osteuropa – eine andere Erinnerungskultur pflegen.

Veranstaltungen wie die heutige – es ist schön, dass das gerade von einer deutschen politischen Stiftung organisiert worden ist – können dazu beitragen, dass wir die gemeinsamen Erinnerungen und das gemeinsame Lernen vorantreiben. Nicht, dass jeder seine eigene Version der Geschichte hat, diese pflegt und so verschiedene Versionen parallel nebeneinander existieren. Bereits jetzt tut sich eine Kluft zwischen der mittel-osteuropäischen und einer westeuropäischen Aufarbeitung der Geschichte auf. Das fing bereits vor 25 Jahren an, als der Kommunismus – zumindest auf dem Papier – zu Ende war. Es entstand der Eindruck, dass nur wir hier in Osteuropa etwas aufzuarbeiten haben. Doch sollte nicht auch Westeuropa die Geschichte des Kommunismus aufarbeiten müssen? Haben die Westmächte nichts zu Jalta und Potsdam zu sagen? Darüber, wie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Ungerechtigkeit mit neuer Ungerechtigkeit wiedergutmacht werden sollte? Mit der Folge, dass Völker wie die Polen weiter in einer Diktatur leben mussten. Womit haben sie das verdient? Bis heute besteht hier ein Ungleichgewicht. In Westeuropa heißt es oft: „Das ist eure Sache. Macht damit etwas in Osteuropa oder geht zu denen in Moskau, die haben dazu bestimmt auch etwas zu sagen. Das ist eure Geschichte.“ Es ist aber eine gemeinsame Geschichte. Genau wie der Nationalsozialismus zur gemeinsamen Geschichte Europas gehört. An dessen Aufarbeitung sind auch nicht nur die Deutschen, sondern auch wir Ungarn, Franzosen, Holländer, und nicht zu vergessen die Österreicher, beteiligt. Doch auch die internationale Diktatur des Kommunismus mit ihrem totalitären System ist Teil unserer gemeinsamen Geschichte. Wir haben dazu verschiedene Zugänge – das ist klar. Aber zu sagen

„Privatsache. Macht ihr mal“ – das macht gemeinsames Lernen unmöglich. Ich will eigentlich heute nicht über Migration sprechen, aber ich muss doch einiges dazu sagen. Welchen Sinn macht es über die Vergangenheit zu sprechen, wenn nicht im Interesse der Zukunft. Sodass wir dieselben Fehler nicht erneut begehen, weder in der Bewertung einer Situation noch in unseren Handlungen. Es ist nicht nur die Pflicht eines jeden Politikers, sondern jedes denkenden Menschen in Europa, darüber nachzudenken, ob das, was vor 70 Jahren geschehen ist, etwas damit zu tun hat, was heute im Bereich der Migration geschieht. Und wenn, was es damit zu tun hat und was daraus zu lernen ist.

Ich möchte an eine gemeinsame Initiative erinnern, die mir Mut und Hoffnung gemacht hat, dass das gemeinsam gehen kann – da ist Deutschland bereits an vorderster Front. Die Stiftung „Erinnerung und Solidarität“, die in Warschau sitzt und von Deutschland, Ungarn, Tschechien – ich glaube auch von der Slowakei – unterstützt wird, ist eine Initiative, mit der wir insbesondere die Jugend erreichen wollen, um gemeinsam über Verschleppung, Vertreibung und die Schandtaten des 20. Jahrhunderts zu sprechen. Ich denke, bei dieser Initiative findet schon eine gemeinsame Ost-West-Geschichte statt und das ist sehr schön.

Wie sieht es aber heute aus? Worüber wir beim Thema Migration zuerst sprechen sollten, das ist nicht die Migration aus dem Süden, beziehungsweise aus dem Nahen Osten, sondern die Migration innerhalb Europas. Oft vergessen wir dabei, über die Roma zu sprechen. Es gibt, wie manche Politiker sagen, eine „unerwünschte“ Migrationsbewegung innerhalb Europas. Es gibt Menschen, die sozial entwurzelt sind, beziehungsweise nie eingewurzelt waren, die aus dem Osten in Richtung Westen gehen und dort nicht unbedingt willkommen sind. Ich würde hier gerne an den Satz eines Bürgermeisters in Deutschland erinnern: „Willkommen sind die Leute aus dem Nahen Osten nur, wenn wir dafür einige andere nach Osteuropa zurückschicken können.“ Was soll das heißen? Für mich heißt das, dass die Länder, die verlassen werden, eine bessere Minderheitenpolitik brauchen. Denn – gestern haben wir darüber mit Herrn Koschyk gesprochen – eine gute Minderheitenpolitik bedeutet, dass die Leute bleiben. Es ist nicht in Ordnung, dass die sozial benachteiligte Minderheit der Roma hier keine Zukunftschancen sieht. Man sollte sich in Westeuropa vielleicht einmal anschauen, aus welchen Romasiedlungen diese Leute weggehen. Eine Nation sollte daran interessiert sein, seine Bürger zu Hause zu behalten, nicht nur aus humanitären, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen. Wenn wir sagen, dass Migration aus anderen Kulturen schwierig ist, dann müssen wir, um die Demografie- und Arbeitsmarktfragen, die auf uns zukommen, aus eigenen Quellen lösen zu können, die Arbeitskräfte, die wir haben, stabilisieren und für den Arbeitsmarkt fruchtbar machen. Doch um das zu erreichen, muss man sich eben auch daran machen.

Eine andere Geschichte, die ich persönlich mit Vertreibung verbinde: Ich war noch ein Gymnasialschüler, als wir das erste Mal in Baranya gewagt haben,

alte, deutsche Bauern darüber auszufragen, wie das mit der Vertreibung damals abgelaufen ist. Auch darüber, wie das mit den Ungarn war, die aus der Tschechoslowakei an ihre Stelle gekommen sind. Ich werde nie vergessen, wie im Jahre 2000 – da war ich schon in der Politik – bei einer Gedenkfeier in Hidas in der Südbaranya ehemals Vertriebene, die aus Deutschland zurückgekommen waren, mit Tränen in den Augen die Nationalhymne gesungen haben – zuerst die ungarische und dann auch die deutsche.

Ich denke, es ist für die eigene Identität wichtig, ein lokales Bewusstsein herauszubilden. Deswegen ist es so schwierig, wenn man seiner lokalen Wurzeln beraubt wird, selbst wenn man sie freiwillig verlassen hat. Oft führt das zu Identitätskrisen, die ohne eine Gemeinschaft nur sehr schwer zu managen sind. Deshalb sollte man auch an die Landsmannschaften erinnern, die dazu beigetragen haben, den Vertriebenen ein Stück Heimat in der Fremde – denn das war Deutschland damals für sie – zu bieten. Über dieses Heimatgefühl hat eine lettische Dichterin einmal wunderbar sagt: „Über Jahrzehnte hatten wir in der Sowjetunion keine Heimat, doch wir hatten die Heimat hier in unserem Herzen.“ Die Heimat auch in der Kultur, in der Literatur und in der Kunst weiter zu bewahren und zu pflegen, das ist es, was es bedeutet, die Heimat im Herzen zu tragen.

Es ist nicht die Stunde der politischen Debatten, aber eines muss ich einfach sagen: Es hat mich stets irritiert, wenn die Aufnahme von Flüchtlingen – das war auch schon vor zehn oder 20 Jahren ein Problem – immer wieder mit der Aufnahme der verschleppten und vertriebenen Deutschen in Deutschland verglichen wird. Da gibt es einen großen Unterschied, und ich rede jetzt nicht von moralischen Unterschieden. Der Unterschied ist die gemeinsame Basis. Das muss hier auch ausgesprochen werden: Die gemeinsame Basis war die christlich-europäische Kultur. Die aktuelle Diskussion über die Leitkultur in Deutschland zeigt mir, dass wir das auch heute nicht vergessen dürfen.

Vor ein paar Tagen hatte ich das Privileg, mit dem Kardinal dieses Landes ein offenes, mehrstündiges Gespräch zu führen. Wir sprachen darüber, wie sich heutzutage christliche Werte in Ungarn und in Europa allgemein äußern. Dabei sprach er selbst, ohne, dass es das Thema gewesen wäre, die Geschichte der Donauschwaben an. Er sagte, dass im 17. und 18. Jahrhundert, als das Land durch die osmanische Herrschaft entvölkert war, die Deutschen und zum Teil auch Österreicher, Schwaben aus Württemberg, Nordbayern und Rheinland-Pfalz kamen, um das Land erneut zu besiedeln. Das ist eine wunderbare Integrationsgeschichte, sagte er und fügte hinzu: „auf christlicher Basis“. Der christliche Glaube war imstande, diese Leute zusammenzuhalten. Wir kennen wunderschöne Dörfer in Tolna und in Baranya, wo es zwar eine deutsche katholische Kirche, eine deutsche evangelisch-reformierte Kirche und eine ungarische evangelisch-reformierte Kirche gibt, aber trotzdem das Bewusstsein vorhanden ist, dass wir alle denselben Gott, denselben Erlöser anbeten und

unser Gebet in die gleiche Richtung steigt. Ich denke, dass das eine wichtige Sache ist und man sich damit auseinandersetzen muss, auf welcher Basis wir uns ein Zusammenleben vorstellen. Ich denke, dass wir uns in Europa ein Zusammenleben nur auf dieser und auf keiner anderen kulturellen Basis vorstellen können. Sonst käme etwas dabei heraus, was man nur als Parallelgesellschaft bezeichnen kann. Gesetze, die jeder Bürger achten sollte, werden nur dann funktionieren, wenn die Motivation, diesen Gesetzen zu gehorchen, nicht nur die Angst vor Strafe ist. Da muss noch etwas mehr sein. Das ist das berühmte Böckenförde-Dilemma: Als Gemeinschaft, die aus verschiedenen gesellschaftlichen, religiösen und ethnischen Gruppen besteht, brauchen wir eine gemeinsame Überzeugung davon, was unsere Werte sind. Werte, die wir deshalb akzeptieren, weil sie in der Vergangenheit funktioniert haben und wir deswegen hoffen, dass sie auch in Zukunft funktionieren werden. Diese gemeinsame Grundlage muss heute erneut geschaffen und von allen akzeptiert werden, wenn wir über Integration in der Migrationsfrage sprechen.

Ich komme jetzt zum Schluss. Ungarndeutsche sind uns heute noch wichtiger als vor 10, 15 oder 20 Jahren. Auch hier möchte ich ein offenes Wort zu den Meinungsverschiedenheiten in der Politik zwischen Deutschland und Ungarn sagen: Dass Unterschiede zwischen der Politik beider Länder existieren, brauchen wir nicht zu leugnen. Wir sind Freunde, daher können wir offen darüber diskutieren.

In dem aktuell etwas bewölkten Feld gibt es jedoch eine sonnige Fläche, und das sind die Ungarndeutschen. Das ist jetzt nicht nur Spaß, obwohl ich meine, man sollte auch daran Spaß haben können. Denn, wenn man an seiner Identität keinen Spaß hat, dann hat es keinen Sinn, sie zu pflegen. Eine Identität, die nur dazu dient, mich vom „anderen“ abzugrenzen – das ist keine gute Motivation.

Ich bin ja sonst, wenn ich nicht gerade Politiker bin, evangelisch-reformierter Pfarrer. Ich erinnere mich, wie vor 20 Jahren jemand aus einer anderen Partei zu mir kam, der überhaupt nicht religiös war, sondern eher anti-klerikal, und mir ins Ohr flüsterte: „Eigentlich bin ich auch reformiert.“ Er wollte um Sympathie werben. Dass er reformiert war, interessierte mich nicht, aber es interessierte mich, was dieses „eigentlich“ bedeutete. Er sagte: „Weißt du, wir lesen nicht die Bibel und wir gehen nicht in die Kirche,“ – da hat er schon zwei wichtige Dinge getroffen – „aber jeden Sonntag beim Mittagessen schimpfen wir über die Katholiken, deshalb bin ich reformiert.“ Sie verstehen, was ich meine. Minderheiten laufen oft Gefahr, eine negative Identität zu entwickeln. Wer bin ich? Ich bin derjenige, der nicht der andere ist. Wenn ich mich nur darüber definiere, wer ich nicht bin, statt darüber, wer ich bin, dann macht das keinen Spaß.

Deswegen meine ich, dass Identität eine spaßige Sache sein sollte. Eines möchte ich noch sagen: In der Politik gibt es nie einen konfliktfreien oder

problemfreien Raum. Wer so etwas mag, der sollte nicht Politiker oder Pfarrer werden – in der Kirche gibt es das nämlich auch nicht –, sondern, ich weiß nicht, vielleicht Bürgermeister.

Wenn es um die ungarndeutsche Geschichte geht und darum, wie wir diese Geschichte in den letzten Jahren angegangen haben, dann muss ich hier ganz leise noch die frühere Parlamentspräsidentin Frau Szili erwähnen. Sie war der Bahnbrecher und das muss man einfach sagen – egal ob Sozialist oder Fidesz, das spielt dabei keine Rolle. Sie hat begriffen, dass hier ein wichtiger Punkt aufgegriffen wird, bei dem wir ganz vorsichtig und zurückhaltend sagen können, dass wir vielleicht sogar für Deutschland ein bisschen Vorbild sein können. Denn diese Art von Aufarbeitung geschieht sonst nirgendwo in der Welt. Es geschieht nicht in Polen, nicht in Tschechien, nicht in Rumänien. Ich will niemanden anklagen, aber wir Ungarn sind die ersten auf der ganzen Welt, die in dieser Weise einen Gedenktag für die Verschleppung und Vertreibung etabliert haben.

So etwas geht jedoch nicht ohne Vorgeschichte. Frau Szili hat mit ihrer Arbeit sehr stark dazu beigetragen, dass man diese Thematik wahrgenommen hat. Wir sind heute hier und schauen auf diese Geschichte zurück. Warum ist es aber so wichtig, dass es diese sonnigen Flecken in der Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Ungarn gibt? Nicht nur deshalb, weil man auch in der Politik sonnige Flecke braucht, sondern weil es hier eine historische Perspektive gibt. Manche Dinge, die heute Meinungsverschiedenheiten hervorrufen, werden morgen gelöst und bereits vergessen. Aber die ungarndeutsche Geschichte wird nicht vergessen, denn sie hat eine historische Perspektive. Das zeigt Politikern, die meinen, dass sie nur den aktuellen Tag und die jetzige Diskussion gewinnen müssen und sich nicht dafür interessieren, was danach kommt, dass es ein historisches Fundament gibt, was man nicht zerstören kann. Egal, was zwischen Deutschland und Ungarn geschieht, die ungarndeutsche Geschichte bleibt ein gemeinsames Gut. Deshalb ist sie nicht nur Geschichte, sondern auch unsere Zukunft. Sie zeigt nach vorn, weil es sich bei ihr um eine lebendige Gemeinschaft handelt.

In der Region kann kein anderes Land außer Ungarn von sich behaupten, dass die Zahl der sich zu einer Minderheitennationalität bekennenden Staatsbürger in dem Maße ansteigt, wie es in Ungarn der Fall ist. Die Minderheit der Deutschen, der Roma, der Slowaken, der Kroaten – warum wächst ihre Zahl in Ungarn? Nicht, weil heute in den ungarndeutschen Kreisen doppelt so viele Kinder als anderswo geboren werden, sondern weil wir bei der Volkszählung in 2011 das erste Mal die Angabe von Doppelidentitäten erlaubt haben. Doppelidentität heißt, dass man sich gleichzeitig als Ungar und als Deutscher bezeichnet, unabhängig von den Sprachkenntnissen. Das heißt, Doppelidentität ist in dieser Region ein Wert, ein Plus, ein Mehr. Früher war das umgekehrt. Früher hat man nicht darüber geredet, es war nichts, worauf man stolz war,

sondern etwas, das man lieber nur privat gepflegt hat. Heute darf man das in das Schaufenster stellen und sagen, dass es ein Wert ist und dass es ein Plus für Ungarn und Deutsche ist. Ich glaube, das ist zukunftsweisend. Wenn ich auf die Integration von Migranten schaue, dann denke ich, dass diejenigen gute deutsche Staatsbürger sein werden, egal ob sie aus Syrien, aus Afrika oder aus Ungarn kommen, die stolz sagen werden, ich bin ein Deutscher und ein Syrer. Ich bin ein Ungar und ein Deutscher. Ich bin ein Ungarndeutscher.

Die Doppelidentität ist ein Schlüsselmoment, der in der Integrationspolitik stärker gepflegt und gefördert werden muss. Es darf nicht nur gesagt werden: „Pflege du deine Kultur, halte die Gesetze ein und sonst haben wir nichts miteinander zu tun.“ So wird das nicht funktionieren. Es muss eine kulturelle Grundlage geschaffen werden. In der Doppelidentität ist bereits ein Stück dieser Einheit in Vielfalt – also eine weitere Identität, neben der gemeinsamen Identität als Staatsbürger dieses Landes haben zu können – zu suchen.

Herzlichen Dank!



Hartmut Koschyk MdB

REDE DES BEAUFTRAGTEN DER BUNDESREGIERUNG FÜR AUSSIEDLERFRAGEN UND NATIONALE MINDERHEITEN, HARTMUT KOSCHYK, MDB WUDERSCH (BUDAÖRS), 19. JANUAR 2016

Herzlichen Dank für die Einladung, heute anlässlich Ihrer Konferenz zum 70. Jahrestag der Vertreibung der Ungarn-
deutschen als Beauftragter der Bundesregierung für Aus-
siedlerfragen und nationale Minderheiten bei Ihnen zu Gast
sein zu können und zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich über-
bringe Ihnen die herzlichen Grüße der Bundesregierung und
danke Ihnen für die Ausrichtung dieser inhaltlich bedeutsa-
men Veranstaltung.

Dass ich auch in diesem Jahr den 19. Januar mit Ihnen ge-
meinsam erleben kann und es erneut gelungen ist, dass an-
lässlich dieses Jahrestages eine solch hochkarätige Konfe-
renz stattfinden konnte, freut mich sehr.

Der Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen, dem
Jakob Bleyer Heimatmuseum, dem Stiftungslehrstuhl für
Deutsche Geschichte und Kultur in Südost- und Mitteleuropa
an der Universität Pécs/Fünfkirchen sowie der Konrad-Ade-
nauer-Stiftung daher an dieser Stelle ganz herzlichen Dank
für die Organisation und Durchführung der Veranstaltung.

Heute vor 70 Jahren begann die Vertreibung der ungarndeutschen Bevölkerung, die mit so viel Leid, Schrecken, Tod und dem Verlust der Heimat verbunden war. Bis Juni 1948 wurden mindestens 185.000 Ungarndeutsche enteignet, ihnen ihre Staatsbürgerschaft aberkannt und sie schließlich in das zerstörte Deutschland vertrieben. Die Zahl der Angehörigen der deutschen Minderheit in Ungarn war nach dem Ende dieser Maßnahme auf etwa die Hälfte reduziert. Sowohl bei den Heimatvertriebenen als auch bei den Heimatverbliebenen, haben diese Ereignisse tiefe Spuren in der gemeinsamen Erinnerung hinterlassen und bewegen die Menschen seitdem über Generationen hinweg bis heute.

Mit Ausgrenzung, gewaltsamer Vertreibung; Deportation und Zwangsarbeit sowie jahrzehntelanger Diskriminierung wurde nach dem Zweiten Weltkrieg nicht nur den Angehörigen der deutschen Volksgruppe in Ungarn, sondern den Angehörigen der deutschen Volksgruppe in allen mittel- und osteuropäischen Staaten die kollektive Mitschuld an den Gräueltaten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft auferlegt.

Das unermessliche Leid dieser Millionen von Deutschen darf nicht in Vergessenheit geraten. Denn nicht nur Zukunft braucht Erinnerung, auch Versöhnung braucht Erinnerung! Aus diesem Grund ist es von immenser Bedeutung, dass die Erinnerung mit Gedenkfeiern – wie der am heutigen Nachmittag – oder Veranstaltungen wie der Ihrigen, wachgehalten wird.

Vor diesem Hintergrund freue ich mich zudem sehr, dass wir am 20. Juni dieses Jahres auch in Deutschland bereits zum zweiten Mal den „Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung“ begehen werden. Mit dem Datum knüpft die Bundesregierung an den Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen an und erweitert das Flüchtlingsgedenken um das Schicksal der Vertriebenen. Das ist ein bedeutendes Zeichen der Verbundenheit mit den deutschen Heimatvertriebenen.

Bundespräsident Joachim Gauck stellte in seiner Ansprache anlässlich der erstmaligen Begehung dieses Gedenktages im vergangenen Jahr nochmals fest, dass die Vertreibung der Deutschen in den Staaten Mittel- und Osteuropas in den Augen allzu vieler jahrzehntelang als gerechte Strafe für die deutschen Verbrechen und Westdeutschland als Hort von Revanchismus und Revisionismus galt. Erst die Überwindung der Teilung Europas in den Jahren 1989 und 1990 hat zu einer Enttabuisierung des Vertreibungskomplexes bei unseren östlichen Nachbarn geführt.

Die sich seitdem auch durch den demokratischen Wandel in Mitteleuropa ergebene Möglichkeit für Millionen von Vertriebenen, ihre angestammte Heimat zu besuchen, hat zudem neue Dialogmöglichkeiten zwischen den Heimatvertriebenen und den heute in ihrer angestammten Heimat lebenden Menschen eröffnet.

Ich freue mich sehr, dass wir seit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ viele Zeichen dafür sehen, dass die jahrzehntelangen Bemühungen um Dialog, Verständigung und Versöhnung zunehmend Früchte tragen.

Der Bundespräsident hat in seiner bereits erwähnten Rede die eindringlichsten Beispiele erwähnt: „[...]“

Der Slowakische Nationalrat bat die Karpatendeutschen bereits Anfang 1991 um Verzeihung für ihre Evakuierung und Vertreibung.

Wladyslaw Bartoszewski, der unermüdliche Brückenbauer zwischen Polen und Deutschland, erklärte 1995 im Deutschen Bundestag: „Dass uns angetane Böse, auch das größte, ist [...] keine Rechtfertigung [...] für das Böse, das wir selbst anderen zugefügt haben.“

In Ungarn legte das Parlament 2012 den 19. Januar als Nationalen Gedenktag für die Vertreibung der Ungarndeutschen und Donauschwaben fest, nachdem man dort schon im März 1990 die Vertreibung verurteilt und sich bei den Opfern und ihren Nachkommen entschuldigt hatte.

Das rumänische Parlament verurteilte die Deportation von arbeitsfähigen Rumäniendeutschen in die Sowjetunion als politische Verfolgung und stimmte jüngst Entschädigungszahlungen auch an Deutsche zu, die nicht mehr im Lande leben.

In Tschechien bat die Stadt Brünn anlässlich des 70. Jahrestages des sogenannten Brüner Todesmarsches die Opfer der Vertreibung offiziell um Vergebung. [...]“

All diese Beispiele sind Zeichen der Ermutigung!

Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass sich die Lage der deutschen Minderheiten in den Staaten Mittel-, Südost- und Osteuropas nach epochalen Umwälzungen 1989/90 in Abhängigkeit von den politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in den einzelnen Ländern positiv entwickelt. Als Gründe dafür sind zu nennen:

die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in den Heimatstaaten, die zum Teil der Europäischen Union beigetreten sind,

bilaterale Verträge und Abkommen Deutschlands mit den jeweiligen Staaten, in der Regel mit minderheitenfreundlichen Klauseln,
die Minderheitenpolitik des Europarates – nicht zuletzt das Rahmenübereinkommen zum Schutz nationaler Minderheiten und die Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen,

eine neue Aufgeschlossenheit der Heimatstaaten gegenüber ihren Minderheiten; diese findet zum Teil ihren Niederschlag in nationalen Schutzgesetzen; ein weiteres Beispiel für eine entsprechende aktive Minderheitenpolitik spiegelt sich in der Wahlgesetzgebung wider (als Beispiel für eine sog. positive Diskriminierung);

die Förderung der deutschen Minderheiten in den Heimatstaaten durch die Bundesregierung sowie die deutsche Politik zugunsten der Minderheiten.

Diese besonderen Zuwendungen für die deutschen Minderheiten sind Teil der Bemühungen der Bundesregierung um die Bewältigung der Folgen des Zweiten Weltkrieges. Bei dieser Kriegsfolgenbewältigung geht es uns wesentlich um Versöhnung und Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des Nationalsozialismus und der Aggressionskriege Hitlers. Es geht uns aber auch um die Solidarität mit den Deutschen, die wegen ihrer Volkszugehörigkeit nach Kriegsende für die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands besondere Lasten zu tragen hatten. Gerade vor dem Hintergrund aktueller politischer Herausforderungen können die deutschen Minderheiten im Ausland wegen ihres Verständnisses der Kultur des Landes, in dem sie leben, sowie der deutschen Kultur eine Mittlerrolle übernehmen. Bei meinen Besuchen in den Staaten Mittel- und Osteuropas konnte ich mich auch immer persönlich vom großartigen Engagement und Selbstbehauptungswillen deutscher Minderheiten überzeugen. Sie haben nicht nur eine wichtige Brückenfunktion zu Deutschland, sondern sehen ihre Zukunft gleichfalls in der Gesellschaft ihrer jeweiligen Titularnation, in deren wirtschaftliches, gesellschaftliches, kulturelles und politisches Leben sie sich über ihre Dachverbände aktiv einbringen. Diese genießen heutzutage – so wie die Landesselbstverwaltung der Ungarndeutschen mit ihrem Vorsitzenden Otto Heinek – ein erhebliches Ansehen in der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung. Die Landesselbstverwaltung mit ihren über 400 lokalen Gliederungen ist ein mustergültiges Beispiel für die gelungene Integration in das größere Ganze, ohne dass durch eine falsche Assimilation die kulturellen und sprachlichen Eigenwerte aufgegeben werden. Ich persönlich konnte bei vielen Gelegenheiten den Eindruck gewinnen, dass die Deutschen in Ungarn auch im Kreise der deutschen Minderheiten in Europa über einen sehr guten Ruf verfügen und dass hier die Stimme von Otto Heinek stets gerne gehört und wertgeschätzt wird. Ich möchte auch nicht unerwähnt lassen, dass die Leitung der vor gut einem halben Jahr in Berlin eingerichteten Koordinierungsstelle der Arbeitsgemeinschaft deutscher Minderheiten in Europa der jungen Ungarndeutschen Éva Adél Pénczes übertragen wurde. Hier ist natürlich auch Ihr Landsmann Dr. Koloman Brenner zu nennen, der lange Jahre als Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten in Europa deren Belange hervorragend vertreten hat.

Richtet man den Blick auf Ungarn, ist zudem der aus Wudersch/Budaörs stammende Emmerich Ritter zu nennen, der gegenwärtig die Interessen der deutschen Minderheit als Sprecher im Parlament wahrnimmt.

Lassen Sie mich an dieser Stelle insbesondere auch noch einmal die Wahl des ehemaligen Landesvorsitzenden der deutschen Minderheit in Rumänien und langjährigen Oberbürgermeisters von Hermannstadt, Klaus Werner Johannis, zum rumänischen Staatspräsidenten im November 2014 erwähnen. Die Wahl des zweiten Angehörigen einer deutschen Minderheit – nach Rudolf Schuster in der Slowakei im Jahr 1999 – zum Staatspräsidenten zeigt auf der einen Seite, dass die Mehrheitsnation, die Rumänen, der deutschen Minderheit in Rumänien vertraut. Sie bietet der deutschen Minderheit auf der anderen Seite die Chance, das in sie investierte Vertrauen zu nutzen, die Verantwortung wahrzunehmen und die gemeinsame Zukunft erfolgreich zu gestalten. Ein sichtbares Zeichen der Verständigung wird nur schwerlich zu finden sein.

Vor diesem Hintergrund ist es der Bundesregierung ein wichtiges Anliegen, die deutschen Minderheiten vor Ort in ihrem Selbstverständnis und ihrer kulturellen Identität und dem Erhalt ihrer Sprache zu bestärken.

Die Bundesregierung hat daher nicht nur die deutsche Minderheit in Ungarn in den vergangenen Jahren wirksam unterstützt und ist ihr ein verlässlicher Partner, sondern bekennt sich auch im aktuellen Koalitionsvertrag vom November 2013 zu ihrer besonderen Verantwortung für die deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa sowie den Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Sie dürfen meinen heutigen Ausführungen entnehmen, dass sich die Angehörigen der deutschen Minderheiten in den mittel- und osteuropäischen Staaten bei der Bundesregierung und mir persönlich besonderer Beachtung und Wertschätzung erfreuen und ihr Schicksal im Bewusstsein der Bundesregierung nach wie vor fest verankert ist.

Auf dem Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen im Mai vergangenen Jahres hat die Bundeskanzlerin eindringlich darauf hingewiesen, dass die Schicksale, die Millionen Deutsche durch Flucht und Vertreibung erlitten haben, auch für uns heute Mahnung und Auftrag seien, dafür Sorge zu tragen, dass uns und künftigen Generationen solches Leid erspart bleibe. Die beste Antwort auf diese Herausforderung der Sicherung von Frieden, Freiheit und Stabilität ist und bleibe die europäische Einigung.

Im Jahr zuvor hatte Dr. Angela Merkel in einer bemerkenswerten Grundsatzrede zur Vertriebenen-, Aussiedler- und Minderheitenpolitik auf dem Tag der Heimat in Berlin auch betont: „Eine entscheidende Rolle für die Bewahrung kultureller Tradition haben natürlich diejenigen, die in ihrer Heimat in Ost- und Südosteuropa verblieben sind. Die Bindung an die deutsche Sprache und die

dauerhafte Sicherung ihrer kulturellen Identität sind für die Angehörigen der deutschen Minderheit von essenzieller Bedeutung. Ich möchte mich herzlich bei all denen bedanken, die aus Deutschland heraus helfend die Hand reichen, um dies zu ermöglichen. Auch die Bundesregierung wird ihre Hilfen fortsetzen. Sie wird weiterhin Maßnahmen zur Wahrung und Stärkung ihrer Identität und zu Verbesserung ihrer Lebensperspektiven fördern.“

Ich möchte daher insbesondere Ihnen, liebe Ungarndeutsche, für Ihren bisherigen Einsatz für die Völkerverständigung danken und Sie ermutigen, weiterhin mit all ihrer Kraft und Freude als Brückenbauer zwischen Deutschland und Ungarn tätig zu werden.



Viktor Orbán

VIKTOR ORBÁN'S REDE ZUM OFFIZIELLEN GEDENKTAG DER VERTREIBUNG UND VERSCHLEP- PUNG DER UNGARNDUITSCHEN WUDERSCH (BUDAÖRS), 19. JANUAR 2016

Ich begrüße recht herzlich den Vertreter der deutschen Regierung, Herrn Koschyk. Ich begrüße Barnabás Lenkovic, den Präsidenten des Verfassungsgerichtes, und die Mitglieder des Verfassungsgerichtes. Ich begrüße die Vertreter der Nationalitäten Ungarns, den Herrn Bürgermeister. Ich begrüße den Präsidenten der Ungarischen Akademie der Künste sowie die Vertreter der historischen Kirchen. Und ich begrüße einen jeden, der heute hierher nach Wudersch gekommen ist, damit wir uns gemeinsam an eines der schmerzvollen und unwürdigen Ereignisse der Geschichte des vergangenen Jahrhunderts erinnern.

Die 1940-er Jahre lassen die zusammenhängende Leidensgeschichte Ungarns vor unseren Augen stehen. Besetzungen, Verschleppung und Vertreibung, einander folgende Waggons, Trauerzüge. Die Akzente, die Ziele, die Gründe und Motive mochten unterschiedlich sein, jedoch war die Konklusion unverändert. Als Ungarn besetzt wurde – ganz gleich ob vom Osten oder vom Westen aus –, das Ergebnis wurde unermessliches Leid. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeugt davon, dass wenn Ungarn seine Unabhän-

gigkeit verlor, es dann seine eigenen Bürger, jene Menschen, zu deren Schutz und zur Bewahrung ihrer Werte das Land berufen gewesen wäre, es diese verstieß, ausplünderte, vertrieb und in eine extrem ausgelieferte Lage geraten ließ. Es ist eine Lehre für die Ungarn für alle Zeiten, der Ankunft einer derartigen Welt, in der ähnliche Verordnungen und Listen entstehen könnten, nicht die geringste Chance zu geben. Es ist eine Warnung für alle Zeiten, dass nur die starke Regierung eines souveränen Landes in der Lage ist, seine Staatsbürger der unterschiedlichsten Nationalität vor den äußeren Kräften und den die äußeren Kräfte bedienenden inneren Anhängern zu schützen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor siebzig Jahren, am 19. Januar 1946 verließ Ungarn der erste Eisenbahnzug, der unsere vertriebenen deutschen Landsleute nach Deutschland transportierte. Allein am 19. Januar, an einem einzigen Tag nahm man tausend Menschen mit. Bis zum Anfang des Februar war Wudersch bereits vollkommen leer, und bald ereilte landesweit hunderte von Siedlungen, in denen Schwaben – wie man die Ungarndeutschen in Ungarn nannte – lebten, ein ähnliches Schicksal. Die offizielle Bezeichnung lautete Aussiedlung, doch dieses Wort hatte mit der Wahrheit nichts zu tun. Was Aussiedlung genannt wurde, bedeute die Ausplünderung und die Vertreibung der ungarischen Schwaben. Sie wurden ihrer Häuser und sie wurden ihrer Heimat beraubt. Von ihrem früheren Leben durften sie in die niedergebombten Städte Deutschlands so viel mitnehmen, wie in ein Bündel von 50 Kilogramm hineinpasste. Und nicht nur jene mussten ihr Zuhause verlassen, die während des Weltkriegs in die deutsche Armee rekrutiert worden waren. Um auf die Liste zu kommen, reichte es aus, wenn jemand sich selbst als Person deutscher Nationalität bezeichnete oder sich zwar als Ungar bekannte, aber das Deutsche seine Muttersprache war, und es reichte auch aus, wenn man über ihn wusste, dass er Ungarn so sehr liebte, dass er niemals die kommunistische Partei wählen würde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Vor siebzig Jahren ereignete sich in Ungarn und in zahlreichen anderen Ländern Europas eine als Aussiedlung getarnte Deportierung. Und es gab keine einzige nüchtern denkende verantwortliche Person, auch die Vertreter der Siegermächte mitinbegriffen, die sich dem entgegengestellt hätte. Dies waren Zeiten, in denen Europa der Verführung durch wahnsinnige Gedanken nicht widerstehen konnte. Statt des Widerstandes, statt sein christliches Selbst zu behalten, hat es sich ergeben. Es hat gleich zweimal kapituliert, nacheinander. Zuerst gab es der Verführung durch den Nationalsozialismus, dann der durch den internationalen Sozialismus nach. Es ist der traurige gemeinsame Nenner des National- und des internationalen Sozialismus, dass sie beide auf Grundlage des Prinzips der Kollektivschuld ganze Völker in Viehwaggons trieben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Ungarndeutschen können bis auf den heutigen Tag eine Kultur die ihrige nennen, deren Fäden tief in das Gewebe der ungarischen Kultur eingeflochten sind. Wenn wir diese Fäden herauszögen, so würde das gesamte Gewebe zerfallen. Die ungarische schwäbische Gemeinschaft stellt einen organischen und unveräußerlichen Bestandteil der ungarischen Kultur dar. Wenn vor siebzig Jahren die Vertriebenen all das mitgenommen hätten, was die Ungarndeutschen oder Menschen deutscher Abstammung seit ihrer Ansiedlung für die ungarische Wirtschaft und Kultur getan hatten, dann wäre Ungarn heute bedeutend ärmer. Sie hätten zum Beispiel unsere erste nationale Literaturgeschichte – von Ferenc Toldy – mitnehmen können, unter anderem auch das Parlament – Imre Steindl – und das Gebäude des Kunsthistorischen Museums – Ödön Lechner – sowie einen bedeutenden Teil des ungarischen Druckwesens, Maschinenbaus und der Medizin. Ungarn war einst die Heimat von mehr als einer halben Million von Familien, die auf ihre deutschen Wurzeln stolz sowie fleißig waren und auf ihren eigenen Füßen standen. Wir lebten über lange Jahrhunderte hinweg zusammen und zu Hunderttausenden liegen deutsche und ungarische Soldaten europaweit nebeneinander in der Erde. Die Sorgen und Mühen des Alltags haben wir gemeinsam gelöst, so wie wir auch Ungarn nach den Verwüstungen der Kriege gemeinsam wiederaufgebaut haben. Und wir haben viel voneinander gelernt. Wir, Ungarn, haben von den schwäbischen Menschen zum Beispiel gelernt, das die tätige, fleißige Arbeit der einzig mögliche Weg zum Erreichen ehrlichen Wohlstandes ist. Die Ungarndeutschen haben über dieses gemeinsame Schicksal Zeugnis abgelegt, als sie sich unter der Fahne von Kossuth aufreichten statt unter der Fahne mit dem Doppeladler. Dies bekräftigten sie, als sie Schulter an Schulter mit den Ungarn an den Fronten des Ersten Weltkriegs kämpften. Diese Zusammengehörigkeit bekundeten sie auch bei der 1941-er Volkszählung, als sie sich als Personen ungarischer Nationalität, aber deutscher Muttersprache bezeichneten. Und schließlich gaben sie ebendiesem Gefühl nach, als einige Jahre später viele von ihnen in die Armut, in das Elend, in die Erniedrigungen durch das kommunistische System heimkehrten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Wir alle kennen die Geschichte der in alle Richtungen abfahrenden und wer weiß wo ankommenden Trauerzüge. Es hat Millionen von Menschenleben gekostet, bis wir erkannt haben: Wir, die Nationen Europas, sind gemeinsam stark. Der entscheidende Grund für die Vereinigung Europas war gerade, das derart entsetzliche Dinge nie wieder vorkommen dürfen. Die europäische Zusammenarbeit war gerade aus der Erkenntnis geboren worden, dass uns, europäische Nationen, viel mehr Dinge verbinden als trennen. Wir alle können mit unseren eigenen Augen beobachten, wie die Sicherheit Europas von Tag zu Tag zerfällt, wie seine auf der christlichen Kultur basierende Lebensweise in

Gefahr gerät. Heute ist in Europa nicht die Frage, ob sich die Nationen gegeneinander wenden, die Frage ist vielmehr, ob es Europa noch geben wird, ob wir die europäische Lebensweise und Kultur werden verteidigen können, und was wir für einen Kontinent unseren Kindern als Erbe hinterlassen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, meine lieben Freunde!

Die wichtigste Lehre aus der Geschichte der 1940-er Jahre, als sich die Straßen Europas immer wieder mit aus ihrem Zuhause vertriebenen, hungernden und tatsächlich um ihr Leben rennenden Völkern gefüllt waren, ist, dass man ein Verbrechen durch ein anderes Verbrechen nicht wiedergutmachen kann, ein vermeintliches Verbrechen durch ein anderes Verbrechen noch weniger, und ein angenommenes Verbrechen durch eine kollektive Bestrafung erst recht nicht. Wir können stolz darauf sein, dass die ungarischen Menschen nach zwanzig verworrenen, postkommunistischen Jahren des Übergangs endlich eindeutig auf die bürgerliche Einrichtung votiert haben, und das Parlament endlich die erste demokratische bürgerliche Verfassung Ungarns vollenden konnte. Die wichtigste tragende Säule der bürgerlichen Welt ist die Gerechtigkeit und Billigkeit, wir geben einem jeden das, was ihm zusteht. Aus diesem Grunde hat das Parlament im Jahre 2013 beschlossen, dass der 19. Januar der Gedenktag der Verschleppung und der Vertreibung der Ungarndeutschen sei. Als ein ewiges Memento für die nach Sibirien zur Zwangsarbeit verschleppten fünfundsechzigtausend Menschen und für die zur Aussiedlung verurteilten deutschen Familien. Das heutige Jubiläum ist aber nicht nur ein Gedenken, sondern auch ein Aufruf, all das nicht zu vergessen, was die Ungarndeutschen für Ungarn getan haben und bis auf den heutigen Tag tun.

Die ungarische Regierung unterstützt die Bewahrung der Identität und der Kultur der in unserer Heimat lebenden deutschen Mitbürger. Seit 2014 kann man im ungarischen Parlament sich auf Deutsch zu Worte melden, der Sprecher der Deutschen kann in seiner Muttersprache im Parlament reden. Es erfüllt uns mit Freude, dass in den vergangenen vier Jahren sich die Zahl der deutschen Schulen verfünffacht und die Anzahl der dort lernenden Schüler sich verdreifacht hat. Und wir sind auch darauf stolz, dass sich die Zahl derer, die sich als zur Gemeinschaft der Ungarndeutschen gehörig bekennen, heute schon beinahe Zweihunderttausend erreicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Leidensgeschichte der Ungarndeutschen soll uns daran erinnern, dass es das unveräußerliche Recht des Menschen ist, dort zu leben, wo er geboren worden ist, in der Kultur, in dem Land, in der Siedlung, die sein eigenes Zuhause ist. Und uns möge der Herrgott ausreichend Ausdauer und Geduld geben, damit wir Europa verteidigen und erhalten können, und er möge uns genügend Kraft geben, damit wir das Recht darauf, in der eigenen Heimat bleiben zu

dürfen, auch außerhalb Europas durchsetzen können. Im Namen der ungarischen Regierung wünsche ich unseren in Ungarn lebenden deutschen Mitbürgern, dass sie das Andenken ihrer Ahnen bewahren und ihre Kinder als in der deutschen Kultur aufgewachsene gute Ungarn erziehen sollen. Ehrfurcht den Opfern. Gebührende Erinnerung an die Leidenden. Ein Verneigen vor der Erinnerung an die Unschuldigen. Anerkennung und Ruhm jenen, die den in Not geratenen Ungarndeutschen geholfen hatten.

Alles Gute unseren mit uns zusammenlebenden deutschen Mitbürgern!

(Abdruck mit freundlicher Genehmigung der ungarischen Regierung)

Verzeichnis der Autoren und Herausgeber

Hannelore Baier

Nach dem Studium der Psychologie an der Babeş-Bolyai-Universität in Cluj/Klausenburg/Kolozsvár, war Hannelore Baier, geboren 1955 in Sighişoara/Schäßburg, zwischen 1980 und 1984 in der Psychiatrie eines Krankenhauses der Stadt Târnăveni beschäftigt. Bei der „Allgemeinen Deutschen Zeitung“ war sie bis 2014 als Redakteurin tätig. 1990 bekleidete sie für 9 Monate das Amt der Exekutivsekretärin des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien. Zwischen 1998 und 2001 hat sie zudem bei der Friedrich-Ebert-Stiftung Rumänien in Bukarest als wissenschaftliche Assistentin gearbeitet. Neben ihrer Tätigkeit als Journalistin, beschäftigt sich Baier seit 1990 als Forscherin zur deutschen Minderheit in Rumänien nach 1944. Ihre Dokumentensammlungen und wissenschaftlichen Beiträge fanden schon mehrfach in deutschen und rumänischen Zeitschriften Veröffentlichung. Derzeit ist sie im Rahmen eines Forschungsprojekts am Institut für deutsche Kultur und Geschichte Südosteuropas (IKGS) in München tätig.

Zoltán Balog

Am 7. Januar 1958 in Ózd geboren, studierte Balog ab 1978 Evangelische Theologie in Ungarn und 1983 an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Von 1983 bis 1987 arbeitete er als Gemeindepfarrer in Maglód, anschließend ging er für weitere theologische Studien nach Tübingen. 1989 benannte ihn der Ökumenische Rat der Kirchen in Ungarn als Seelsorger für die Flüchtlinge aus der DDR im Flüchtlingslager Budapest-Csillebérc. Von 1989 bis 1991 war er Dozent für Neues Testament an der Reformierten Universität in Budapest, anschließend bis 1996 Religionslehrer. Nebenamtlich wirkte er von 1991 bis 1994 als Berater der Fidesz in Kirchenfragen. Nach einem längeren Aufenthalt als Gastwissenschaftler an der Universität Bonn, arbeitete er von 1996 bis 2006 als Pfarrer der deutschen reformierten Gemeinde in Budapest. Von 1998 bis 2002 war er zudem Berater von Ministerpräsident Viktor Orbán. Seit den Parlamentswahlen 2006 ist er Mitglied der Ungarischen Nationalversammlung. 2010 trat er als Staatssekretär für Soziale Inklusion im Ministerium für Öffentliche Verwaltung und Justiz in die zweite Regierung Orbán ein. Seit Mai 2012 hat Balog das Amt des Ministers für Humanressourcen inne.

Otto Heinek

Am 6. Februar 1960 im südungarischen Mohács geboren, erlangte Otto Heinek 1978 die allgemeine Hochschulreife am Klara Leőwey Gymnasium und absolvierte im Anschluss daran seinen Wehrdienst in der ungarischen Armee bis 1979. Von 1979 bis 1983 studierte Heinek an der Pädagogischen Hoch-

schule in Pécs/Fünfkirchen und beendete sein Studium als Diplomlehrer für deutsche und ungarische Sprache und Literatur. Ein Jahr später zog er nach Budapest und studierte dort Journalistik. Von 1983 bis 1990 war er als Mitarbeiter der ungarndeutschen deutschsprachigen Wochenzeitung Neue Zeitung tätig, außerdem arbeitete er als freier Mitarbeiter beim Ungarischen Rundfunk. 1990 bis 1998 war Otto Heinek im öffentlichen Dienst beamtet, zunächst als Regierungsrat, 1995 als Hauptabteilungsleiter und daran anschließend als stellvertretender Vorsitzender im Regierungsamt für nationale und ethnische Minderheiten. Seit 1999 bereits steht Otto Heinek der Landes-selbstverwaltung der Ungarndeutschen als Vorsitzender vor. Zuletzt ist er im Jahre 2014 erneut im Amt bestätigt worden.

Dr. Zoran Janjetović

Geboren am 7. Oktober 1967 in Zagreb, studierte Zoran Janjetović von 1987 bis 1993 Geschichte an der Universität Belgrad und ließ seine Postdiplom-Studien an derselben Universität und an der Central European University in Budapest folgen. Seit 1994 ist er als leitender Wissenschaftler der geschichtlichen Forschung am Institut für neuere Geschichte Serbiens in Belgrad tätig. Im Jahre 2004 promovierte er an der Universität Belgrad über die nationalen Minderheiten in Jugoslawien 1918–1945. Derzeit ist er Vorsitzender des Wissenschaftsrates des Instituts. Zu seinem Arbeitsgebiet gehören vor allem die Geschichte der nationalen Minderheiten in Jugoslawien, der Außenpolitik Jugoslawiens, Populärkultur im sozialistischen Jugoslawien und der Zweite Weltkrieg in Serbien. Er ist zudem Teilnehmer an zahlreichen Tagungen im In- und Ausland sowie an mehreren internationalen Projekten beteiligt.

Hartmut Koschyk

Hartmut Koschyk wurde am 16. April 1959 im oberfränkischen Forchheim von aus Oberschlesien stammenden Eltern geboren. Nach dem Abitur 1978 trat er als Offiziersanwärter in die Bundeswehr ein und wurde ebenfalls Mitglied in der CSU und der Jungen Union. Von 1983 bis 1987 war er wissenschaftlicher Mitarbeiter des CDU-Bundestagsabgeordneten Helmut Sauer und studierte daneben Geschichte und Politische Wissenschaft an der Universität Bonn. Von 1987 bis 1991 übte er das Amt des Generalsekretärs des Bundes der Vertriebenen aus. Seit 1990 ist Koschyk Mitglied des Deutschen Bundestages und war bis 2002 Vorsitzender der Arbeitsgruppe Vertriebene und Flüchtlinge. Von 2002 bis 2005 hatte er den Vorsitz der Arbeitsgruppe Innen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion inne. Daraufhin folgte bis 2009 das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag und von Oktober 2009 bis Dezember 2013 das des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium. Seit dem 8. Januar 2014 ist er Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten.

Viktor Orbán

Er wurde am 31. Mai 1963 in Székesfehérvár geboren und begann nach seinem Wehrdienst in der ungarischen Armee ein Studium der Rechtswissenschaften an der Eötvös-Loránd-Universität, welches er im Jahr 1987 abschloss. Zwischen 1987 und 1989 arbeitete er in Budapest beim Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung. Von April 1988 an war er für die Central European Research Group tätig, von der er im September 1989 ein Stipendium für einen Forschungsaufenthalt zum Studium der Geschichte am Oxforder Pembroke College erhielt. 1988 war er einer der Gründerväter des Bundes Junger Demokraten und wurde nach der Wende 1989 Mitglied des Führungsgremiums der neu gegründeten Partei Fidesz. Orbán ist seit 1990 Mitglied der Ungarischen Nationalversammlung und gewann 1998 die Parlamentswahlen. Den Posten des Ministerpräsidenten hatte er bis zur Wahlniederlage 2002 gegen die oppositionellen Sozialisten inne. Bei den Parlamentswahlen 2010 errang Fidesz einen klaren Wahlsieg und Orbán wurde zum neuen Ministerpräsidenten gewählt. 2014 wurde er durch die Wiederwahl in seinem Amt bestätigt.

Apl. Prof. Dr. Michael Prosser-Schell

Geboren am 14. Juni 1960 in Freiburg im Breisgau, folgte ein Studium der Volkskunde, Geschichte und Germanistik an den Universitäten Freiburg und Würzburg. Nach dem Studium legte Michael Prosser-Schell die Promotion an den Universitäten Freiburg und Regensburg im Jahre 1991 ab und war daraufhin bis 1997 als wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Volkskunde der Universität Regensburg angestellt. Danach war er zwischen 1998 und 2000 als Lehrbeauftragter am Institut für Volkskunde der Universität Regensburg tätig. Es folgte bis 2001 eine Tätigkeit als wissenschaftlicher Angestellter am Lehrstuhl für Volkskunde der Universität Würzburg. Im selben Jahr habilitierte er dort und bekam die Lehrbefugnis für das Fach „Volkskunde“ erteilt. Seitdem ist er Mitglied der Philosophischen Fakultät II der Universität Würzburg. Zwischen 2002 und 2004 folgten Lehrtätigkeiten an den Universitäten Würzburg, Bamberg und Erlangen-Nürnberg. Zudem ist er seit dem Jahre 2004 wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Volkskunde der Deutschen des östlichen Europa in Freiburg. 2009 wurde er an der Universität Freiburg zum außerplanmäßigen Professor ernannt. Seit 2008 ist er Mitglied der Ungarischen Akademie der Wissenschaften und wurde 2015 zum Ehrenmitglied der Ungarischen Volkskundlichen Gesellschaft ernannt.

Frank Spengler

Nach Bundeswehr und Studium der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Marburg mit Abschluss als Diplom-Volkswirt war Frank Spengler, geboren am 2. Februar 1955 in Ziegenhain, zunächst Mitarbeiter im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität Marburg, Abteilung Wirtschaftspolitik. Von 1981 bis 1996 war er Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung zunächst in Tansania, später in Simbabwe und schließlich in

Südafrika. Zwischen 1989 und 1990 war er zusätzlich Projektkoordinator der Stiftung in Sambia, zwischen 1988 und 1992 zudem auch Koordinator für das wirtschaftspolitische Sonderprogramm der Stiftung in Afrika. Nach 1996 leitete er bis 1999 die Abteilung Nordamerika/Europa/Japan des Arbeitsbereichs Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Von 1999 bis 2004 war er als Leiter der Außenstelle Prag/Tschechische Republik und des Verbindungsbüros Bratislava/Slowakische Republik der Stiftung tätig. Zwischen 2004 und 2006 war er Leiter des KAS-Büros in Ankara/Türkei. Danach bekleidete er bis 2012 den Posten des stellv. Leiters der Abteilung Internationale Zusammenarbeit (später Europäische und Internationale Zusammenarbeit). Seit 2012 ist er Leiter des Auslandsbüros Ungarn der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Ágnes Tóth

Nach dem Diplom in den Fächern Ungarisch und Geschichte an der Universität Szeged, war die am 22. Januar 1961 in Akasztó geborene Ágnes Tóth zunächst als Bibliothekarin, dann als Archivarin in der Komitatsverwaltung des Komitats Bács-Kiskun in Kecskemét tätig. 1989 legte sie ihr Doktorexamen ab. Zwischen 1989 und 1996 war sie in der Komitatsverwaltung als stellvertretende Direktorin, dann von 1996 bis 2002 als Direktorin des Archivs tätig. Zwischen 2002 und 2009 wirkte sie als stellv. Direktorin und von 2009 bis 2012 als Direktorin des Instituts für Minderheitenforschung an der Ungarischen Akademie der Wissenschaften in Budapest. Zwischenzeitlich legte sie im Jahre 2010 ihre Habilitation an der Universität Szeged ab. Daraufhin folgte eine Tätigkeit als wissenschaftliche Mitarbeiterin am selben Institut. Seit 2015 ist sie Universitätsdozentin am Stiftungslehrstuhl für deutsche Geschichte und Kultur im südöstlichen Mitteleuropa der Universität Pécs/Fünfkirchen.